DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

84 8. JAHRGANG September '91 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

FRAUEN

Während die sogenannten kommunistischen Staatsparteien in Osteuropa und der SU mit zunehmender Geschwindigkeit in den Hintergrund der Geschichte gedrängt werden, breitet sich die Opposition aus, unübersichtlich, verwirrend. Längst nicht alles dabei scheint fortschrittlich. Was wollen also die Frauen, die sich autonom organisieren, welche Interessen und Bedürfnisse artikulieren sie? In einem Interview antwortet Galina Woronenkova vom Moskauer Zentrum »Zukunft der Frau« auf Fragen von Ricarda Buch. Birgit Cramon-Daiber gibt einen Eindruck von ihrer Reise zu einem bulgarischen Frauenkongreß.
Auf Seite 10 und 11.

INDIANISCHE GEMEINSCHAFTEN

»Das Leben in einer Stammesgemeinschaft ist so wohl durchdacht und behaglich, daß es fast wie eine Droge wirkt. Der Mensch, der mit Gewalt aus diesem System herausgenommen wird, wird reizbar und einsam. Er sehnt sich verzweifelt nach einer Rückkehr zum Stamm, manchmal nur, um seinen gesunden Verstand zu bewahren.« – Warum bloß ist das Thema für uns so attraktiv, diese andere Zivilisation so faszinierend, daß wir immer wieder darauf zurückkommen?
Diesmal Seite 4.

GENOSSENSCHAFTEN

Wem fällt beim Stichwort Arbeiterselbstverwaltung nicht gleich Spanien ein? Aber es lohnt sich nicht nur, sich mit anarchistischen Experimenten vor der Franco-Diktatur zu beschäftigen. Auch das neue Spanien hat eine Vielzahl von Kooperativen hervorgebracht und ein Kooperativen-Gesetz, von dem wir hierzulande nur träumen können.
Zu lesen auf Seite 12.

WILDER OSTEN

Wenn es spukt, sollte mensch wissen, ob es sich um gute oder böse Geister handelt. In einem Schloß bei Dresden wirbeln wilde Geister und machen Kultur. Ihr Haustier nennen sie KRAUSI – manch eineR hat ihn schon in Hamburg oder Leningradsanktpetersburg gesehen. In einem Ostberliner Kommunikationszentrum herrscht ein ganz böser Geist, denn es geht um Geld. Und wenn sich zwei Alternative streiten, freut sich der Kapitalist.
Seite 5.

ÖKONOMIE

Nicht nur in den letzten CONTRASTE-Ausgaben tauchte in der Wirtschaftsdiskussion immer wieder der Name Gesell auf, der die »Freiwirtschaftslehre« begründete. Sie erhebt den Anspruch, eine »natürliche Wirtschaftsordnung« jenseits von Kapitalismus und Sozialismus entwickelt zu haben, indem das Zinssystem abgeschafft wird, um eine ökologische Kreislaufwirtschaft verwirklichen zu können. Jürgen Kaun unterzieht grundlegende Argumentationen der Gesellianer einer Kritik auf Seite 14.

AUSSERDEM

Ein Fest in Reutlingen, ein Frauenseminar, ein Schreinereientreffen, Rezensionen, Ankündigungen u.v.a.m.

EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG

Ein Hoffnungsprogramm für die ländlichen Regionen?

**»Eigenständige Regionalentwicklung« ist ein Begriff, der eine positiv-utopische Aura besitzt, assoziert er doch in hoher Konzentration positiv-besetzte Begriffe wie »Eigenständigkeit«, »Region« und »Entwicklung«. Wer wollte nicht »eigen- bzw. selbstständig« sein und dies in einer optimistischen Identität zur »Region«, in der persönliche und ökonomische »Entwicklung« in bisher nicht-gekanntem Maß möglich ist?
Kein Wunder also, daß der Begriff verschwimmt, politisch ungenau wird, an Standort-Schärfe verliert.**

Albert Herrenknecht, Boxberg-Wölchingen ● Das Spektrum seiner (Be)Nutzer reicht deshalb weit: Von den ungebremsten Weltmarktstrategen, die ihre Region als über den Produktionsstandort hinaus kulturell-interessantes Terrain entdeckt haben und als »Wachstumsressource« pflegen, über die gescheiterte Regionalplanung, die ihre Unwirksamkeit nun hinter diesem Begriff der »Endogenen Entwicklung« kaschiert, bis hin zu den neuen, dynamischen Jungunternehmern, die mit »provinzieller man-power« nach Oben drängen, unaufhaltsam den Aufstieg aus der Region üben.

Aber eigentlich war dieser Begriff doch anders gemeint: Als Aufschrei der zu kurz gekommenen Peripherie, als Kampfansage zur dezentralen Umverteilung, als Gegenstrategie gegen die »Capitale«, die molochartigen *Zentren der Macht* des Kapitals.

»Aus-Entwickelt?« –

– Ist der »Regional-Traum« abgewickelt? Keineswegs. Eigenständige Regionalentwicklung boomt und wird als Entwicklungsthema immer aktueller. Der ideologische Aufkauf des Begriffs durch die schnelle Begriffsverwertungsgesellschaft »Kapitalismus & Co.KG« hat ihn nicht entwertet: Er sollte allerdings durch das Basismarkenzeichen »Von Unten« wieder kenntlich gemacht werden und im Folgenden in der Begrifflichkeit einer »Eigenständigen Regionalentwicklung von Unten«, als ein Projektansatz von »Noch-Nicht-Unternehmern« in den ländlichen Problemregionen verstanden werden.

Foto: Albert Herrenknecht

Eigenständige Regionalentwicklung von Unten – Ein Programm für »Raumpioniere« und »utopische Persönlichkeiten«

Von solchen Menschen und solchen Projekten ist innerhalb dieses Schwerpunktthemas »Eigenständige Regionalentwicklung« die Rede:

Fortsetzung auf den Seiten 6 bis 9

REDAKTIONELLE ANMERKUNG:

Das vorliegende Material zum Schwerpunkt ist so umfangreich, daß wir uns entschlossen haben, einen Teil auf die nächste Ausgabe zu schieben. Es handelt sich dabei um einen Beitrag von Albert Herrenknecht zur »Kultur und Eigenständige Regionalentwicklung« und um die Selbstdarstellungen der »Katholischen Landjugendbewegung«, »Arbeit und Kultur Saarland GmbH«, »PRO PROVINCIA INSTITUT«, »EURES – Institut für regionale Studien in Europa e.V.« und der Zeitschrift »PRO REGIO«.

Den beiden »PRO REGIO«-Redakteuren Albert Herrenknecht und Jürgen Wohlfarth danken wir an dieser Stelle ausdrücklich für ihre Mitarbeit.

Die Endredaktion

P 8008 E

4 ##
001
00.2621
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

INFOTELEFON DELMENHORST

Der Widerstand hat eine Nummer !?!

☎ (0 42 21) 1 78 15

Wir wollen alles wissen!!! Mit dieser Überschrift haben wir vor etwa einem halben Jahr ein Flugblatt herausgebracht, das noch einmal auf das bereits seit Ende 1989 bestehende INFOTELEFON aufmerksam machen sollte. Wir, das sind in diesem Fall die MacherInnen des INFOTELEFONS.

Bevor wir mehr zu den Gründen, wie es zur Idee des INFOTELEFONS kam, und zur Entwicklung dieser Einrichtung seit ihrem Bestehen schreiben, hier noch einmal für alle, die sich (noch) nichts unter dem INFOTELEFON vorstellen können, eine kurze Beschreibung.

Das INFOTELEFON ist im wesentlichen ein Anrufbeantworter. In unserem Fall einer mit fast unbegrenzter Ansagezeit. Unter der Telefonnummer 0 42 21/ 1 78 15 kann Mensch diese Maschine Tag und Nacht anrufen. Es steht aber auch eine Postadresse für all die Infos, die nicht per Telefon weitergegeben werden sollen zur Verfügung und zwar: INFOTELEFON, c/o Album, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Ruft mensch das INFOTELEFON an, schaltet sich nach zwei bis dreimaligem Klingeln der Anrufbeantworter ein und der/die AnruferIn bekommt die Worte »Hallo, hier ist das INFOTELEFON...« zu hören. Es folgt ein kurzer einleitender Text über die Funktionsweise des INFOTELEFONS. Daran schließen sich all die Termine, Infos, Nachrichten etc. an, die mensch auf den nicht abhörbaren Teil des Bandes gesprochen hat – dazu gleich mehr...

Die Termine, Infos etc. die die/der AnruferIn nun zu hören bekommt, sind beispielsweise Meldungen über Demotermine, geplante Aktionen, drohende Häuserräumungen, bekannt gewordene Fascho-Aktivitäten und ähnliches. Kurz und knapp: Informationen über Ereignisse, zu denen sonst mit Flugblättern und ähnlichem mobilisiert wird. Nur mit dem Unterschied, daß sich mit dem INFOTELEFON auch kurzfristig bekannt gewordene Termine in der Regel schneller verbreiten lassen. Und, einen entsprechenden Verbreitungsgrad von NutzerInnen des INFOTELEFONS vorausgesetzt, auch Gegenden erreicht werden, in die sonst kein Flugblatt vordringt.

Aber die Termine sind noch nicht alles, was über das INFOTELEFON zu erfahren ist. Wir geben auch kurze Berichte über stattgefundene Aktionen, Demos, Häuserräumungen etc. weiter. Vorausgesetzt, jemand berichtet uns davon. Und damit sind wir dann auch bei dem, was nach den von uns aufs Band gesprochenen Nachrichten kommt, die der/die AnruferIn zu hören bekommt. Ein Pfeifton. Im Anschluß an diesen Pfeifton kann jedeR AnruferIn neue Nachrichten, Termine und Infos auf einen Teil des Bandes sprechen, der von den anderen AnruferInnen nicht zu hören ist.

Wir hören dieses Band mehrmals am Tag ab und sprechen dann die uns so bekannt gewordenen Infos auf den abhörbaren Teil des Bandes. So sind auf dem Teil des Bandes, das jedeR AnruferIn zu hören bekommt, immer die gleichen Stimmen zu hören und wir können die »Stimmen«, die neue Infos aufs Band gesprochen haben, schnell wieder löschen, sodaß sie im Falle eines Falles nicht in die falschen Ohren gelangen.

Wie oft wir das INFOTELEFON, also den abhörbaren Teil, neu besprechen, hängt ganz davon ab, wieviele neue Infos aufgelaufen und wie aktuell diese sind.

Jedes neue Besprechen des INFOTELEFONS dauert ca. 1/2 bis 3/4 Stunde. Dies erklärt hoffentlich, warum wir das Infotelefon nicht gleich nach jeder eingetroffen Information neu besprechen.

Etwas anderes gilt natürlich für den Fall, daß uns sehr aktuelle und dringende Informationen erreichen, z.B. ein Fascho-Aufmarsch wird erst kurz vor seinem geplanten Beginn bekannt, oder es sind in einer Stadt Vorbereitungen der Bullen für eine Häuserräumung zu beobachten o.ä.. Dann sprechen wir diese Informationen natürlich unverzüglich auf das Band.

Damit wären wir schon bei den Gründen, diee zur Idee des INFOTELEFONS führten. Der eine war eine angestrebte kurzfristige Mobilisierungszeit für aktuelle Ereignisse, für die Flugblätter, Plakatekleben und ähnliches einfach zu spät kommen.

Fortsetzung auf Seite 5

WUNSIEDEL 1991: ALLPARTEIENBÜNDNIS »GEGEN EXTREMISMUS«

...und die Faschos dürfen doch marschieren!

Trotz mehrerer tausend Antifa-Gegendemonstranten gelang es den Nazis doch wieder, unter dem Schutz der Polizei ihren Wunsiedel-Aufmarsch zum Gedenken an den dort begrabenen Kriegsverbrecher und Führerstellvertreter R. Heß durchzusetzen.

Redaktion Nürnberg ● Ein dreitägiges umfassendes Versammlungsverbot verhinderte zwar in Wunsiedel selbst jegliche, also auch die antifaschistische Demonstrationstätigkeit. Aber in der nahegelegenen Wagnerstadt Bayreuth konnten sich die braunen Reihen dann doch noch – aufgrund höchstrichterlicher Intervention – fest geschlossen zeigen.

Bezeichnend für die Haltung der Verantwortlichen aus Justiz, Politik und Polizei sind folgende Schlaglichter aus den Annalen der diesjährigen Wunsiedel-Aktivitäten:

- am 9.8. versammelt eine Allparteienkundgebung (von CSU bis Grüne) in Wunsiedel ca. 100 Kundgebungsteilnehmer »gegen Rechts-und Linksextremismus« (unter ihnen auch aufmerksame Zuhörer aus der FAP Kronach);
- am 12.8. verhängt der zuständige SPD-Landrat ein allgemeines Versammlungsverbot in Wunsiedel und verbietet damit nebst Naziaufmarsch und Antifademo unter anderem auch ein antifaschistisches Kulturfest, welches von den Jusos mitgetragen wird;
- am 17.8. findet der »Rudolph-Heß-Gedächtnismarsch« von 2.000 Faschos in Bayreuth statt. Dabei werden über 100 Teilnehmer wegen offener Zurschaustellung von Nazisymbolen von der Polizei erfaßt.
- das Hauptaufgebot der Ordnungskräfte beschützt jedoch die legale Versammlung der Nazis vor ca. 2.500 Antifa-GegendemonstrantInnen, die sich,in einem Auto-und Buskonvoy aus Nürnberg kommend, zu einer »Demo gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus« zusammenschlossen.

Ein 30-minütiger Film des Nürnberger Medienladens dokumentiert die diesjährigen Wunsiedelaktivitäten und eignet sich hervorragend zur Veranstaltung antifaschistischer Diskussionsabende...

K.R.

»Die braunen Kolonnen dürfen nie wieder marschieren!« 30 Minuten Dok.film von Medienladen, c/o Stadtteilzentrum Desi, Brückenstr. 23, W - 8500 Nürnberg 90

»Die Antifa-Demo wird von der Polizei vor den Toren Bayreuths aufgehalten...« Foto: Lammel

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 49, Juni 1991

Schwerpunkt: Wasser
Wasser und Mensch... Warum die Abwässer von Bayer immer sauberer werden - und die Umwelt trotzdem zugrunde geht... Gewässerschutz und Trinkwasser... Im Osten nichts Neues... Öko-Saale '91
Naturwissenschaft und Technik:
Industrielle Forschungsnetze... Der Giga-Watt-Coup der Elektrizitätswerke... Ölkatastrophe am Golf
Gesellschaft und Politik:
Vom tayloristischen zum evolutionären Management
Frauen:
Unmöglich!? Frauen in Technik und Naturwissenschaft

Nr. 50, August 1991

Schwerpunkt: Mensch und Technik
Sozialverträgliche Technikgestaltung...Lern- stätten... Fehlerfreie Sicherheit - weniger als ein günstiger Störfall... Zur arbeitspolitischen Relevanz der VDI- Handlungsempfehlung
Naturwissenschaft und Technik:
Wie der Verbrennungsmotor ins Auto kam
Gesellschaft und Politik:
Umweltschutz in Betrieb und Kommune... Zur gesellschaftlichen Konstruktion von Natur
Frauen:
Arbeitssystemgestaltung als Beziehungskiste
Probeheft für DM 2,- in Briefmarken!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D-5100 Aachen

KEINE ANTIFA-DEMO IN DRESDEN! DAFÜR ABER:

Bundesweiter Antifa-Ratschlag beschlossen

Krach gab es schon im Vorfeld des Antifa-Treffens am 13.7.91 in Berlin. Auf der »Wiese« in der taz erschien ein von der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG) veröffentlichter Aufruf zu einer bundesweiten Demo Anfang September unter dem Motto: »Dresden darf nicht Hauptstadt der Nazis werden«. Auf der Unterstützerliste wurden auch Dresdner Gruppen aufgeführt, die nie ihre Unterstützung zugesichert hatten und sich auch auf einem Treffen in Dresden gegen eine Demo ausgesprochen hatten.

Redaktion Heidelberg ● Ihre Gründe: die antifaschistischen Strukturen in der Stadt seien nicht ausreichend stark, noch sei die allgemeine Situation der Antifas in Dresden hierfür günstig. Eine Unterstützung der DresdnerInnen sei auf andere Art notwendig.

Auch in Berlin gab es ein Vorbereitungstreffen, auf dem die SAG versuchte, ihre Direktiven für das Bundestreffen festzuklopfen. Sie stieß jedoch auf heftigen Widerstand der anderen Antifa-Gruppen, die schließlich durchsetzten, daß ein Votum der DresdnerInnen unbedingte Grundlage für die Ausrichtung einer Demo sein muß.

VertreterInnen der VL-Dresden brachten dann auch auf dem Bundestreffen in Berlin den Vorschlag eines Antifaschistischen Ratschlags in Dresden ein.

Trotzdem befürworteten einige TeilnehmerInnen (SAG, Arbeitermacht, Spartakist, AL-Mitglied Hamburg) dennoch die Durchführung der Demo in Dresden und sahen in der Nichtdurchführung ein Zurückweichen vor den Neonazis. Das gipfelte in der Behauptung, Dresden sei nicht in der Lage, eine Demo zu organisieren. Es wurde versucht, einen Termin festzulegen und mit der Vorbereitung der Demo zu beginnen. Daraufhin erklärte eine Dresdnerin, daß sich die Dresdner Gruppen nicht erpressen ließen und wiederholte den Beschluß des Dresdner Vorbereitungstreffens. Die Reaktion eines durchgeknallten Wessi-Mannes: »Wir lassen Euch ja Eure Faschisten.«

Nach einer nicht durchgeführten Abstimmung auf Antrag eines VL-Mitgliedes, nicht mehr über die Demo, sondern über den Ratschlag zu diskutieren, zog eine Mehrheit der noch anwesenden TeilnehmerInnen in einen anderen Raum, um den Ratschlag zu diskutieren.

Es wurde dann sehr schnell Einigung über einen Antifaschistischen Ratschlag vom 1. bis 3. November 1991 in Dresden gefunden. Aus der Diskussion ergaben sich dann folgende vorläufige Themen:

- Zum aktuellen Entwicklungsstand der Nazi-Organisationen in Ost-Deutschland
- Vergangenheitsaufarbeitung / verordneter Faschismus, Verhältnis von Stasi und Faschos
- Praktische Fragen / Verhalten gegenüber Jugendlichen und anderen Faschos, Sicherheit und Vorsichtsmaßnahmen, Sicherheitspartnerschaft mit der Polizei, Erfahrungen mit linken Strukturen z.B. EA, Info-Cafes, Läden, Zeitungen etc.
- Geschichte von Ost- und West-Linken / Unterschiede und Erfahrungen
- Rassismus

Hierzu sollen AGs, Infoveranstaltungen und Diskussionen organisiert werden.

Das erste bundesweite Vorbereitungstreffen wird am 14. September 1991 ab 12 Uhr im Haus der Demokratie in Berlin, Friedrichstr. 165 (U-Bahn Französische Str.), durchgeführt. Koordinierungsstelle ist bis zu diesem Datum das Berliner Antifa-Info-Telefon: 030/ 692 15 99. Postadresse: O 21-Buchladen, Oranienstr. 21, 1000 Berlin 36●

Anzeige

direkte aktion
anarchosyndikalistische Zeitung

Nr. 88 Juli/August 1991

Tarifverträge abgeschlossen Realeinkommenssenkungen durchgesetzt

Leiharbeit bei HKM

Aus 17 mach 7
Der DGB auf dem Weg zur siebenteiligen Staatsgwerkschaft

Antifa-Nachrichten
»Augen Rechts«

Anarchismus & Feminismus, 1. Teil

AnarchistInnen in Ungarn

Oppositionlle Gewerkschaften in der Türkei

Das alles und vieles mehr im Abo,
6 x Ausgaben schlappe DM 12,- pro Jahr
(Probeheft kostenlos)
»direkte aktion«
Grünebergstr. 81
2000 Hamburg 50

REPRESSION

Redaktion der »Graswurzelrevolution« durchsucht!

Heidelberg ● Am Mittwoch vormittag, 17.7.91, durchsuchten zwei Staatsanwälte und vier Kripoleute die Redaktionsräume der gewaltfrei-anarchistischen Zeitung »Graswurzelrevolution« sowie die Privatwohnung eines Redaktionsmitarbeiters. Bereits am 30.4. erfolgte auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Hannover eine Vorladung wegen »Öffentlichen Aufrufs zu Straftaten«., Als in der Redaktion schon niemand mehr damit rechnete, schlug der Staatsschutz schließlich zu.

Bei der Verfolgung wurde offiziell angegeben, es handle sich um die Flugschrift »Die Waffen nieder«, ein Massenflugblatt zu Aktionen gegen die Bundeswehr als weiterführende Aktionsperspektive für libertäre und antimilitaristische Gruppen, das in der GWR 134 vom März 1991 publiziert worden war. Darin erregte vor allem der Artikel »Blockiert die Rekrutenzüge!«, in dem zu Aktionen an Bundesbahnhöfen am 2.4., dem Tag des Rekruteneinzugs, aufgerufen wurde, das Mißfallen der Staatsanwaltschaft. Das Massenflugblatt steht inzwischen auf dem Index, da allerdings schon längst verteilt, waren einige Restexemplare sowie die Druckvorlagen die einzige Beute, die die Staatsschützer bei der Durchsuchung beschlagnahmen konnten. Die Ermittlungen der Polizei sind inzwischen abgeschlossen und die GWR erwartet die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft.

Hintergründe der Aktion des Staatsschutzes

Am 2.4.91 wurden von gewaltfreien Aktionsgruppen und anderen antimilitaristischen Gruppen in mehreren Städten der BRD auf Bahnhöfen Rekrutenzüge blockiert oder anderweitig am rechzeitigen Verlassen des Bahnhofes gehindert, so auch in Hannover, dem Ausgangsort der Staatsschutzaktion. Da die Kampagne gegen die Rekrutenzüge von der Förderation Gewaltfreier Aktionsgruppen und Totalverweigerergruppen fortgeführt wird, liegt die Vermutung nahe, daß die Durchsuchung der GWR-Redaktion dem Zweck diente, diesem Aktionszusammenhang und dem gewaltfrei-libertären Spektrum allgemein ein deutliches Zeichen der Einschüchterung zu verpassen.

Dieser Interpretation widerspricht aber die Tatsache, daß sich der Staatsschutz mit seiner Aktion sehr lange Zeit ließ. Erst drei Monate nach den Aktionen am 2.4. fand die Durchsuchung statt. Das läßt eine zweite Interpretationsmöglichkeit in den Vordergrund rücken, nämlich diejenige, daß sich der Staatsschutz einen juristisch abgesicherten Anlaß schuf, um sich einmal in Ruhe die Produktionsräume der GWR anzusehen. Dafür spricht auch, daß fast jeder Papierstapel in der Redaktion sorgsam und erkennbar umgekrempelt worden ist, letztlich jedoch verhältnismäßig wenig beschlagnahmt wurde.●

Für die anstehenden Prozesse benötigt die GWR Spenden:
Postgiroamt Hamburg, Kto-Nr.: 266 57 - 207
BLZ 200 100 20, Stichwort Repression
Infos über den aktuellen Stand: GWR, Schillerstr. 28
6900 Heidelberg
☎ (0 62 21) 1 39 07

FORSETZUNG VON SEITE1

Der Widerstand hat eine Nummer !?!

(0 42 21) 1 78 15

Ein anderer Grund, und dieser war für uns als Provinzautonome auch der eigentliche Auslöser, liegt in den unzuverlässigen und von vielen Widrigkeiten abhängigen Möglichkeiten der Informationsbeschaffung in der Provinz. Kurz gesagt, das INFOTELEFON sollte helfen, das Informationsgefälle zwischen Metropole und Provinz zu verkleinern. Unsere Erfahrungen waren die, daß z.B. Flugblätter, die zu irgendwelchen Ereignissen mobilisierten, in der Provinz erst ankamen, als wir über das stattgefundene Ereignis bereits in der Zeitung gelesen hatten. Umgekehrt war es für uns schwierig, in den Metropolen für die Provinz zu mobilisieren, da wir dort nicht in den Strukturen verankert sind. So war die Mobilisierung in die eine oder andere Richtung immer von meist zufälligen Bekanntschaften abhängig. Und wenn der oder die, der/die bisher an den Wochenenden aus der Universitätsstadt zurück in die Provinz kam und so Informationen etc. mitbrachte und umgekehrt auch wieder welche mitnehmen konnte, dann plötzlich ganz in die Großstadt zog, war es aus mit dem Informationsaustausch. Oder wenn »den Bekannten«, z.B. in Hamburg, plötzlich Kartenlegen wichtiger war als die Hafenstraße, erfuhr mensch von Räumungsversuchen eben erst am nächsten Tag aus der Zeitung.

Es klingelt im Hinterland

Hinzu kommt, daß es in vielen Provinznestern nicht einmal die Strukturen gibt, in denen sich eventuell Interessierte informieren können. Dort gibt es eben keine linken Buchläden, selbstverwaltete Zentren oder Szenekneipen.

Um eine mögliche Kritik gleich vorwegzunehmen: Natürlich soll das INFOTELEFON keine vorhandenen Strukturen ersetzen. Es soll vielmehr dazu beitragen, neue und verbindliche Strukturen zu schaffen. Und damit sind wir wieder bei der bereits am Anfang erwähnten Überschrift unseres letzten Flugblattes: Wir wollen alles wissen. Denn Veranstaltungen, die in den Metropolen eventuell selbstverständlich sind, lassen sich in der Provinz meist nur schwer realisieren. Über das INFOTELEFON besteht zumindest die Möglichkeit, daß Veranstaltungen in den Metropolen auch in der Provinz bekannt werden und daß damit dann auch Menschen von dort zu diesen Veranstaltungen kommen und sich so auch neue Kontakte und damit auch Strukturen entwickeln können. Deshalb wollen wir alles wissen: Termine die für einen selbst vielleicht kalter Kaffee sind, können für andere sehr wichtig sein.

Umgekehrt soll das INFOTELEFON aber auch dazu beitragen, auf Veranstaltungen in der Provinz aufmerksam zu machen und auch die Metropolen-BewohnerInnen dorthin zu mobilisieren. Wir machen bei den von uns weitergegebenen Infos keinen Unterschied, ob diese nun aus Klein-Wölfingerode oder aus Berlin kommen. Soweit zur Grundidee des INFOTELEFONS.

Nun etwas zur aktuellen Situation. Zur Zeit ist es so, daß das INFOTELEFON ca. 20 mal am Tag angerufen wird, in »bewegten Zeiten«, wie etwa zu Beginn des Golfkrieges auch öfter. Die AnruferInnen kommen hauptsächlich aus dem norddeutschen Raum aber auch aus Berlin, Nürnberg, München usw. Wir wissen dabei natürlich nur von den Menschen, die auch neue Infos aufs Band sprechen, aus welcher Stadt sie angerufen haben. Auf etwa 10 Anrufe, die nur die Informationen abhören, kommt einer, der neue Infos auf's Band spricht. Der Kreis der BenutzerInnen scheint sich aber im Moment nicht auszuweiten. In einigen Städten hat die Idee des INFOTELEFONS nach unseren Erkenntnissen überhaupt noch nicht Fuß geefaßt, oder wird vielleicht auch abgelehnt oder nicht ernst genommen. Aus diesen Städten kommen nur selten Anrufe, und zwar meistens, nachdem dort gerade Post von uns ankam. Es passiert auch, daß wir von Ereignissen, z.B. von Räumungsdrohungen erfahren, aber nichts mehr über deren weiteren Verlauf, z.B. ob die Räumung auch durchgesetzt wurde. Die Menschen vergessen, uns auf dem Laufenden zu halten. Bei uns kommmen dann wieder Rückfragen aus anderen Städten, was denn z.B. aus den angedrohten Räumungen in XY geworden sei. Wir müssen dann oftmals passen, da es für uns zum einen zeitlich unmöglich ist und zum anderen auch einfach an Kontaktadressen mangelt, um den Infos hinterher zu recherchieren. Wahrscheinlich ist die Idee der Mobilisierung per Telefon einfach zu ungewohnt, so daß mensch zwar immer an das Verschicken von Flugblättern etc. zwecks Mobilisierung denkt, aber sich nicht mehr an die Existenz des INFOTELEFONS erinnert.

Foto: Marily Stroux

Unerwünschte Begleiterscheinungen

Unsere mangelnde Möglichkeit, Infos zu überprüfen, erweist sich besonders dann als Manko, wenn Infos auf's Band gesprochen werden, die uns nicht ganz geheuer vorkommen. In den meisten Fällen ist es uns nicht möglich, diese auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Das birgt natürlich die Gefahr, daß uns von interessierter Seite »Kuckuckseier« ins Nest gelegt werden. So hatten wir einen Fall, wo ein Anrufer einen Fascho-Aufmarsch in X für das folgende Wochenende behauptete. Dies Info war nicht völlig abwegig, da die Faschos schon des öfteren Aufmärsche in X veranstaltet hatten. Obwohl es uns nicht gelang, diese Meldung zu überprüfen, haben wir sie auf das Band gesprochen. Das Resultat waren ca. 50 Leute, die sich am fraglichen Datum die Beine in den Bauch standen, aber keine Faschos weit und breit. Bis heute ist uns nicht klar, ob der damalige Anrufer wirklich Informationen darüber hatte, daß an diesem Tag ein Fascho-Aufmarsch stattfinden sollte, oder ob dies nicht vielleicht sogar ein Anruf war, der aus Nazi-Kreisen kam, um entweder von einem anderen Treffen abzulenken oder einfach nur ein paar Leute in der Gegend rumzuhetzen.

Daß das INFOTELEFON auch in Nazikreisen bekannt ist, wissen wir spätestens seit den immer mal wieder eingehenden Drohanrufen. Doch nicht nur Nazis könnten ein Interesse daran haben, Falschmeldungen zu lancieren. Die wäre auch eine Möglichkeit für die Bullen, Verwirrung zu stiften.

Wir wissen nicht, ob die Staatsbüttel sich in unsere Leitung einklinken, um zu versuchen, AnruferInnen zu registrieren. Wir wissen aber, daß sie wie »normale« Anruferinnen auch das INFOTELEFON anwählen. In einem Fall wollten sie uns entweder mitteilen, daß sie von der Existenz dees INFOTELEFONS wissen, oder etwas hat in ihrer Telefonzentrale nicht geklappt. Zumindest hatten wir schließlich fast 1 Minute die typischen Hintergrundgeräusche einer Bullenwache auf dem Band.

Hier stellt sich natürlich auch die Frage, wie angreifbar ist eine Institution wie das INFOTELEFON und welche Konsequenzen ziehen wir daraus.

Allein aufgrund der technischen Voraussetzungen, Anmeldung eines Telefonanschlusses, und unserer Stimmen, die immer auf dem Band zu hören sind, ist es uns nicht möglich, das INFOTELEFON aus der Illegalität heraus zu betreiben. Dies macht uns angreifbar und zwingt uns auch dazu, genau zu überlegen, was wir mit dem Infotelefon wollen. Wir glauben nicht, daß das INFOTELEFON mehr sein kann als eine Mischung der auf's Band gesprochenen TAZ-Wiese und der Rubrik »Was fehlt...«. Wir können keine langen Erklärungen weitergeben oder Flugblätter verlesen. Wir können aber dafür sorgen, daß Aktionen, Demos etc., die geplant sind oder stattgefunden haben, nicht totgeschwiegen und zumindest in bestimmten Kreisen bekannt gemacht werden. Damit verbindet sich natürlich die Hoffnung, daß dann auch andere Menschen sich davon angesprochen fühlen, die Möglichkeit haben, sich auch in ihren Zusammenhängen dazu zu verhalten, und dies ermutigt auch, weiterzumachen.

Eine Möglichkeit in Krisenzeiten, wie z.B. dem Golfkrieg, kann es sein, der Nachrichtensperre über bestimmte Ereignisse etwas entgegenzusetzen und damit vielleicht auch eine gewollte Vereinzelung des Widerstandes zu durchbrechen. Manchmal sind wir natürlich von der Informationsflut, die über uns hereinbricht, überfordert. So zum Beginn des Golfkriegs, als aus Dutzenden von Städten stündlich neue Veranstaltungen, Demonstrationen etc. gemeldet wurden. Hätten wir da jeden neu eintreffenden Termin auf's Band gesprochen, wäre die Ansagezeit schnell auf eine halbe Stunde angewachsen und wir hätten das Band stündlich aktualisieren müssen, da die Aktionen ja auch immer sehr spontan entstanden und uns dann erst wenige Stunden vor ihrem geplanten Beginn gemeldet wurden. Darin sahen und sehen wir aber nicht unsere Aufgabe. In den ersten Tagen waren sowieso ständig alle aktiven Menschen auf den Straßen und die Mobilisierung über Mundpropaganda war wesentlich schneller und effektiver als sie mit dem INFOTELEFON möglich gewesen wäre. Gleichzeitig wurde deutlich, daß die Medien nicht über alle Aktionen, die stattfanden, berichteten. Da, wo sich Protest in Widerstand wandelte, senkte sich der Schleier der Zensur. Also haben wir über's INFOTELEFON dazu aufgerufen, uns von allen stattgefundenen Aktionen wissen zu lassen, um diese dann weitergeben zu können. Damit konnten wir dokumentieren: Es gibt kein ruhiges Hinterland. Die uns mitgeteilten Aktionen waren so zahlreich wie vielseitig. Diese weiterzugeben und damit möglichst vielen Menschen zu zeigen, es gibt konkreten Widerstand gegen diesen Krieg, ob Brandanschläge in Berlin oder Freiburg, Aktionen bei Tankstellen oder Banken in Verden oder Emden, zubetonierte Klo's bei McDonald's in Köln oder gefälschte Behördenbriefe in Bremen, dies erscheint uns eine wichtige Aufgabe für das INFOTELEFON zu sein. Vielleicht regt ja die eine oder andere Aktion sogar zur Nachahmung an, wenn mensch merkt, er/sie kämpft nicht allein.

Aber unsere Möglichkeiten sind eben auch sehr beschränkt. Nichts geht schneller als einen Telefonanschluß stillzulegen – wer/welche einmal seine/ihre Telefonrechnung nicht bezahlt hat, weiß das – und schon ist es erstmal vorbei mit dem INFOTELEFON.

Die Idee verbreiten

Wir glauben aber nicht, daß das INFOTELEFON bereits einen solchen Gefährlichkeitsgrad für die Herrschenden erreicht hat, daß es konkret bedroht wäre. Dazu sind die durch das INFOTELEFON geschaffenen Strukturen noch viel zu unverbindlich, zu wenig verbreitet und in ihren Möglichkeiten noch lange nicht ausgereizt.

Dies zu ändern sollte die Aufgabe für die Zukunft sein. Das können und wollen wir jedoch nicht allein bewerkstelligen. Schon als wir mit dem INFOTELEFON anfingen, war für uns wichtig, hiermit nicht nur eine reine Dienstleisungsfunktion zu übernehmen. Das INFOTELEFON steht und fällt mit den BenutzerInnen. Wir können nicht mehr tun als hier ankommende Infos auch wieder rauszuschicken. Welche Funktionen das INFOTELEFON einmal übernehmen und welchen Stellenwert es für die Nachrichtenübermittlung und Mobilisierung einnehmen wird, hängt von seinem Verbreitungsgrad und seiner Verankerung ab. Erst wenn es sich als selbstverständliches Mittel der Informationsweitergabe neben Zeitungen und Flugblättern etabliert hat und so auch in den Köpfen vieler Menschen existiert, kann es auch in Krisensituationen zu einer Gegenöffentlichkeit und zur schnellen massenhaften Mobilisierung beitragen. Solange das INFOTELEFON aber nur sporadisch genutzt, bzw. in einigen Gebieten überhaupt nicht bekannt ist, wird es diese Funktion nur eingeschränkt übernehmen und damit seiner ursprünglichen Zielsetzung auch nicht gerecht werden können. Wir hoffen deshalb, daß alle, die die Idee des INFOTELEFONS richtig und wichtig finden, das Ihrige dazu tun, um diese in ihren Zusammenhängen weiter zu verbreiten. Es gibt dafür ermutigende Beispiele. So wurden in Berlin Plakate zum INFOTELEFON verklebt, im Ruhrpott über einen Radiosender darüber berichtet und in anderen Städten taucht die INFOTELEFON-Nummer auf den Flugblättern auf.

Wir betrachten die Möglichkeit der »Idee INFOTELEFON« aber noch lange nicht als ausgeschöpft. Ganz im Gegenteil haben wir eher das Gefühl, daß noch viel zu wenig Menschen diese Möglichkeit regelmäßig nutzen. Sollte sich die Idee dees INFOTELEFONS wirklich einmal bundesweit durchsetzen, wird es schon von den technischen Möglichkeiten her nicht mehr ausreichen, nur noch ein INFOTELEFON zu betreiben. Unsere Zielvorstellung war und ist, daß es über die ganze Bundesrepublik verteilt zehn oder zwölf INFOTELEFONE geben muß, deren MacherInnen in ständigem Austausch miteinander sind. So könnte jeder das INFOTELEFON anrufen das ihm/ihr am nächsten gelegen ist, dort würde er/sie dann Termine aus seiner Region und bundesweit wichtige Informationen hören.

Dies würde zum einen den Geldbeutel der AnruferInnen schonen, zum anderen ist gewährleistet, daß man/frau nicht fünf Minuten lang Veranstaltungshinweise hört, die sich auf das andere Ende der Republik beziehen, was die Telefone sicher attraktiver machen würde. Der größte Vorteil wäre natürlich, daß mit mehreren Telefonen wirklich jedes Dorf erreicht werden kann.

Wir hoffen in diesem Sinne, daß die Zahl der NutzerInnen des INFOTELEFONS auch in nächster Zeit weiter steigen wird und freuen uns, wenn sich Menschen, die an dem Aufbau weiterer untereinander vernetzter INFOTELEFONE interessiert sind, sich mit uns in Verbindung setzen, so daß wir dem in der Überschrift formulierten Anspruch auch gerecht werden können. ●

Kontakt:
INFOTELEFON
c/o Album
Oldenburger Str. 13
2870 Delmenhorst

Aus: Verzeichnis der alternativMedien
Ausgabe 1991/92
Edition ID-Archiv

Anzeige

Edition ID-Archiv
im Internationalen Institut für Sozialgeschichte
Neue Publikationen I/91

ID-Archiv im IISG (Hg.)
aufruhr – widerstand gegen repression und §129a
Texte und Materialien

Ein Arbeitsbuch mit Beiträgen von JuristInnen, politischen Gruppen, JournalistInnen und politischen Gefangenen. Zur historischen, juristischen und politischen Repression in der BRD.
300 Seiten, 26,- DM

Projektgruppe (Hg.)
Metropolen(Gedanken) und Revolution?
Texte zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismusdiskussion

Mit Beiträgen von Ingrid Strobl, Klaus Viehmann, der autonomen LUPUS Gruppe, den Revolutionären Zellen u.a..
Kritiken an der Theorie und Praxis der linken und linksradikalen Szene.
170 Seiten, 14,- DM

Wolfgang Rüddenklau (Hg.)
Störenfried
DDR Opposition 1986-1989

Eine kommentierte Dokumentation aus den »Umweltblätter«, dem Untergrund Blatt der Umweltbibliothek Ostberlin.
Materialien zur Aufarbeitung der Opposition in den letzten Jahren realsozialistischer DDR.
ca. 400 Seiten, ca 25,- DM
(Gemeinschaftsausgabe mit dem Basisdruck-Verlag)

ID-Archiv im IISG (Hg.)
Verzeichnis der alternativMedien
Ausgabe 1991/92

Das vollständig überarbeitete Nachschlagewerk mit hohem Gebrauchswert beinhaltet rund 1500 Adressen von Zeitschriften, Videogruppen, Radioinitiativen, Mailboxen und einen 70seitigen redaktionellen Teil zur Geschichte und Gegenwart der Gegenöffentlichkeit.
300 Seiten, 28,- DM

ID-Archiv im IISG (Hg.)
Literaturliste Antifaschismus

Die Broschüre liefert einen Überblick (kurze Inhaltsbeschreibungen) zu rund 260 aktuellen Büchern und behandelt die Bereiche: Faschismus, Nationalismus, Rassismus, Sexismus.
52 Seiten, 7,- DM
Paketpreise auf Anfrage

alle Publikationen sind im Buchhandel erhältlich oder direkt (+ 3,- DM Porto/Verp.) bei:
AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19, Tel.: 030/3227117

Infoladen Moskito
im AZ, Alte Bergheimer Str. 7a, Heidelberg

Öffnungszeiten:
Mo: 19–21 Uhr, Di + Do: 19–21 Uhr, Mi: 18–20 Uhr,
Sa: 13–16 Uhr, So: 20–21 Uhr. Montags nur für ♀
sowie bei Konzerten und Veranstaltungen
Bücher, Zeitungen, Plakate,
Aufkleber, T-Shirts, Infos etc.

KULTURNOTIZEN

Sachsen:

Tag ung »z.B. Dresden«
Die Tagung »z.B. Dresden · Soziokultur · Stadtteilkultur · Alltagskultur · Erfahrungen und Perspektiven in den neuen Bundesländern« veranstaltet von Kulturstadt e.V. Dresden, der Kulturpolitischen Gesellschaft, der AG Stadtteilkultur und der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren findet vom 4. bis 6.10.1991 im Kulturzentrum »Scheune« in Dresden statt. Beginn ist am Freitag 15 Uhr, mit der offiziellen Begrüßung, an die sich drei themenspezifische Rundfahrten zu Dresdner Projekten anschließen. Am Samstagvormittag wird in drei kurzen Referaten versucht, einen Rück- und Ausblick auf die kulturelle Entwicklung und die Rolle der Kulturarbeit in den neuen und alten Bundesländern zu geben. Am Nachmittag wird in Arbeitsgruppen brennenden Fragen der täglichen Praxis nachgegangen. Am Sonntag ist geplant, daß der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf ein Referat zum Thema »Kultur für Alle – Bedingungen und Entwicklungschancen in den neuen Bundesländern« hält (die endgültige Zusage steht noch aus). Den Abschluß wird ein Podiumsgespräch mit dem Titel »1 Jahr danach – Kulturarbeit auf neuen Wegen«, moderiert von Olaf Schwencke, mit VertreterInnen aus Kommunen und Ländern sowie den VeranstalterInnen bilden. Im Rahmen des Tagungsprogrammes werden an den Abenden kulturelle Veranstaltungen (Lesungen, Musik, Kabarett) sowie Erkundungen des reichhaltigen Kulturlebens Dresdens angeboten.

Bundesvereinigung Sozio-Kultureller Zentren

»Arbeitshilfen Soziokultur«
Noch in diesem Jahr ist von der Bundesvereinigung die Herausgabe einer Broschürenreihe geplant. Die vermutlich acht Broschüren werden sich mit Themenstellungen aus der alltäglichen Praxis beschäftigen, u.a. »Steuern«, »Künstlersozialversicherung«, »GEMA«, »Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen«, »Projektförderung«, »Arbeits- und Sozialrecht«.

Tagung »Europäische Kulturarbeit«
Im Rahmen der Vorbereitung des bundesweiten Kongresses im Herbst 1992 plant die Bundesvereinigung für den 30.11./1.12.91 in der Zeche Carl in Essen eine Tagung mit dem thematischen Schwerpunkt »Beispiele selbstverwalteter Kulturarbeit und Kulturförderung im europäischen Ausland.«

Schleswig-Holstein

Kooperation mit der Soziokultur
Kultusministerin Marianne Tick erklärte im Regierungsbericht zur Kulturpolitik, daß in Schleswig-Holstein eine landesweit tätige Agentur eingerichtet werden soll, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Kulturverbänden die kulturellen Kräfte bündeln und vernetzen und neue Veranstaltungsformen und -orte entwickeln soll. Die an den Regionen orientierte Kulturarbeit soll auch durch die »enge Kooperation mit den soziokulturellen Zentren« gewährleistet werden.

Baden-Württemberg

Kontaktstudium »Soziokulturelle Freizeitarbeit«
Die Fachhochschule für Sozialwesen in Esslingen bietet ab dem Sommersemester 1991 ein berufsbegleitendes Kontaktstudium »Soziokulturelle Freizeitarbeit – Freizeitmanagement und Freizeitberatung« an. Teilnahmeberechtigt sind Fachkräfte mit Hochschulabschluß, die bereits in der Freizeitarbeit tätig sind (z.B. in Einrichtungen der Weiterbildung, in Kulturzentren, Jugendeinrichtungen u.a.).
Information: Fachhochschule für Sozialwesen
Flandernstr. 101, 7300 Esslingen
☎ (07 11) 39 43 21

REZENSION

Neuer US-Kommunereader

Der Geist der sechziger Jahre, viel zitiert, oft bewundert und kopiert und doch nie so neu geschaffen, wie er einmal war, ist dennoch nicht tot und ist sicher nicht vom Winde oder von den Wolken aus Tschernobyl verweht. Kommunen leben immer noch, manche besser denn je. Das behauptet zumindest die »Sandhill Farm«, die nun einen aktuellen Kommunereader herausgegeben hat, der 250 Projekte in Nordamerika und 50 auf anderen Kontinenten beschreibt. Zusätzlich gibt es neben Landkarten und Bildern auch sage und schreibe 40 Artikel, die u.a. – nicht nur, aber auch – über »persönliches Wachstum«, »soziale Aktion«, »gemeinschaftliches Wirtschaften« etc. in englischer Sprache informieren. Nach Selbsteinschätzung der Herausgeber ist dieses neue, von ihnen so betitelte »Standardwerk«, dem zwei Jahre intensiver Forschung zugrunde liegen, das umfangreichste und beste Werk dieser Art. Das Buch, das sich »Intentional Communities« nennt und sogar in der panindianischen, mehrfach preisgekrönten Zeitschrift »Akwesasne Notes« beworben wird, kostet mit seinen fülligen 312 Seiten 12 US-Dollar plus Porto. Zu beziehen ist dieses Lebenszeichen der US-Kommunebewegung bei: Sandhill Farm, Box 155, Rutledge, MO 63563, USA. Abschließende Anmerkung des klappernden Rezensenten: Es bleibt zu hoffen, daß Bestellungen aus Europa auch klappen und wirklich bedient werden – manchmal soll ja die Post von der Schildkröteninsel, wie Indianer das sogenannte »Nordamerika« zu nennen pflegen, auf geheimnisvolle, vielleicht sogar okkulte Weise im Großen Ozean untergehen und so, einsichtigerweise, ihren Empfänger nie mehr erreichen. Uff; was bei diesem interessanten Graswurzelbuch schade wäre. ●

Roman Schweidlenka

REFLEXIONEN ÜBER EIN UNVERMEIDBARES THEMA

Indianische Gemeinschaften, Rituale und wir

Das hat mich immer an der international als »Großmutter des indianischen Widerstandes« bekannten Tulalipindianerin Janet Mc Cloud so fasziniert: In ihren Vorträgen setzt(e) sie sich bedingungslos für ihre Gemeinschaft und für die Anliegen indianischer Nationen ein.

Foto: Wolfgang Wiese

Von Roman Schweidlenka, Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Oft bettelarm mit leerem Kühlschrank, von FBI und CIA munter überwacht, umgeben von der trostlosen Atmosphäre alkohol- und drogenabhägiger, entwurzelter junger Indianer – mitten im Sumpf materieller Not sind dennoch die persönlichen Probleme nur von sekundärer Bedeutung und die Interessen der Gemeinschaft übermächtig; einer indianischen Gemeinschaft, die sich wie der hinlänglich bekannte David gegen Goliath uranschürfender Multis wehrt.

So waren und sind sie alle, die ich kannte und kenne: Philipp Deere, Medizinmann der Muskogee-Creek, Thomas Banyacya Sr., Sprecher der Hopi, Tom La Blanc, Leiter des Uranforums der Ureinwohner...

Sie alle leben für das Wohl ihrer Gemeinschaft und reduzieren persönliche Bedürfnisse und Wehwehchen auf ein oft erstaunliches Minimum. Häufig ohne Geld teilen sie sofort, wenn sie wieder ein paar Dollar bekommen, denn es gibt noch Ärmere...

Blaß und kraftlos, aufgeblasen und dollargeil wirkt dagegen die Schar jener neckisch »Plastikmedizinleute« genannten »Indianerschamanen«, die mit esoterischen Mutter Erde-Kabaretts ihre eigenen Taschen füllen. Gemeinschaft ist ihnen fern, Solidarität haben sie nur mit ihren eigenen individualistischen und egozentrischen Zielen. Man kennt ihre Namen: Swift Deer, Sun Bear und die plastic people company...

Bemerkenswert egalitär

Gemeinschaft gehört zur Essenz des indianischen Lebensstils. So wie über ihre Spiritualität reden die Ureinwohner Amerikas nur selten darüber. Gemeinschaft lebt man – das ist die Basis jedes Verständnisses. Es gibt bei den Ureinwohnern keine gelehrten Theorien, keine esoterischen Lehrgebäude über Stämme – sie sind ganz einfach da, gehen auf einen mythisch-mystischen Ursprung zurück und wurzeln im Land. Der Stamm lebt durch den Willen zur und durch die Tat für die dezentral organisierte Gruppe.

Aufruf an Europäozentriker: Es ist Zeit, sich endgültig von kolonialistisch geprägten Klischees, wie z.B. dem des von despotischen »Häuptlingen« und machtgeilen »Medizinmännern« terrorisierten Stammes, in dem die »Squaws« als unterwürfige Heimchen am Lagerfeuer auftreten, zu lösen. Unmißverständlich stellt John H. Bodley, Professor für Ethnologie an der Washington State University, fest:

»Stämme sind kommunale Gesellschaften auf kleiner Basis, abhängig von lokalen Ökosystemen. Charakteristisch für sie sind Dezentralisierung und Autarkie, und sie sind bemerkenswert egalitär. Das vielleicht denkwürdigste ist, daß sie es verstanden, grundlegende menschliche Bedürfnisse über ausgedehnte Zeiträume hinweg zu befriedigen und gleichzeitig widrige Kollisionen mit der Umwelt auf ein Minimum zu reduzieren.« (1)

Einer hat versucht, das Selbstverständliche in erklärende Worte zu fassen: Vine Deloria Jr., Oglala-Lakota und Jurist. Seit dem Ende der sechziger Jahre nimmt er schreibend am indianischen Widerstand teil. Sein Buch »Nur Stämme werden überleben« blieb bis heute ein gegenkultureller Longseller, der immer wieder Teile der radikalen Alternativbewegung zu Gemeinschaftsgründungen anspornt(e). Delorias Thesen wurden musikalisch durch den Lakota-Sänger Floyd Westermann, der in dem indianophilen Western »Der mit dem Wolf tanzt« den alten Häuptling spielt, verbreitet.

An dieser Stelle wollte ich einige Absätze von Deloria kommentieren. Schweidlenka reflektiert über Deloria. Wie toll! Oder? Nach längerer Überlegung zog ich es vor, den indianischen Rechtsanwalt ohne meinen Senf zu Wort kommen zu lassen – Kommentare möge der mündige Leser bitte in Eigenregie entwickeln. Der Grund meiner Enthaltsamkeit: Indianer wurden von Weißen nicht nur allzuoft ermordet, sondern auch schon zur Genüge »kommentiert« und so häufig »sterilisiert«. Unsere roten Geschwister benötigen keine Overprotection – auch keine intellektuelle oder ideologische. Nach diesen unheimlich klugen Ausführungen kommt endlich Deloria zu Wort bzw. in den Druck:

»Die Stammesgesellschaft ist von solcher Natur, daß man sie von innen heraus erfahren muß. Sie ist ganzheitlich-logische Analyse, führt ohne dazugewonnene Erfahrung zum Ausgangspunkt zurück. Das Leben in einer Stammesgemeinschaft ist so wohl durchdacht und behaglich, daß es fast wie eine Droge wirkt. Der Mensch, der mit Gewalt aus diesem System herausgenommen wird, wird reizbar und einsam. Er sehnt sich verzweifelt nach einer Rückkehr zum Stamm, manchmal nur, um seinen gesunden Verstand zu bewahren. ...

Schon Engels schwärmte

Eine der Haupt-»Schwächen« der alten indianischen Gemeinschaft war ihre absolute Freiheit. Indianer hatten die Freiheit, teilzunehmen oder nicht; maßgeblich war ihr eigenes Verantwortungsbewußtsein. Wenn es darum ging, durch massenhaftes Auftreten Unrecht zu verhindern, schafften sie es oft nur, eine recht magere Streitmacht auf die Beine zu stellen, falls die Angelegenheit nicht genug Attraktivität besaß. Niemand wurde gezwungen, an irgendetwas teilzunehmen. ...

Der Stamm ist die Gruppe, in der der mensch sich selbst zum Ausdruck bringen kann und sich dessen bewußt werden kann, daß er wirklich Mensch ist, mit bestimmten Maßstäben, Wertvorstellungen, Hoffnungen und Wünschen. ...

Gesetze als solche existieren in Stammesgemeinschaften nicht. Gesetze wurden als von außen aufgezwungene Gewalt abgelehnt. Steuerung der Gesellschaft von außen bestand nur insofern, als die Indianer Bräuche und Gewohnheiten akzeptierten, die in ferner Vergangenheit des Stammes verwurzelt waren. Ein Volk zu sein ist eher ein Gemütszustand als eine definierbare Beschaffenheit. ...

Die Existenz von Stämmen ist abhängig von einer Landbasis, einer Heimat, in der ein Stamm sein kann. Es ist darum auch das wichtigste Anliegen der indianischen Stämme, ihr Land zu schützen. ...

Die Stammesgemeinschaft hängt nicht von gesetzlichen Fixierungen ab, sondern auf den meisten Gebieten vor allem von Bräuchen, die die Unterstruktur der Gesellschaft ausfüllen und sinnvolle Verhaltensweisen geben, und die sich ständig ändern wegen der Anforderungen, die die Menschen an sie stellen.« (2)

Schon Friedrich Engels, Mitbegründer des inzwischen legendären Kommunismus, schwärmte angesichts der Irokesenförderation (Hau do no sau nee) von einer freien und humanen Gesellschaft, die ohne Polizei und Gefängnisse und mit einer erstaunlichen (konsensus)demokratischen Reife über die Runden kommt. Autoritärer Zwang, wie er Diktaturen prägt und auch in unserer parlamentarischen Demokratie immer wieder eingesetzt wird, war bei vielen indigenen Nationen verpönt.

Der Klebstoff, der den sozialen Zusammenhalt garantierte, waren spirituelle Zeremonien, Mythen und Rituale, durch die das allgemein akzeptierte gesellschaftliche Wertesystem weitertransportiert und gefestigt wurde. Wenn auch Rituale in New Age Hochsaison haben und frischgebackene Eso-Zeremoniengurus kreuz und quer durch das EG-geplagte Europa reisen, umgibt derartige Praktiken vor allem in linken Kreisen der Hauch des Anrüchigen und Reaktionären. Ist das nicht die Wiedergeburt hakenkreuzschwingender Teutonenorden?

Diese Ängste sind zu einem guten Teil berechtigt. In unserer Kultur dient(t)en Bräuche nur allzu oft der Etablierung hierarischer Herrschaftsstrukturen und der permanenten Endmündigung des Volkes. Aber es führt dennoch kein Weg um die Tatsache herum, daß Rituale zu den wichtigsten Fundamenten stabiler Gemeinschaften gehören. Die Erfahrungen der US-Kommunenbewegung, die vor allem in »Stammeskommunen« organisiert ist, unterstützen diese Aussage.

Esoterisches Klimbim

Die eingangs erwähnte Janet Mc Cloud berichtet über das Wesen der Rituale, die im Zuge der Revitalisierung indianischer Traditionen in dem von ihr geleiteten »Sapa Dawn Center« in Yelm, US-Bundesstaat Washington, durchgeführt werden:

»Wir versuchen, unseren Jugendlichen und unseren Familien den Wert ihres Lebens sowie die Notwendigkeit des Respekts vor dem Leben in all seinen verschiedenen Erscheinungsformen klarzumachen. ... Wir bringen unseren Kindern die Legenden und Schöpfungsgeschichten bei, die vom Respekt vor den Bäumen wie vor der ganzen Natur getragen sind. In Achtung vor deren Würde machen wir unsere Rituale. Wir lehren so die Heiligkeit alles Lebens und unsere Verbundenheit mit allem, was da ist. Die populären modernen Versionen von Ritualen kosten demgegenüber eine Menge Geld,während es ihnen an spirituellem/kulturellem Reichtum mangelt. Es ist nicht unsere Absicht, den Geist junger Menschen zu verderben.Wir wollen, daß sie frei und unabhängig sind, nicht versklavt! ... Wir verlangen von niemandem, der an unseren Zeremonien teilnimmt, irgendeine Gebühr.« (3)

Im Ritual steckt auch eine emanzipative Entwicklungsmöglichkeit. Dabei ist es nicht notwendig, ja sogar letztendlich hemmend, indianische Rituale – wie es zur Zeit ein beliebter New Age-Volkssport ist – zu kopieren. Sie können fern von jedem esoterischem Klimbim eigenständig entwickelt werden, indem die Gruppe in der grundlegenden geistigen Haltung des Dankens gegenüber den lebenserhaltenden Kräften ihre eigenen Empfindungen, Interessen, Anliegen und Ziele gemeinschaftlich zum Ausdruck bringt. Gurus werden dabei keine benötigt – lediglich halbwegs mündige Menschen, die ohne Überheblichkeit auf ihre eigene (spirituelle) Kraft vertrauen.

Ein Tip am Rande: Knistert es in der Gemeinschaft nur so von (starken) Spannungen, ist es ratsam, sich vor dem Ritual die Kochtöpfe an den Kopf zu werfen und sodann relativ harmonisch, friedlich und mit guten Gedanken die Zeremonie durchzuführen – sonst kann eine Bruchlandung daraus werden. (Der werte Leser, auch weiblich, hat es ja erraten: Der Autor spricht aus eigener Erfahrung. Noch eins: Esoterisch verlangte KommunardInnen können statt der Kochtöpfe auch Meditationskissen in die Schlacht werfen!)

Seit den hinlänglich besungenen und vielfach wehmütig zitierten sechziger Jahren versuchen Hippies, Alternative und sonstige Ausgaben der Gattung homo sapiens, die allgemeinmenschliche Essenz aus der rituellen Praxis der Indianer herauszufiltern. Einer dieser Ritualgräber ist Alexander Buschenreiter, langjähriger und inzwischen mit einigen grauen Haaren geschmückter Unterstützer der vom Völkermord betroffenen Hopi und ein Vorkämpfer für eine gemeinschaftliche spirituelle Politik.

Kreisläufe, vorwärts und rückwärts

Er faßt seine Einsichten über eine rituelle Praxis, die auch für uns mit den verschiedensten Waschmitteln gewaschenen Weiße möglich ist, folgendermaßen zusammen:

»Die beste Tageszeit ist zwischen Sonnenaufgang und Mittag; zur Vollmondphase wirken zusätzlich noch besonders starke positive Kräfte. ... Zeremonien mit ihren Ritualen richten sich nach den Anlässen, wie Geburt, Reife, Hochzeit, Tod, Zusammenkunft, Vorbereitung und Durchführung von Vorhaben – und nach den Zyklen der mit ihnen verbundenen Erscheinungen, wie Sonnenaufgang, Mittag, Sonnenuntergang, Mondphasen, Siebentagerythmus, Sonnenwenden, Tag- und Nachtgleichen, Aussaat, Keimen, Blühen und Ernte der Pflanzen. Es versteht sich von selbst, daß solche Vorhaben sorgfältiger Vorbereitung bedürfen, insbesondere durch Fasten, Meditation und Gebet, und daß ihrem Gelingen je nach Bedeutung eine Verschenkungszeremonie, ein gemeinsames Essen und vieleicht sogar ein ausgelassenes Fest folgen. Wobei auch Feste durch entsprechende Formen zu Ritualen werden können. All das hilft jedenfalls durch die bestehende Wechselwirkung zwischer gelebter Beziehung, Zeremonie und entsprechendem Ritual tatsächlich, die Kreisläufe des Lebens aufrechtzuerhalten, regt sie an, feuert sie regelrecht an.« (4)

Auch wenn die deutsche Mark unerschrocken durch Europa rollt – und mit ihr eine anschwellende, die Natur immer mehr bedrohende Verkehrslawine – und auch wenn alte gemütliche Wanderwege ozon-verseuchten Autobahnen weichen: Gemeinschaftliche Alternativen zu unserer atomisierten Selbstmordgesellschaft sind gefragt – und in meinen Augen eine Prämisse für eine berechtigte Hoffnung auf Zukunft. Nur Stämme – oder nennen wir es für unseren Kulturkreis etwas bescheidener: dezentrale Gemeinschaften – werden überleben. Die Aufgabe dieser neuen sozialen Projekte ist es meiner Ansicht nach nicht nur, Heimat und vieleicht sogar selbstbestimmte Arbeit für Menschen zu schaffen, sondern auch das Land, die Region im Sinn von »Global denken, lokal handeln« vor dem ätzenden Zugriff der technokratischen Beton-, Plastik- und Atomwalze zu schützen.

Das Land – ein sensibles ökologisches Gut, das gemeinsam verantwortungsbewußt genützt wird. Diese Praxis indogener Kulturen sollte unsere spirituell-politische Version für eine lebenswerte Zukunft sein. Ganz in diesem Sinne meint Deloria:

»Höchst ironisch ist die Tatsache, daß der weiße Mann, will er überleben, seine dollarjagende Zivilisation aufgeben und zu einem stammesorientierten Wildjäger- und Beerenpflückdasein zurückkehren muß. Er muß seine Vorstellung von der Erde als einer teilbaren Landfläche, mit der er Geschäfte machen kann, aufgeben. Die Ländereien der Vereinigte Staaten (und Europas/Anm.) müssen wieder in Gemeineigentum übergehen und zur Wildnis werden, wenn der Mensch leben will.« (2) ●

Anmerkungen:
1) **John H. Bodley:** Umweltschützer unterstützen Stammesvölker. In: **Peter E. Stüben (Hg):** Die neuen »Wilden«. Focus
2) **Vine Deloria:** Nur Stämme werden überleben. Indianische Vorschläge für eine Radikalkultur des wilgewordenen Westens. Goldmann TB
3) Zit. in: Für die Erde, für das Leben, Nr. 6/90
4) **Alexander Buschenreiter:** Mit der Erde, für das Leben. Der Hopi-Weg der Hoffnung. Edition Pax. Bauer

P.S. Anmerkungen zu einer seltsamerweise notwendigen Begriffserklärung:
Stamm – und auch Gemeinschaft – bedeutet hier eine Lebensgemeinschaft, die zumindest teilweise zusammenarbeitet und bis zu einem gewissen Prozentsatz auch die sogenannte »Freizeit« kollektiv gestaltet. Wie intensiv diese gemeinsame Gestaltung des Lebens ist – von eher locker strukturierten kooperativen Freundeskreisen bis zum Kommunenleben unter einem manchmal leicht regendurchlässigen Dach – liegt an der Übereinstimmung und an den Vorstellungen/Bedürfnissen der involvierten Menschen.

Kein Stamm ist es – und wohl nur in wenigen Fällen eine Gemeinschaft – wenn sich atomisierte Menschen zu einem Wochenend-Esoworkshop unter der Leitung eines Führers, Gurus oder auch der reinkarnierten Mondgöttin einfinden. Auch wenn etliche (weiße) Neoschamanen bei derartigen Veranstaltungen Stammesversionen verbal herbeizitieren wollen und archaisch-gemeinschaftliche »feelings« beschwören – »Stamm« als fester Lebenszusammenhang und sozial verpflichtendes Gebilde widersetzt sich derartigen Beschwörungen und verweigert sich den käuflichen Eso-Paradiesen und Okult-Schnatterern, die mit kurzfristigen Moden suchende und vielfach vereisamte Menschen ausbeuten.

KULT-TOUR MIT KRAUSI

Nickern-Cowboys go Leningrad Nugge Nau!

Nu, sagen die Sachsen, wenn sie Ja meinen, nu genau, wenn sie den Wahrheitsgehalt des Gesprächsinhalt besonders betonen wollen. Ob alle Geschichten um die Schloßgeister der Kulturanstalt Nickern stimmen? Mir sind keine Zweifel bekannt. »Nugge nau«, antworteten sie unserem neuen Freistaatler Ulli Berger.

von Ulli Berger, Redaktion Dresden ● 1693 wurde im Südosten Dresdens die Fluchtburg Nickern von der Familie von Bose erbaut. Die höfischen Geschichten um Frauen, Jagd und Alkohol gehören hier nicht hin. Seit Ende des zweiten Weltkrieges wurde das barocke Gemäuer als Rentenauszahlungsstelle, Wohnhaus, Kindergarten und Schule genutzt. 1976 suchte der Jugendclub des Staatsschaupiels neue Räume, das Schloß kam in junge Hände. Die Segnungen der »Wende« veranlaßte die ehemaligen FDJniks zu soziokulturellen Höheflügen, weswegen nicht wenige Dresdner die Nickerner Cowboys und -girls für völlig übergeschnappt halten. Wen wundert's? Die Nickerner Wohlfahrt präsentiert EXPERIMENTE und FRACKMENTE – Öffentliches Proben mißerfolgverwöhnter Teams sowie DANCEGEHÄMMER, daß die Erde bäbt. Zum weihnachtlichen Tanz lädt man zum Sommernachtsball, der Aktivistenball wird von PARTYsahnen unterwandert. Schlafsackliegeplätze gehören zum obligatorischen Angebot bei den vielen Livekonzerten, selbstredend mit Plüschtierzwang. Da Nickern am Rande Dresdens liegt, holt man sich die Gäste mit einem Bus heran und schafft sie sich mit selbigen wieder vom Hof. Womit wir bei KRAUSI wären.

Die ungarische Firma IKARUS erbaute ihn 1973, ein seltener 255er mit der 192 PS Maschine der legendären Motorenfirma RABA. Scrabble oder Lettramix spielende Leser wissen, welches Geistes Kind Gerti war, als er in Rekordzeit den Werkbus der Reifenwerke Heidenau PNEUMAT in KRAUSI umlabelte. Leichtsinnig, vielleicht das Markenzeichen der NickerInnen, kauften sie sich im Oktober '90 den alternden Bus, der 17 Jahre lang kaum das Werksgelände verlassen konnte. Das gräßliche Himmelblau wurde mit guter Ostfarbe eingeschwärzt, eine Bar mit Musikanlage eingebaut, die Gesinnung auf die Busseite lackiert »BLÖD – Schon wieder Skandal auf Schloß Nickern« und fertig war der Schloßexpress, der sich als Glücksgriff erwies; Gerold verliebte sich gar in die Kiste und wenn sie nicht ...

Schaumwein wurde nur einmal in der Heckbar angeboten – Sekt ist SCHAUMstoff. Nasse Klamotten gab es auch beim Öffnen von Bierflaschen. Inzwischen hält man sich an Whiskey und Wasser. So soll es Konzertbesucher geben, die zwischen Hin- und Rückfahrt KRAUSI gar nicht mehr verlassen. Wenn, wie nicht selten, Matadoren der Indepentent-Szene wie »Keimzeit« oder »die art« spielen, muß KRAUSI doppelt touren: Die-ohne-Karten wieder in die City bringen, zur zweiten »Mugge« wieder raus und turnusgemäß am frühen morgen wieder ins Zentrum. KRAUSI macht's möglich, den Musikern ist Nikkern Freipflichtzeit.

Dieser Hol- und Bringservice wird auch anderen Dresdner Clubs angeboten: für DM 100,– ist KRAUSI dabei. Neben Stadtrundfahrten für Rentner und Stadtteilkulturtouristen tourte KRAUSI in den vergangenen 10 Monaten in die Tatra und den Harz, jeweils zweimal nach Hamburg und Jugoslawien und jüngst nach Leningrad. Apropos Hamburg, hier erlebte KRAUSI schöne und schwere Stunden. Aufsehenerregende Einfahrt nach MOTTEnburg – eisiges Schweigen des Anlassers vor dem SCHLACHThof. Zum Glück war ein Krankenwagen in der Nähe, der KRAUSI ambulant behandeln konnte. Von diesem Schock erholt sich KRAUSIS Motor nie wieder; auf der Heimtour gab er 100 km vor Dresden seinen Geist auf. Vielleicht scheute er den sächsischen Smog oder die wärmenden Strahlen (Ikarus, der Sohn von Daedalus, dem Erbauer des Palastes von Minos – Ariadnefaden usw. – näherte sich bei der fliegenden Flucht der Sonne ... Wachs ... tropf ...) der hanseatischen Stadtteilkulturförderung. Die Ursachen blieben wie oft ungeklärt. Trotz einer langwierigen und teuren Reparatur entpuppte sich der Motorwechsel in der Nähe Dresdens als gelegen, denn hätte KRAUSI auf der 5.000-km-Tour nach Leningrad schlapp gemacht – wo kann eine Vertragswerkstatt weiter entfernt sein als in der UdSSR; KRAUSI hatte sich sozusagen unter Duldung barbarischer Schmerzen in die Elbmetropole geschleppt.

KRAUSI in Leningrad Foto: Union, Dresden

Die Leningradreise muß den NickerInnen während eines Nickerchens vom Schloßgeist eingeredet worden sein. »Macht doch so ganz einfach internationale Städtepartnerschaft, fahrt von jetzt an jedes Jahr nach Leningrad!« Die AnstaltsbewohnerInnen hatten zwar gerade ein riesiges Stadtteilfest KUL-TOUR organisiert, ein Großteil des Schloßes war und ist baupolizeilich geschlossen, die Finanzierung der Baumaßnahmen ist unklar und fast alle Dresdner schielen nach Westen – die NickerInnen, go Leningrad. Im Originalton des Reiseberichts:

»**4. Juli, 10 Uhr** Marion und ich (Gerold) sind nach 22 Stunden Fahrt von unserer zweiten Jugoslawien-Tour zurück. Bringen KRAUSI gleich in die Werkstatt zur Durchsicht. Die Werkstattleute können's auch nicht so richtig begreifen, daß wir nach diesen zwei Touren nun auch noch nach Leneigrad düsen werden. Und das mit KRAUSI. Aber ein bißchen bewundern sie uns trotzdem.

5. Juli, 18 Uhr – Der Bus ist in Nickern und wird langsam mit den tausend persönlichen Sachen und Geschenken aus der Sammlung der Gesellschaft Sachsen-Sowjetunion und der Inneren Mission Pirna bepackt. Die Kaffeemaschine läuft im Dauerbetrieb. Ich gehe zum x-ten Male die Begleitpapiere, Visa, Hotelscheine und diverse andere Papierchen durch. Nur nichts vergessen. Es lebe die Bürokratie! Holm, ansonsten cooler Neustädter, freut sich wie ein großes Kind auf die Fahrt. Krischi und Steffen ziehen lange Gesichter. Haben kein Visum gekriegt. Zu lange getrödelt. So sind wir 18 Leute im Bus, darunter zwei (ältere?) Damen aus Pirna. Die eine ist Rentnerin, aber nur laut Geburtsjahr. Sie bekamen über die Zeitung von unserer Fahrt zu hören, veranstalteten in der Gemeinde eine Sammlung für die Peters-Schule in Leningrad und waren trotz eindringlicher Warnungen meinerseits nicht davon abzubringen, ausgerechnet mit diesem Bus und mit diesem Haufen mitzufahren. Kommentar Falk: »Mönsch, da müss'mer uns ja benehmen, so e Mist!«

6. Juli, 1 Uhr – Unter großem Jubel geht's los. Die Fahrt führt über Görlitz, Breslau, Radom nach Podlaska Biala, kurz vorm »Ende der Welt«. Unterwegs spielen wir in Polen Linienbus. Die Leute staunen etwas über diesen merkwürdigen Haufen, der da sorbisch-polnisch-englisch-russisch schwafelnd darüber informiert, wo Nickern liegt und wohin die Reise führen soll. 19 Uhr Ankunft in Biala zur Übernachtung im Hotel. Ein freundlicher »Herr Konrad« begrüßt uns. Das Hotel ist gut eingerichtet. Alle sind k.o. von der Hitze. KRAUSI gleicht einer mexikanischen Würfelbude, wird aber doch wieder ordentlich. Duschen, Abendbrot, Bett.

7. Juli, 9 Uhr – Start zur Grenze. Nach einer Stunde warten sind wir durch alle Kontrollen durch. In Richtung Minsk 14.26 Uhr ein Knall, – alle aus dem Hitze-Halbschlaf hochgefahren – der rechte Vorderreifen ist geplatzt. Ein russischer LKW-Fahrer hilft mit dem Wagenheber aus (den eigenen finden wir erst später), nach einer Stunde geht die Fahrt weiter. Wir fahren, fahren, fahren. Trotzdem kommen wir auf der Landkarte kaum voran. Nach und nach beginnen wir die unendliche Weite des Landes zu begreifen.«

Unendlich weit enfernt ist wohl auch der Abschluß der Bauarbeiten am Schloß. Schloßarchitekt Achim jongliert mit Millionenbeträgen. Graf Fred, der Schloßschäff, reicht die Summen heiter weiter – keiner wird sie ihm verweigern. Wann? das ist den ca. 20 MacherInnen nicht so wichtig. Ihre Dauerparty lebt von Träumen, Wagnissen und Aktionen. Als die Dresdner Verwaltung nach der Wendephase wieder erstarrte, riefen die Schloßgeister zu einem Schneckenrennen in den Fluren des Rathauses. So schnell, wie die VerwalterInnen vom Flur verschwanden, waren die Schnecken nicht.

Wenn eine Aktion mißlingt – drei teure Konzerte an einem Wochenende mit Platzproblemen, Konkurrenz und Regen – Kul-Tour ist wenn man trotzdem lacht, »Costa« wa es wolle. KRAUSI hat 2.000 DM gekostet, für Pfennigfuchser sind das Unkosten, für den staunenden Beobachter eine Kostbarkeit.

Eine letzte Kostprobe aus einem Einladungsinfo: »Die Kulturanstalt Nickern eröffnet am 27.7.91 die Schloßhofbar mit keiner Jazzsession und von da an gibt es jeden Tag kein Bier & nicht zu essen, weder Tischtennis, noch Billard, und erst recht keine Diskothek! Warum die Leute trotzdem kommen, weiß von uns auch keiner.«

Möge Euch der Neid der Fans erspart bleiben und viel Kul-Tour bei den nächsten Touren nach Nürnberg, Prag, Köln, Warschau, Paris, Budapest und last not least nach Hamburg. Sowieso und nugge nau! ●

erschienen in: Querstreifen, Zeitschrift für Stadtkultur HH, Nr.4 / 8/9 '91

»KIEZLADEN ODER KOMMERZSCHUPPEN?«

Harte Devisen – schmerzliche Realitäten

Zwischen zwei Ostberliner Gruppen mit alternativen Anspruch herrscht Krieg. Neue Schlösser werden eingebaut, einstweilige Verfügungen werden ausgetauscht, mit Anzeigen wird gedroht.

Leider handelt es sich nicht, wie das ehemalige FDJ-Zentralorgan Junge Welt meint, um eine Provinzposse. Hier werden symptomatisch die Mechanismen der neuen Gesellschaftsordnung klar, die sich die Mehrheit der DDR-Bürger im März 1990 erwählte und hier stehen Träume von einer anderen Art von Gesellschaft auf dem Prüfstand. Im Oktober 1990 schlossen der Basis-Druck-Verlag und der Verein Entweder Oderberger einen Vertrag über die gemeinsame Einrichtung eines Kommunikationszentrums in Räumen des Vereins. Die Leute vom Entweder Oderberger hatten schon Jahre vor dem Sturz des SED-Regimes im Wohnbezirksausschuß Kiezarbeit gemacht und waren, da sie das ernst meinten, oft in heftige Konflikte mit den Behörden geraten. Der Basis-Druck-Verlag wurde im November 1989 als Stimme der Bürgerbewegungen gegründet. Von daher und aus gemeinsamen Freundschaften schien es klar, daß beide Gruppen gemeinsame Ziele haben und im Vertrag wurde das auch entsprechend formuliert:

Gemeinsam bemühen sie sich, mit dem Kommunikationszentrum Zweck und Ziel des Vereins und des Verlages zu unterstützen. Der Basis-Druck-Verlag verpflichtete sich, die Geschäftsführung und die laufenden Kosten zu übernehmen, dafür sollte ihm der Erlös zur Abdeckung der Betriebskosten, Abschreibungen, Investitionen und Ertragsbeteiligung für die Betreiber zur Verfügung stehen. Von dem Restbetrag sollte der Verein Entweder Oderberger 25 % zur Finanzierung seiner Unkosten erhalten.

Ob die nebelhafte Formulierung des Vertrages gute oder böse Absicht war, darüber streiten sich die Beteiligten. Jeder behauptet von sich, die Unklarheit als Understatement akzeptiert zu haben, um nach alter DDR-Gewohnheit die leeren Buchstaben mit dem allen bewußten gemeinsamen Inhalten zu füllen. Plötzlich, so alle Kontrahenten übereinstimmend, sei es der Gegenseite klar geworden, daß das Cafe eine Goldgrube ist und habe demzufolge den Vertrag in ihrem Sinne zu interpretieren versucht, bzw. das Cafe ganz an sich zu reißen. Tatsächlich scheint es aber vorwiegend um eine Divergenz der Interessen zu gehen, die damals nicht deutlich genug formuliert wurde. Der Verlag wollte die Öffentlichkeitsarbeit für eigene Produkte verbessern und aus den Überschüssen Buchprojekte finanzieren. der Verein dachte daran, mit den Überschüssen die Kiezkultur zu finanzieren, Hoffeste, Altenberatung, Bürgerversammlungen, Infoveranstaltungen. Böses Blut machte auch ein vollständig unterschiedliches Verhältnis zum Geld. Der Verein lebte von Spenden und fühlte sich in einer Gnadenposition gegenüber einem kapitalistischen Geldgeber. Der Verlag hatte die Verantwortung für verhältnismäßig große Summen, die gewinnbringend investiert werden mußten, um neben Büchern und Zeitungen die Lohnzahlungen der Mitarbeiter und schließlich auch Spenden aufzubringen.

Was tatsächlich geschehen ist, kann hier nur in groben Zügen geschildert werden. Anfang Februar stiegen die vom Basis-Druck angestellten Betreiber plötzlich aus, anfangs aus Krankheitsgründen, dann weil sie keine Lust mehr hatten. Leute vom Verein übernahmen die Führung des Cafe's und wurden dafür vom Verlag pauschal bezahlt. Beiderseits herrschte Unzufriedenheit über den Zustand: Der Vertrag sei zu wolkig formuliert. Ein Unterpunkt in einem Vorschlag für einen neuen Vertrag wird von den Entweder Oderberger-Leuten als Angebot mißverstanden, das Cafe käuflich zu erwerben. Der Basis-Druck stimmt diesem neuen Gedanken zu, verlangt aber 100.000 DM. Der Verein hält die Forderung für zu hoch und will dem Verlag lediglich die Gelder erstatten, die für die Einrichtung des Cafe's bezahlt wurden. Der Verlag beziffert diese Aufwendungen auf 70.000 DM, besteht aber auf eine zusätzliche Prämie, dann Gewinnabgeltung von 30.000 DM.

Der Verein sieht Letzteres nicht ein, hat auch, weil ihm wie vielen Ostberliner Vereinen vom Westberliner Amtsgericht das Vereinsrecht aberkannt wurde, große Schwierigkeiten mit der Kreditbeschaffung. Aber auch der Basis-Druck-Verlag hat in der neuen Presselandschaft immer mehr Schwierigkeiten. Die Zeitschrift »die andere« arbeitet, wie die meisten Zeitungen und Zeitschriften im Vertriebsgebiet Ost mit hohen Verlusten. Darüber wird aber nicht geredet. Die Beziehungen der beiden Gruppen sind mittlerweile so angespannt, daß man nur noch Statements austauscht oder sich über Schriftverkehr verständigt. Da diese Schreiben zum Teil unklar und unprofessionell abgefaßt sind, entstehen zusätzliche Mißverständnisse. Ein Brief des Vereins vom 14. Juni meint eigentlich, daß der Verein zur Zeit beim besten Willen nicht mehr als 50.000 DM auftreiben kann und daß man weiterhin nicht die 30.000 DM Aufpreis akzeptiert. Der Ton des Briefes ist aber ultimativ und dem Basis-Druck werden über die verfügbaren 50.000 DM aus dem laut Vertrag zustehenden Erlösen zusätzliche 15.000 DM angeboten.

Der Verlag empfindet das als Frechheit und kommt zu der Schlußfolgerung, daß der Verein wohl will aber nicht fähig ist, eine einvernehmliche Regelung zu finden. Die Geschäftsführung des Verlages schließt am 1. Juli das Cafe und baut ein neues Schloß ein. Schon am nächsten Tag nimmt der Verein die Räume mit Hilfe einer Hausfriedensbruch-Anzeige und einer einstweiligen Verfügung wieder in Besitz. Mit Hilfe einer anderen einstweiligen Verfügung untersagt der Verlag die Weiterbetreibung des Cafe's. Zwischendurch gibt es Flugblätter des Vereins und eine Kurzchronologie des Verlags. Der Verein fragt »Kiezladen oder Kommerzschuppen?« Der Verlag wirft dem Verein Geldgier vor. Jetzt taucht ein neuer Faktor auf. Die Westberliner Eigentümerin des Hauses, die Quadrat GmbH erklärt den Mietvertrag mit der KWV für einen Verstoß gegen die guten Sitten und damit nichtig. Sie fordert dazu auf, bis zum 15. August die Räumlichkeiten unverzüglich geräumt herauszugeben.

Nun werden sich die Kontrahenten hoffentlich gegen diesen gemeinsamen Gegner einig werden. Aber die Schwierigkeiten werden bleiben: Der Umgang mit der Währung, mit der man alles kaufen und tun kann, einschließlich der Vernichtung der Existenz des Anderen. Hinzu kommt der unbarmherzige Konnkurrenzkampf, in dem auch alternative Betriebe und Vereine stehen. Gefragt sind nicht mehr gute oder schöne Ideen, gefragt wird, ob sie sich vermarkten lassen. Das sind kapitalistische Tatsachen,an denen niemand vorbeikommt, der diese harte Währung benutzt. Aber ich denke, es muß auch gefragt werden, ob die beiden Gruppen nicht soweit in ihre Interessensituation und ihren Kampf ums Überleben eingesponnen sind, daß sie nicht mehr daran interessiert sind, welche Probleme die anderen haben, auf welchem Gebiet es gemeinsame Interessen gibt, wo Interessensgegensätze herrschen und wie durch einen Kompromiß gemeinsame Lösungen gefunden werden können. Wenn im Oktober 1990 Solidarität noch Ehren- und Prinzipiensache war, so wird sie jetzt zur Geld- und Existenzfrage. Dies kann positiv oder negativ gelten. Aber Alternativstrukturen und Ansätze einer Gegengesellschaft werden sich nur halten können, wenn Solidarität ein Geschäfts- und Überlebensprinzip wird.

Das wird aber nur möglich sein, wenn die Partner sowohl Interessen als auch Interessengegensätze klar formulieren und Konfliktfälle vertraglich regeln. Eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Interessen haben ist Harmonieduselei, wird es auch in Zukunft nicht geben. Menschliche Gemeinschaft wird immer nur im ständigen Bemühen um Interessensausgleich, um einen gerechten Vertrag möglich sein. ●

r.l.

Aus: telegraph 8/91, Ostberlin

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Ein Hoffnungsprogramm für die ländlichen Regionen?

»Ich weiß nicht mehr, bei welchem Straßenkilometer, hinter welchem Hügel, an welchem Büro oder Küchentisch, in welcher Werkshalle mir klar wird: Es reicht nicht, Ideen, Modelle, Innovationsgehalt, wirtschaftliche Tragfähigkeit, regionale Beschäftigungseffekte zu beschreiben. Mit dieser Ver-Sachlichung wäre eine Entmenschlichung verbunden. Als hilfreicher sprachlicher Stolperstein dient ein Ausspruch der Solar-Menschen in der Oststeiermark: »Wir haben Ideen gesponnen und da ist uns nicht nur ein Licht aufgegangen, sondern mehrere Lichter sind uns aufgegangen.«

Schlußfolgerung: Alle diese »Projektträger« sind Urheber, Autoren ihrer Modelle, sie haben ein Recht auf Wahrung ihrer Exklusivität.

Ich probiere es mit einer These: Es gibt keine Eigenständige Regionalentwicklung ohne eigenständige Menschenentwicklung. Man halte sich eine Alltagserfahrung vor Augen: Jeder, der sich verändern oder entwickeln möchte, sieht sich eingespannt in ein System von Regeln, Institutionen, Organisationen, Gesetzmäßigkeiten, Sachzwängen. Diese lassen nur eine bestimmte Veränderung zu oder gar keine. Zum Beispiel: In schwachen Regionen hört man endloses Jammern: »Uns laufen die jungen Leute weg, wir werden zu wenig gefördert, die Politiker tun zu wenig für uns.« Aus dem Gefühl der Vernachlässigung wird lässige Untätigkeit, aus den Opfern werden Täter der eigenen Nicht-Entwicklung«

(Helmut Waldert: Von starken Menschen in schwachen Regionen, in: ÖAR (Hrsg.:) REGionalentwicklung, 3/90, S. 11-12)

Viel dichter und besser als der ORF-Mitarbeiter Helmut Waldert kann man es kaum zusammenfassen, worum es eigentlich bei der »Eigenständigen Regionalentwicklung« geht, nämlich um »Eigenständige Menschenentwicklung«, die neue Normen setzt: Kulturelle Veränderungen des Lebensumfeldes, soziale Innovation, Alltagsprofessionalität, Kooperation, revolutionäres Tüftlertum, »Aufbrecher-Pioniere«.

Eigenständige Regionalentwicklung ist der Versuch, soziale Bewegungen, kulturelle Emanzipation, regionale Verortung , technologische Neuerung und ökonomische Verbesserung der Lebenssituation zu verbinden und somit nicht nur »NEIN DANKE« zu sagen, die Verweigerungshaltung der Anti-Bewegungen fortzusetzen, sondern den Einstieg in die Um- und Gegen-Gestaltung aktiv und bewußt zu vollziehen, um somit das positive Erbe der Widerstandsbewegung der 70er und 80er Jahre anzutreten:

»Dies ist meine Kritik an der Konzeptionsarmut des Widerstandes« – schreibt Robert Jungk in seinem Buch »Projekt Ermutigung«:

»Er hat sich zu ausschließlich 'eingeschossen' auf die sichtbaren, schwerbewachten 'Festungen' des Atomstaats, hat in agressiver Notwehr sich gegen die Okkupation der Heimat durch gefährliche Industrieanlagen und Waffenplätze zu verteidigen gesucht.

Darüber wurde vernachlässigt, in die geistige und soziale Offensive zu gehen und selbst das Terrain der Auseinandersetzung zu bestimmen: durch konkrete Vorschläge neuer Arbeitsformen, neuer Lebensformen, neuer Modelle der Energieerzeugung und -versorgung, anderer bürgernäherer Institutionen und öffentlich mitbestimmter Experimente, in denen solche Entwürfe ausprobiert werden können.«

(Robert Jungk: Projekt Ermutigung – Streitschrift wider die Resignation, Berlin, 1988, S.19)

»Ich werfe also den neuen sozialen Bewegungen – genauer: einem Teil, vor allem dem militanten Kern unter ihnen – eine überholte Strategie vor. Während die Technokratie ihre Perfektionierung vorantreibt, hält ein sicherlich mutiger, aber geistig unbeweglicher Teil der Protestbewegung am veralteten militärischen Bild von Gegenwehr fest. Auf diese Weise aber kann das notwendige Neue nicht entstehen.«

(Robert Jungk, S.20)

Vielfach verhindert das falsche Bewußtsein der »Gegen-Denker« und »Gegen-Beweger« von ihrer Stärke und ihrer Schwäche, aber auch von ihrer Stärke in ihrer vermeintlichen Schwäche, den selbstbewußten Schritt nach Vorne:

»Es ist heute noch typisch für das geringe Selbstbewußtsein der neuen sozialen Bewegungen, daß sie sich in der Auseinandersetzung mit dem »System« von vornherein nur als die Schwächeren und stets Unterlegenen sehen. Das sind sie in der Tat, wenn nur die bestehenden Machtverhältnisse gesehen werden. Aber wenn man den Erkenntnisstand vergleicht, die geistige Beweglichkeit, die Fähigkeit, grundsätzliche Problemlösungen zu finden und, wenn auch unvollkommen, zu erproben, dann ist die Überlegenheit der real Unterlegenen unbestritten größer.«

(Robert Jungk, S.90)

Eigenständige Regionalentwicklung – ein Förderprogramm für »Basis-Unternehmer« und »Raum-Innovateure«

Eigenständige Regionalentwicklung ist der Versuch diese »mentale Struckturschwäche« der Menschen in Benachteiligungsregionen zu durchbrechen und in einem »Bündnis« von direkten Fördergeldern (Regionalfond) so wie halb-staatlicher Beratung (Regionalberater) von »Oben« und aktiven Menschen mit Entwicklungsideen »Unten« zu überwinden. Für die Projekte in der Region stehen dabei als wichtigste Bedürfnisse im Raum:

- Eine möglichst unbürokratische und flexible Förderung ihrer Projektideen
- Eine einzelfall-bezogene und nicht nur rein-fachliche (sondern auch soziale und kulturelle) Beratung mit späterer Begleitungs-und Betreuungsberatung
- Eine Unterstützung bei der Vernetzungsarbeit in der Region und innerhalb der jeweiligen Branchen
- Eine »Anwaltfunktion« gegenüber Behörden, Bürokratie und politischer Öffentlichkeit
- Eine Organisierung von Qualifizierungsmaßnahmen zur weiteren Selbsthilfe (z.B. Selbst-Beratungsvermittlung unter Projekten, fachspezifische Weiterbildung, Hinzuziehung von Fach-Beratern und Experten für anstehende Detail-(Haupt)-Fragen)
- Eine systematische Hilfebestellung beim Versuch aus der Projekt-Förderung und Projekt-Beratung hin zu einer Eigenständigen Regionalentwicklung und Regional-Beratung zu kommen (Regionalarbeit, Regionale Vernetzung, Regionaler Binnenmarkt, Regionale Branchen-Kooperation oder branchen-übergreifende Zusammenarbeit)
- eine praktische Verknüpfung von »Widerstand und Selbsthilfe« von Regionalpolitik und Verbesserung des Lebensalltags, von regionaler Einmischung und Ausbau der politisch-kulturellen Infrastruktur, von Provinzveränderung und Provinzerhaltung (Widerstand gegen Zerstörung des »Guten der Provinz« (Ernst Bloch); Gegenwehr gegen Provinz-Verplanung durch die Funktionszuschreibungen aus den Zentren.)

Foto: Albert Herrenknecht

Eigenständige Regionalentwicklung versucht über den Projektansatz Neue Wege der Regionalentwicklung von Unten und reagiert dabei auf die sichtbaren und unsichtbaren Strukturzusammenbrüche der Neuen Sozialen Bewegungen: Den Vorrang der Bewußtseinsbildungsarbeit vor der Beispielarbeit (»Propaganda der Tat«); die Erschöpfung und Überforderung der langjährig politisch Aktiven, die Schwierigkeit, regionale Kontakte und politische Selbstorganisationsstrukturen längerfristig aufrechtzuerhalten; den Verlust an fachlicher, kultureller und menschlicher Anregung in der isolierten Provinz.

Eigenständige Regionalentwicklung ist aber kein »Alternativprogramm« nur für die inzwischen weit-verstreute und weit-zerstreute Alternativscene in der Provinz, sondern auch ein Versuch, die alternativen Tüftler in der Region mit den Alternativ-Tüftler zusammenzubringen, gute Ideen nicht mehr nur politik-borniert und voreingenommen (lagerbezogen) zu fördern, sondern ein offenes Programm für Alle, sofern sie z.B. die im »Ländlichen Regionalprogramm« (siehe unten) inhaltlich-formulierten Regionalentwicklungskriterien akzeptieren, zu praktizieren. Eigenständige Regionalentwicklung will die Isolation der Provinz (als ein Selbsthilfe-Programm der Peripherie) und in der Provinz (als Nicht-Wissen des breiten »endogenen Potentials« voreinander) aufbrechen und könnte als Basisbewegung der 90er Jahre dabei – sofern der Einstieg in eine politische Förderung gelingt – wesentlich vorankommen. Daß bei einer staatlichen Förderung nicht das Gesamtprogramm der Eigenständigen Regionalentwicklung umgesetzt werden kann (z.B. die nicht unmittelbar projekt-bezogene Förderungen von Kultur, Politik, Selbstqualifizierung, Regionalvernetzung), und wichtige Teile ausgeklammert bleibt, erfordert eine Art »regionalpolitischer Doppel-Strategie« neben der Projektförderung, die Reserven und Zusatzanstrengungen für die politische Umsetzung der Idee der Eigenständigen Regionalentwicklung als ein Selbstentwicklungsprogramm der Provinz von Unten ausbildet. An einem grundsätzlichen Einstieg in die Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung als Anspruch an den Staat, sich nicht aus der gesetzlichen und politischen Verantwortung für die Fläche (wie sie im Raumordnungsgesetz formuliert ist) zurückzuziehen, ändert dies nicht. Dieses Recht gilt es einzuklagen und einzufordern und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß durch den Aufbau einer ökonomischen und politischen Basisinfrastruktur in den Regionen keine Dauersubventionsabhängigkeit, politische Erpressbarkeit oder fehlende Existenzfähigkeit entsteht.

Eigenständige Regionalentwicklung setzt an den Hauptproblemen der innovativen Bewegungen in der Provinz (darunter fällt sowohl die klassische Alternativbewegung, als auch die breite, bisher noch »unentdeckte Bewegung« vielfach-aktiver Menschen und Einzelkämpfer), der sozialen und politischen Vereinzelung, der fachlichen Isolierung des Wissens-Transfers an und möchte diese Defizite aufgreifen, um die Basisinfrastruktur zu verbessern, neue Einkommensmöglichkeiten zu erschließen, Lebensperspektiven in den ländlichen Räumen aufzumachen, das »stillgelegte, endogene Potential« zu aktivieren und darüber zu einer neuen Qualität regional-räumlicher und regional-politischer Identität zu kommen. Eigenständige Regionalentwicklung greift somit nicht nur das positive Erbe der offenen und offensiven Neuen Sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre auf, sondern versucht dieses inhaltlich weiterzuentwickeln, durch Experimente Gegen-Entwürfe zu leben und damit politischen Boden zu gewinnen, in einer »neuen Nachbarschaftlichkeit« und »Regionalverantwortung« regional-verankert für Entwicklungen von Unten und Innen heraus zu sorgen. Dies hat durchaus etwas mit »Raum-Reformismus« (d.h. Umstellung des politische Alltags auf provinzielle Zeit-Räume) zu tun und auch mit einem Aufmachen auf einen neuen »Langen Marsch« provinzieller Veränderungsdimensionen (unter 5 Jahren ist kein »kultureller Fortschritt« sichtbar), was aber in einer Gesellschaft zwischen »Halbwert-Zeiten« und einer Zeitkategorie von »Lebensringen der Bäume« vielleicht das richtigere Entwicklungstempo kontrollierter Verlangsamung ohne Selbsteinlullung ist. ●

EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG:

»Ein qualitatives Regional-Förderungsprogramm«

(Kriterien der Projektförderung am Beispiel des »Ländlichen Regionalprogramms Baden-Württemberg«)

1. Allgemeine Zielsetzung

Mit den nach diesen Richtlinien zu vergebenden Haushaltsmitteln sollen Wirtschafts- und Kulturprojekte gefördert werden, die Arbeits- und Einkommenmöglichkeiten im ländlichen Raum schaffen und erhalten, der Erhaltung und Verbesserung der sozialen Infrastruktur dienen, unter Nutzung von einheimischen Ressourcen zur regionalen Entwicklung beitragen, die Identifikation mit der Region stärken und die regionale Eigenständigkeit fördern.

Die Förderung soll finanzielle Anlaufschwierigkeiten überwinden helfen und damit bisher vernachlässigten Innovationen im Ländlichen Raum zur Realisierung verhelfen.

2. Förderungsfähige Projekte

Es werden gefördert:

(a) regionsspezifische Produktionen und deren Vermarktung
(b) die Entwicklung und Festigung angepaßter Technologien für ländliche und landwirtschaftliche Betriebe
(c) die dezentrale Energienutzung
(d) Recycling-Projekte
(e) neue Formen des Tourismus und der Freizeitgestaltung im ländlichen Raum
(f) Initiativen und Projekte zur Entwicklung einer eigenständigen regionalen Kultur
(g) die Entwicklung und Förderung von Natur- und Umweltschutzkonzepten, die zur wirtschaftlichen Stärkung des Ländlichen Raumes beitragen
(h) die Direktvermarktung ländlicher Produkte durch Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften
(i) die Weiterverarbeitung und/oder Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte durch selbstständige Erzeugergemeinschaften
(j) qualifizierte und regionalbezogene Dienstleistungen, die zur Umsetzung oben genannter Projekte beitragen
(k) Ansätze und Projekte für eine handlungsorientierte wissenschaftliche Regionalforschung, die zur eigenständigen Regionalentwicklung beitragen
(l) Informations-, Bildungs- und Beratungstätigkeiten, die zur Realisierung der Projektziele notwendig sind.

3. Kriterien zur Beurteilung der Projekte

Vor einer Förderung soll geprüft werden:

3.1 Welchen Beitrag das Projekt zur Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Infrastruktur der Region leistet, z.B.:
  (a) durch Nutzung regionaler Ressourcen, Produktions- und Leistungsgrundlagen;
  (b) durch Stärkung der sozialen Leistungsfähigkeit der Dörfer;
  (c) durch innerregionale Kooperations- und Austauschbeziehungen und Verbesserung der Stadt-Land-Kontakte

3.2 Inwiefern ein aktiver Regionalbezug durch kulturelle Vernetzung, regionale Kontakte und kooperative Wirtschaftsformen hergestellt wird

3.3 Inwiefern die Projekte dauerhaft ökologisch verträglich arbeiten und gesundheitsfördernd, energiesparend und ressourcenschonend produzieren

3.4 Inwiefern sie als wirtschaftliche Projekte
  (a) zur Schaffung neuer und zur Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze beitragen;
  (b) die Erhöhung der Arbeitsqualität und Verbesserung der Arbeitseinkommen ermöglichen;
  (c) durch realistische Marktchancen für Produkte und Leistungen eigenständig und wirtschaftlich überleben können

3.5 Inwiefern sie als kulturelle Projekte
  (a) die kulturelle Attraktivität und Ausstrahlung der Region erhöhen;
  (b) wichtige regionale und örtliche Kulturtreffpunkte erhalten und schaffen;
  (c) neue Aktions- und Animationsmöglichkeiten für die Kulturarbeit auf dem Lande anbieten;
  (d) neue Kulturträger und Kulturarbeitsstellen auf dem Land verwirklichen;
  (e) bisher vernachlässigte ländliche Bevölkerungsgruppen in die Kulturarbeit einbeziehen;
  (f) einen wesentlichen Beitrag zur 'Kulturellen Dorfentwicklung' leisten;
  (g) den Kulturtransfer zwischen ländlicher und städtischer, regionaler und überregionaler Kultur fördern.

(...)

7. Art und Höhe der Förderung

7.1 Für ein Projekt kann ein Zuschuß bis zu 50 v.H. der Gesamtkosten (unter Anrechnung der Eigenleistungen) höchstens in Höhe von 80.000.– DM gewährt werden.

7.2 Eine nochmalige Förderung ist zulässig, wenn das Projekt eine wesentliche Erweiterung im Sinne der Nr. 3 erfährt, insbesondere zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

7.3 Miet-, Pacht- und Personalkosten dürfen nur für eine Übergangszeit von höchstens 3 Jahren bezuschußt werden, wobei der Zuschußanteil zu den Lohnkosten monatlich bis zu 1.200.– DM/Arbeitsplatz betragen darf.

(...)

9. Beratung

Für die Umsetzung des Ländlichen Regionalprogramms wird ein spezielles Beratungs-, Aktivierungs-, und Bildungsprogrammentwickelt, das vom Land Baden-Württemberg finanziert wird.

(Auszüge aus dem 1989 vom Verein Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg vorgelegten »Ländlichen Regionalprogramm«)

Ökonomie und Eigenständige Regionalentwicklung

1. Eigenständige Regionalentwicklung beinhaltet ein anspruchvolles Konzept regional-autonomer Eigenentwicklung und bietet Chancen für innerregionale Entfaltungsprozesse im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Vom Konzeptionellen her handelt es sich um ein der traditionellen »Regionalentwicklung von Oben« entgegengesetztes Paradigma.

2. Eigenständige Regionalentwicklung benutzt eine hochgegriffene Programmatik und bedarf der Konkretisierung des räumlichen Zuschnitts, der zulässigen überregionalen Außenbeziehungen und des Zeithorizontes, in dem die zunächst am Menschen und dessen Bewußtsein ansetzenden Entwicklungen greifen.

3. Das Paradigma der traditionellen Regionalentwicklung von oben hat mit den Wirtschaftsstrukturellen Veränderungen seit Beginn der siebziger Jahre ausgedient. Die Impulse aus den Zentren fließen nurmehr spärlich, so das die peripheren Regionen in entwickelten Industrieländern auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sind. Diese Situation ist auch in der staatlichen Regionalpolitik nicht unbemerkt geblieben, auch sie setzt in ihren neuesten Maßnahmen (bzw. deren ideologischer Akkumulation) auf die »endogene Entwicklung« der verschütteten Potentiale in den Peripherregionen.

4. Zwischen diesen Regionalansätzen der Eigenständigen Regionalentwicklung (von Unten) und der Endogenen Regionalpolitik (von Oben) liegen noch diverse Facetten, die gleichermaßen Faszination und Vagheit der Begrifflichkeit aufzeigen und diverse theoretische Probleme mit sich herumschleppen, angedeutet mit den folgenden Fragen:

- Welche Regionsgröße, welche politische Einheit ist gemeint?
- Welcher Innovationscharakter ist zulässig?
- Was ist mit den unterschiedlichen räumlichen Interdependenzen in ökologischen Austauschprozessen?
- Wer legt bei Konflikten die Prioritäten fest?
- Woher soll die Verhandlungsmacht der Peripherie kommen?
- Breitestmögliche Mobilisierung von Ressourcen oder Berücksichtigung von ökologischen und ökonomischen Knappheiten?
- Bis zu welchem Grad soll das Prinzip der regionalen Produktion aufrechterhalten werden (Orientierung auf dem heimischen Markt oder auf qualitativ hochstehenden Produkte mit hohem regionalen Wertschöpfungsanteil)?
- Abstellen auf die vorhandenen endogenen Stärken oder Abkehr von ihnen im Blick auf die Diversifizierung?
- Entwicklung im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Rahmenplanung oder völlige regionale Autonomie (mit entsprechenden Gefahren Lokal-egoistischer Borniertheit)?
- Reicht die Stützung des informellen Sektors aus, um einen eigenständigen Lebensentwurf auf dem Lande zu realisieren oder ist die Dualgesellschaft in der Provinz eine subventionierte Illusion?

5. Ein Paradigmenwechsel läßt sich zumindest in der Verschiebung des Blickwinkels erkennen: Im Vordergrund steht nicht mehr die Umverteilung gesamtgesellschaftlicher Wachstumsspielräume in die Peripherie hinein, sondern die Aktivierung und Nutzung der örtlichen Potentiale. Allerdings ist dies nichts anderes als die konsequente Weiterentwicklung des traditionellen Entwicklungsparadigmas unter veränderten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Sie wird sozusagen um die endogenen Komponenten ergänzt (Kompatibilität der Paradigmen).

6. Die stärker auf informelle Strukturen und Alternativprojekte bezogenen Versionen eigenständiger Regionalentwicklung stellen für die herrschende Regionalpolitik derzeit keine Herausforderung, sondern eine – gesellschaftliche Konflikte willkommen reduzierende – Ergänzung dar (Komplementarität). Zum Teil wird Eigenarbeit in die Vermarktungsstrategien der Privatwirtschaft eingebaut. Nischenökonomie, Selbsthilfe und Parallelstrategie kommen vielfach ohne exogene Hilfe oder eine Absicherung im formellen Sektor nicht aus. Sie stellen die herkömmlichen Konzepte der Raumerschließung nicht in Frage. Dies geschieht erst, wenn die politischen Rahmenbedingungen sich so ändern, daß mit einer politischen Emanzipation der Provinz zu rechnen ist. ●

Ulf Hahne

ZUR REGIONALENTWICKLUNG

Traditionelle Regionalentwicklung

Ökonomistisches Entwicklungskonzept

Stärkung der ökonomischen Basis
Erhöhung der regionalen Wertschöpfung
Exportbasiskonzept
Exogene Hilfen und Impulse
Kapitalmobilisierung
Big Push / Industriekomplexe
Undifferenziertes Wachstumskonzept
Zentrale Orte Hierarchie / Growth Poles
Diffusion von den Zentren in der Peripherie / Spill-over-Effekte
Schwerpunktprinzip
urban-materielle Orientierung
Funktionszusammenhang
Innovation im Weltmaßstab
Weltmarktproduktion und -integration

Eigenständige Regionalentwicklung

Integrales Konzept unter Einbeziehung von Kultur, Sozialem, Ökonomie, Ökologie und Politik

Stärkung der regionalen Autonomie und Handlungsmöglichkeiten
Breite Nutzenstreuung der Entwicklungserträge
Innerregionale Kreisläufe
Entfaltung des endogenen Entwicklungspotentials
Aktivierung regional vorhandener, auch verschütteter Fähigkeiten
Mehrere Standbeine / Krisensicherheit
Kreislaufergänzung durch vor- und nachgelagerte Diversifizierung
Zentrenverbundsystem
Gleichberechtigter Tausch innerhalb der Peripherie
Territoriales Prinzip
kulturell-ganzheitlicher Ansatz
Raumzusammenhang (Regionsorientierung)
Innovation im regionalen Maßstab
selektive Abkopplung

Copyright: Ulf Hahne

EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG IN STICHWORTEN

Was ist Eigenständige Regionalentwicklung?

Eigenständige Regionalentwicklung hat zum Ziel, Lebensräume zu Entscheidungsräumen zu machen. In jeder Region sollen selbstbestimmt, sowie auf der Basis der eigenen Kräfte und Fähigkeiten, Arbeits- und Lebensformen aufgebaut werden, die die jeweiligen regionalen Besonderheiten würdigen und nutzen. Das Selbstvertrauen und die wirtschaftliche Macht der Regionen sollen gestärkt, ausbeuterische und zerstörerische Außeneinflüsse reduziert werden.

Was bedeutet Eigenständige Regionalentwicklung politisch?

BewohnerInnen müssen in der Lage sein die Entwicklung ihrer Region selbst in die Hand zu nehmen, auf basisdemokratischen Wege die weitere Ausrichtung festzulegen und ihre Umgebung aktiv zu gestalten. Dazu muß der Einfluß der prosperierenden Zentren auf die Peripherie, auf ländliche und altindustrialisierte Gebiete gebrochen werden. Um politisch von den Machtzentren unabhägiger zu werden, ist eine Reduzierung der wirtschaftlichen Abhängigkeit erforderlich.

Was bedeutet Eigenständige Regionalentwicklung wirtschaftlich?

Wirtschaftlich ist eine selektive Abkopplung vom überregionalen Markt gefragt, also eine Umorientierung vom EG-Binnenmarkt und Weltmarkt auf die Region. Nicht die Konkurrenzfähigkeit auf überregionalen Märkten soll der Maßstab der wirtschaftlichen Entwicklung sein, sondern die Bedürfnisse der Region. Es geht nicht darum, die 'endogenen Potentiale' der Ausbeutung auf Weltmarktniveau preiszugeben, sondern darum, sie sorgsam für das Wohl der Region und der Menschen dort zu nutzen.

Es muß eine Wirtschaftsstruktur aufgebaut bzw. gefördert werden, die möglichst weitgehend auf innerregionale Kreisläufe beruht. Als Grundlage der Produktion dienen so weit wie möglich regional vorhandene und regenerierbare Ressourcen.

Zwischen einzelnen Menschen und Betrieben findet so eine umfassende Zusammenarbeit statt, die durch regionale Vernetzung Produktionsstufen fördert und optimiert.

Was bedeutet Eigenständige Regionalentwicklung sozial und ökologisch?

Die dezentrale, kleinräumige und basisdemokratische Ausrichtung regionaler Entwicklung ist Voraussetzung für eine menschen- und umweltfreundliche Gesellschaft.

Daß etliche Umweltprobleme nur über diese Strukturen in den Griff zu bekommen sind, ist insbesondere vom Verkehrs- und Energiesektor schon länger bekannt.

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit der physischen und sozialen Umwelt es günstig, wenn Ursache und Wirkung, der Ort der Gewinnakkumulation und der Produktions-Folgeschäden nicht räumlich auseinanderfallen. Die Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftsweise und deren sozialen und ökologischen Folgen müssen nachvollziehbar sein.

Eigenständige Regionalentwicklung bietet Chancen für eine Lebens- und Wirtschaftsweise, bei der der Qualität Vorrang vor der Quantität von Produkten und Arbeitsplätzen zugesprochen wird.

Was bedeutet Eigenständige Regionalentwicklung kulturell?

Die angesprochenen politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Umorientierungen sind auf ein offenes kulturelles Klima angewiesen. Ein Klima, das der Entfaltung und Freisetzung von Ideen und Fähigkeiten aller Bevölkerungsgruppen dient.

Gleichzeitig ist die Entwicklung kultureller Eigenständigkeit, sowie die Lösung von der Bevormundung durch die Zentren und die überregionalen Massenmedien wichtig.

Eine lebendige, hochentwickelte Kultur ist auch in der Provinz möglich! Sie ist sowohl Bedingung als auch Resultat eines funktionierenden regionalen Wirtschaftslebens.

Die Notwendigkeit von Regionalberatung

Im Konzept der Eigenständigen Regionalentwicklung kommt der Beratungs-, Kultur- und Bildungsarbeit eine zentrale Rolle zu.

Bestehen konkrete Ideen für ein wirtschaftliches und/oder kulturelles Vorhaben, ist es Aufgabe von RegionalberaterInnen

- in fachlicher, betriebswirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht zu helfen,
- den Zugang zu nötigen Informationen für die Umsetzung zu ermöglichen, und
- in gruppendynamische Prozesse helfend einzugreifen, wenn es z.B. Probleme bei der Zusammenarbeit der Träger untereinander gibt.

Die Projekte sind ein wesentliches Element der Eigenständigen Regionalentwicklung. Gemeint sind dabei nicht nur Alternativprojekte von 'Landfreaks und Ökobauern', sondern auch konventionelle Betriebe. Beide, alternative und konventionelle Betriebe, müssen sich weiterentwickeln. Alternativen Betrieben fehlt oft der regionale Bezug, die regionale Einbindung und Orientierung, den konventionellen mangelt es oft an Umwelt- und Sozialverträglichkeit.

Die Notwendigkeit finanzieller Förderung

Erfahrungen aus Österreich und Hessen, zeigen, daß eine Finanzierung

- in Form von Stellen für RegionalberaterInnen und
- in Form von finanzieller Starthilfe für Projekte notwendig ist.

Eigenständige Regionalentwicklung nicht nur für strukturschwache Räume!

Neben Projekten sind politische Initiativen notwendig, die sich für die Dezntralisierung der Politik und für die notwendigen Rahmenbedingungen einsetzen.

Gelingen kann eine Eigenständige Regionalentwicklung nur, wenn sich ihre Grundgedanken auch in den prosperierenden Zentren ausbreiten. Solange die Ausrichtung der Zentren auf den Weltmarkt und die Ausbeutung der ländlichen Räume besteht, hat eine Eigenständige Regionalentwicklung wenig Perspektiven. Die zunehmenden Probleme im sozialen Bereich und im Umweltsektor zwingen auch den Zentren Reaktionen auf.

Eigenständige Regionalentwicklung ist eine langfristige Sache.

Einige Teilziele lassen sich in naher Zukunft verwirklichen, andere erst im Laufe von Generationen. Es hat schließlich auch Generationen gedauert, die derzeitigen Strukturen und Entwicklungen in den verschiedenen Regionen herauszubilden. Heute geht es darum, die Weichen zu stellen, wohin die zukünftige Entwicklung führen soll.

(Diskussionspapier der AG Eigenständige Regionalentwicklung Niedersachsen, Hannover, 1989)

Foto: Albert Herrenknecht

REGIONALENTWICKLUNGSKONZEPTE IM VERGLEICH

»Endogene Regionalpolitik«

Staatlicher Politikansatz
»Regionale Selbstverantwortung«
Nutzung der regionalen Wirtschaftspotentiale f. d. Gesamtges.
»Resteverwertung« / Fortsetzung der Binnenkolonisierung
funktionale Einbindung /
funktionsräumliche Arbeitsteilung
Objektrolle der Provinz
Innovationsorientierung Welt
Marktorientierung / Tauschwert
Verschieben des Engpaßfaktors
Betonung komparativer Vorteile
Regionalprogramm von außen
Regionalberater aus dem Zentrum
Einzelne Modellprojekte
Einzelbetriebe / Einzelpersonen
Dezentralität in der
Infrastrukturversorgung
Ökonomische Zielsetzung

»Eigenständige Regionalentwicklung von Unten«

Graswurzelbewegung / Gründerstimmung / dezentrale Entwicklung
Regionale Selbstbestimmung
Aktivierung der regionalen Potentiale für die Region
politische, kultuelle und wirtschaftliche Eigenständigkeit
territorialer Zusammenhalt
Provinz als handelndes und selbstentscheidendes Subjekt
Innovationsorientierung Region
Bedürfnisorientierung / Gebrauchswert
Multidimensionaler Ansatz
vielseitige, vielschichtige, dezentral vernetzte Regionalökonomie
Örtlich entwickelte Konzepte
Regionalberater vor Ort rekrutiert und ausgebildet
Vernetztes Lernen und Widerholen von Experimenten
neue Betriebsformen: Selbstverwaltung / genossenschaftliche Zusammenschlüsse
Dezentralität als politisches Prinzip
Beachtung von Nebenzielen: Kulturelle Eigenständigkeit, Mitbestimmung, Ökologie

Copyright: Ulf Hahne

»INTER-REGIONALE VERNETZUNG«

Der aktuelle Stand der »Eigenständigen Regionalentwicklung« innerhalb der alten Bundesländer

Die Ablösung vom österreichischen Vorbild

Albert Herrenknecht ● Bis 1988 stand die Diskussion um Eigenständige Regionalentwicklung innerhalb der BRD unter dem Einfluß des von der ÖAR (Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung) entwickelten und praktizierten Regionalentwicklungsmodell für strukturschwache ländliche Regionen. Dieses Modell wurde zum Großteil 1985 vom VER Hessen übernommen und zum ersten Praxismodell der Eigenständigen Regionalentwicklung in einem deutschen Bundesland umgesetzt. Die rot-grüne Regierung in Hessen hatte den Weg dafür freigemacht und nach einer Förderung durch ein hessisches »Ländliches Regionalprogramm« auch eine entsprechende Beratung auf den Weg gebracht.

Nach dem gleichen Modell wurde 1986 in Schleswig-Holstein der Verein VERS (Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Schleswig-Holstein) gegründet. Beide Vereine setzten ihren Aktionsschwerpunkt auf die Förderung von Projekten der wirtschaftlichen Selbsthilfe in ländlichen Regionen. Programmatisch bedeutsam für die Diskussion um eigenständige Regionalentwicklung in der BRD waren zu diesem Zeitpunkt die beiden »Melsunger-Tagungen« des VER Hessen (1986 und 1988), in denen versucht wurde, das Modell der ER der politischen und Fach-Öffentlichkeit (1986 als laufende Praxis – 1988 als aus politischen Günden »auslaufendes« Modell) vorzustellen.

Neue Impulse in die Eigenständige Regionalentwicklungsscene kamen 1988. Dies hat mehrere Ursachen:

- In Baden-Württemberg konstituierte sich 1988 eine Initiative zur Gründung des Vereins »Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg e.V.«, die im Juni 1988 dann auch die Gründung vollzog. Bemerkenswert ist hierbei, daß der ER BaWü e.V. von vornherein die Perspektive der ER um den Kulturbereich erweiterte, d.h. nicht nur eine Wirtschaftsförderung und wirtschaftliche Regionalberater, sondern auch Kulturförderung und Kulturprojektförderung mit entsprechenden Planstellen »kultureller Regionalberater« forderte.
- In Niedersachsen gab es eine Initiative von Personen, die bestärkt durch eine Österreich-Exkursion 1988 für Niedersachsen Aktivitäten in Richtung eines ER-Vereins in Niedersachsen entfaltete
- Innerhalb der KLJB (Katholischen Landjugend Bewegung) *gab es in einigen Regionen und auf Bundesebene* einen aktiven Kreis, der sich um Umsetzung der Idee der ER in der KLJB und durch an die KLJB angegliederte Modellprojekte bemühte und dazu wichtige konzeptionelle Vorarbeiten leistete
- In der neuen Landjugendforschung um Lothar Böhnisch und der Universität Tübingen wurde »Eigenständige Regionalentwicklung« als Leitvorstellung für ländliche Jugendarbeit und eine Lebensperspektive für Jugendliche im ländlichen Raum »entdeckt« und in die aktivierende Forschungspraxis miteinbezogen
- In Österreich vollzog die ÖAR den Schwenk von der »aktivierenden Regionalentwicklung« hin zum »öko-ökonomischen Marketing«: Sie verstand sich weniger als »eigenständiger Regionalentwicklungsfaktor der Peripherie«, sondern eher als »Innovationsagentur für benachteiligte Regionen«

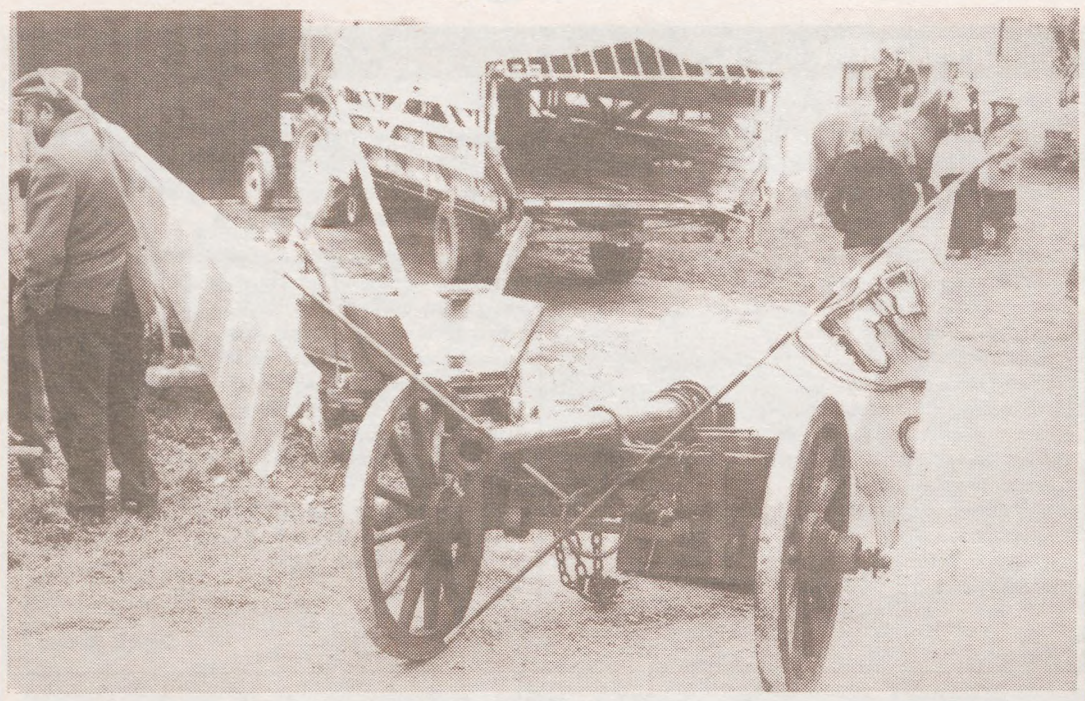


Foto: Albert Herrenknecht

in denen die ÖAR als Unternehmensberater agierte.
Diese Parallelitäten der Ereignisse in der bundesrepublikanischen »ER-Scene« verbunden mit dem Paradigmen-Wechsel und inneren Bruch in der ÖAR, der zu hohen Reibungsverlusten innerhalb der Organisation führte (Austritt von Regionalvereinen, Austritt der Fraktion, die für die Beibehaltung der »aktivierenden Beratung« als zentraler Faktor der ER eintrat), belebte die Debatte in der BRD neu.

Der Weg zu einer eigenständigen »Eigenständigen Regionalentwicklung« in der BRD

Das politisch-inszenierte »aus« der VER-Praxis in Hessen durch den Regierungwechsel in Hessen (1987) und der Verlust des bisherigen Vorbildes der ÖAR als Leitmodell der ER zwang die sich neu konstituierenden Initiativen zu einer Grundsatzdebatte über die Perspektive der ER in der BRD. Erster Schritt in Richtung eine bundesweiten Koordination war das erste bundesweite Treffen der ER-Vereine und -Initiativen in Felsberg-Gensungen im Frühjahr 1989. Im Mittelpunkt dieser ersten Zusammenkunft stand eine (selbst)kritische Auswertung der Konzeption und Praxis des VER Hessen im Mittelpunkt. In einer sehr solidarischen Diskussion wurde das erste bundesrepublikanische Praxismodell durchleuchtet, um konzeptionelle und praktische Schwachstellen herauszufinden von denen die anderen Initiativen lernen konnten. Diese Diskussion war der eigentliche Einstieg in eine eigenständige bundesrepublikanische Diskussion um ER und ein wichtiger Emanzipationsschritt weg vom Ur-Modell der ÖAR. Bereits ein halbes Jahr später, im Dezember 1989, trafen sich die Initiativen erneut in Roßdorf bei Darmstadt, diesmal unter dem Leitthema »ER zwischen Kultur, Ökonomie und Politik«. Im Mittelpunkt dieses Treffens stand neben einem Erfahrungsaustausch die Debatte um die Rolle der »Kultur« im Konzept der ER, wozu ein Vertreter der »ÖAR-Dissidenten« aus dem Mühlviertel/Oberösterreich referierte und seine Kritik am Richtungswechsel der ÖAR nochmals konkret erläuterte. Das dritte Bundestreffen folgte im Frühjahr 1990, wieder in Gensungen. Im Mittelpunkt standen die »Internationalen Zusammenhänge der ER«, die Bedeutung und Rolle der Konzeption der ER für die sogenannte »Dritte Welt«. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, die Bundestreffen in Zukunft zu teilen: In ein Erfahrungsaustausch-Treffen im Frühjahr und ein thematisches Treffen im Herbst. Nach diesem Modell fand dann im Dezember 1990 in Mainz ein Treffen zur Thematik »Europa der Regionen« und im April 1991 das fünfte Bundestreffen in Gensungen statt.

Interner Erfahrungsaustausch oder politische Koordination der bundesweiten ER-Initiativen und Vereine?

Das letzte Bundestreffen 1991 hat gezeigt, daß sich die dort vernetzten Initiativen über die Zukunft ihrer Koordination neu verständigen müssen. Der bloße Erfahrungsaustausch in der kleinen Runde, der bisher die Treffen prägte und so produktiv gestaltete stößt an seine Grenzen und das in mehrfacher Hinsicht:

- Die Zahl und Organisationsfielfalt der ER in der BRD ist 1990/1991 sprunghaft angestiegen und verkompliziert die Kooperation
- Die Situation in den Neuen Bundesländern erfordert eine Offensive der ER-Initiativen, um die Idee der ER in diesen Regionen bekannt zumachen und Initiatven zu unterstützen
- Die Renaissance des politischen Lobbyismus erfordert von den ER-Initiativen eine politische Präsenz auf Bundesebene und eine Kooperation mit befreundeten Organisationen (z.B. Dachverband der Agraropposition)
- Der EG-Binnenmarkt und das Modell eines »Europa der Regionen« erfordert eine europaweite Kooperation, zu deren Koordinierung eine bundesweite Struktur und Kommunikation unter den ER-Initiativen wichtig wäre

Neben diesen politischen Notwendigkeiten zur Bildung eines Exekutiv-Organs der ER-Initiativen auf Bundesebene gibt es eine Menge praktischer Gründe dafür, die Strukturen der Kooperation zu verbessern, z.B.:

- Könnte das »endogene Potential« der ER-Initiativen durch eine kontinuierliche Koordination optimiert werden: Öffentlichkeitarbeit, abgestimmte gemeinsame Publikationswerbung, Solidaritätserklärungen, politische Stellungnahme
- Könnten Bundesmittel beantragt werden (Sicherung der Bundestreffen, Verbesserung der Arbeit zwischen den Treffen, Einrichtung eines Koordinationsbüros, Sach- und Personalkosten-Abrechnung, bessere Vorbereitung der Treffen, Planung eigener Veranstaltungen)

Für 1991/92 werden diese Strukturfragen sicher ein Schwerpunkt innerhalb der bundesweiten Treffen und der ER-Initiativen spielen. Der ER BaWü e.V. hat dazu eine Initiative gestartet und ein Diskussionspapier zur Ausgestaltung einer bundesweiten Exekutive für ER vorgelegt. Allerdings darf eine solche Strukturdebatte nicht dazu führen, die bestehenden Strukturen zu gefährden: Im Zweifelsfalle sollten die bestehenden Verbindungen ausgebaut und verbessert werden und die Bundestreffen neben dem internen und offenen Erfahrungsaustausch auch zur besseren Selbstdarstellung der ER-Arbeit in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit genutzt werden. Dieser Artikel in dieser CONTRASTE-Nummer ist der erste Schritt in diese Richtung aus regionalen Regionen, vernetzte Regionen und daraus eine neue politische Kraft zu machen.

Aktuelle Strukturen der bundesweiten Koordination der ER-Initiativen und Vereine

Die bisherigen Bundestreffen wurden als Kooperationstagung der ER-Initiativen zusammen mit der KLJB-Bundesstelle organisiert und über die Verbandsstrukturen der KLJB subventioniert. Als bundesweite Kontaktadressen fungieren: KLJB-Bundesstelle, Birgit Marx, Drachenfelsstr. 23, 5340 Bad Honnef-Rhöndorf (02224/3037) für die Bundestreffen (Einladungen, Protokolle) und PRO REGIO, Albert Herrenknecht, Franken-Dom-Str. 74, 6973 Boxberg-Wölchingen (07930/2384) für Hinweise in »PRO REGIO«, Anfragen, Termine, Materialien). Die vom Verein Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg herausgegebene bundesweite Zeitschrift PRO REGIO, die zweimal im Jahr erscheint, bietet auf den Seiten »ER-AKTUELL« in jeder Nummer Materialien, Bezugsadressen, Nachrichten zur ER-Scene. ●

SELBSTDARSTELLUNGEN

Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen e.V.

Vor dem Hintergrund funktionaler Ungleichheiten insbesondere zwischen Großstädten und dem ländlichen Raum werden die Entwicklung ländlicher Regionen, aber auch die Stadt-Land-Beziehungen entscheidend davon abhängen, inwieweit es gelingt, bestehende Arbeitsplätze und Erwerbsmöglichkeiten zu erhalten und darüber hinaus durch die Stärkung vorhandener Entwicklungspotentiale und regionaler Selbsthilfekräfte neue zu schaffen. Seit seiner Gründung im Sommer 1985 sieht daher der Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen seine Aufgabe vornehmlich in der Stärkung eigenständiger und regional angepaßter Entwicklungsmöglichkeiten ländlich geprägter Regionen. Angesichts der Grenzen konventioneller zentraler Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung (z.B. durch Investitionen von außen der Industrieansiedlungen) erscheint dabei am ehesten das Prinzip der regionalen Eigenständigkeit erfolgversprechend, mit dem sowohl ökonomische als auch soziokulturelle Ziele erfolgt werden: Leben und Wirtschaften in der Region sollen wieder stärker auf lokal vorhandenen Ressourcen, Kenntnissen und Besonderheiten beruhen, um mittels einer breiten Basis wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten die Stabilität der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Lande sicherzustellen.

Regionalberatung und Projektförderung

Mit der genannten Zielsetzung hat der VER-Hessen in den zurückliegenden Jahren neue Wege beschritten und mit dem Konzept einer unabhängigen integrierten ländlichen Entwicklunsberatung modellhaft ein **neues Beratungsangebot** geschaffen, das gute und ermutigende Ergebnisse gezeigt hat. Vor allem im Rahmen des Hessischen Programmes zur Förderung zusätzlicher Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum (Ländliches Regionalprogramm) konnten ca. 60 beispielhafte ländliche Projekte realisiert werden, wobei die Beratung sogar von rund 230 Initiativen in Anspruch genommen worden ist. Das Ländliche Regionalprogramm war das erste und bisher einzige seiner Art nicht nur in der Bundesrepublik sondern in der gesamten EG. In den Jahren 1984 bis 1987 wurden 61 Projekte mit Zuschüßen von insgesamt 2,1 Mill. DM unterstützt. Gefördert wurden Projekte in den Bereichen Direktvermarktung und Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, regionsspezifische Produktion und deren Vermarktung, angepaßte Technologie für landwirtschaftliche Betriebe, dezentrale Energienutzung, Recycling, neue Formen des Tourismus im ländlichen Raum und die Entwicklung und Erprobung von Naturschutzkonzepten bei der bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen.

Ein absolutes Novum für Förderprogramme waren die **ökologischen, regionalen** und **sozialen** Kriterien. So sollten die geförderten Projekte dauerhaft ökologisch verträglich sein, regionale Ressourcen nutzen und die regionale Wertschöpfung steigern, humane Arbeitsbedingungen fördern und die Arbeitsqualität erhöhen. Besonders hervorzuheben ist schließlich noch das Prinzip, in der Regel keine Einzelbetriebe sondern **Personenzusammenschlüsse** jeglicher Rechtsform zu fördern, bei denen Risiko und Erfolg möglichst gleich auf alle Mitglieder verteilt sind und die Mitglieder gleiches Stimmrecht besitzen. Hier wird vollends der **emanzipatorische** und **partizipatorische Ansatz** von Eigenständiger Regionalentwicklung deutlich.

Neue Wege des VER

Die Beratungs- und Bildungsarbeit des VER-Hessen wurde nach Streichung des Ländlichen Regionalprogramms durch die CDU/FDP-Landesregierung Ende 1987 auf der mehr kleinräumigen Ebene von Landkreisen und Kommunen vortgesetzt. Hierzu gehören die Beratung von Direktvermarktung im Wetteraukreis, von sozialen und ökonomischen Projekten im Rahmen der Dorfentwicklung, von Kommunen in den neuen Bundesländern, Fortbildungsangebote und Gutachten. Einige Aktivitäten sollen hier beispielhaft genauer skizziert werden:
So arbeitet der Verein etwa bereits im dritten Jahr am Projekt 'Eigenständige ländliche Wirtschaftsentwicklung im Wetteraukreis', das vor allem die Ausweitung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte zum Ziel hat. Seit Bestehen des Projektes wurden die 'Erzeugergemeinschaft Wetterauer Direktvermarkter' mit mittlerweile 50 Mitgliedern gegründet, Bauernmärkte in Butzbach, Altenstadt, Bad Nauheim und Frankfurt eröffnet und erste Schritte zur **Direktvermarktung an Großküchen** unternommen. Die wirtschaftliche Situation vieler landwirtschaftlicher Betriebe konnte dadurch ebenso verbessert werden wie die Versorgung der Verbraucher mit frischen, naturbelassenen Produkten aus der Region. Weiterentwickelt werden im laufenden Jahr vor allem der Absatz regionaler Produkte an Großverbraucher, ein regionales Vermarktungskonzept unter Einbeziehung des Handwerks und regionale Güte-/Markenzeichen.

Neue Ansätze der Beratung ergeben sich aber auch im Rahmen der Dorferneuerung. So ist etwa die im Modellprojekt Knüllwald-Niederbeisheim im Schwalm-Eder-Kreis unter Beteiligung des VER-Hessen erprobte Verknüpfung einer Markt- und Standortanalyse ungenutzter Potentiale mit einer **Aktivierung der Einwohner** und einer Beratung wirtschaftlicher wie sozialer Vorhaben richtungsweisend für das Hessische Dorferneuerungsprogramm. In Niederbeisheim wurden rund 30 Vorhaben von der Existenzgründung eines Handwerksbetriebs über Kinderbetreuung bis hin zur Nutzung von Sonnenkollektoren oder zum Ausbau von Ferienwohnungen beraten. Werden diese Vorhaben umgesetzt, so kann das die Schaffung von etwa 20 Arbeitsplätzen und die Nutzung von rund 15 leerstehenden Gebäuden beinhalten.

Neue Wege geht der VER-Hessen auch in der **Bildungsarbeit**. 1990 wurde erstmals für 18 TeilnehmerInnen aus Südhessen ein Bildungsurlaub zum Thema 'Leben und Arbeiten auf dem Lande' angeboten. Bei zahlreichen Exkursionen in Nordhessen ergab sich so die Möglichkeit, Menschen aus einem Ballungsraum für die Probleme der bäuerlichen Landwirtschaft und des biologischen Landbaus, die Probleme des Handwerks und der beruflichen Ausbildung aber auch für erneuerbare Energiequellen, die Idee der Selbstverwaltung und ein alternatives Leben auf dem Lande zu sensibilisieren.

Großes Interesse an der Aktivierung regional vorhandener Ressourcen, Fähigkeiten und Traditionen und damit an den Erfahrungen des VER-Hessen besteht angesichts noch zunehmender Arbeitslosigkeit nicht zuletzt in den **neuen Bundesländern**. So wurde noch von der Regierung der ehemaligen DDR beim VER-Hessen eine Broschüre in Auftrag gegeben, die unter dem Titel 'Eigenständige Regionalentwicklung – Eine Chance für ländliche Räume' u.a. Beispiele für Entwicklungsmöglichkeiten auf Gemeindeebene aufzeigt und sich primär an Kommunalpolitiker in den neuen Ländern wendet. Auch wird eine Gemeinde in Ostthüringen z.Zt. durch den VER-Hessen bei der Suche nach neuen Strukturen und Formen der Vermarktung in der Landwirtschaft gezielt beraten.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG HESSEN

Jede Region und jeder Ort lebt von aktiven Menschen mit Ideen, Interessen, Kooperationsbereitschaft, Wissen und Erfahrung. Dennoch ist es in vielen Fällen notwendig, diese zu fördern und zu unterstützen. Dazu bedarf es gewisser Mittel oder Instrumente der Eigenständigen Regionalentwicklung. Die verschiedenen Erfahrungen des VER-Hessen aber auch erste Auswertungen der früher geförderten Projekte zeigen nun, daß sich die zu Anfang genannten regional- und wirtschaftspolitischen Ziele am besten mit einem umfassenden integrierten regionalen Entwicklungsprogramm (als solches kann das Ländliche Regionalprogamm mit Recht bezeichnet werden) realisieren lassen.

Die neuen politischen Entwicklungen in Hessen berechtigen zu der Hoffnung, daß es in Zukunft ein solches Instrument wieder geben wird. In den Koalitionsvereinbarungen zwischen Grünen und SPD für die 13. Wahlperiode des Hessischen Landtags wurde zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum folgende Vereinbarung getroffen: "Das 'Regionalprogramm Hessen zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung' wird neu aufgelegt. Gefördert werden Projekte im ländlichen Raum, Stadt-Land-Kooperationsprojekte sowie eine entsprechende Regionalberatung.

Der VER-Hessen ist bereit, seine Erfahrungen in ein **modifiziertes regionales Entwicklungsprogramm** einzubringen. ●

Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen e.V.
VER-Geschäftsstelle
Brückenstr. 22
3508 Melsungen
☎ (0 56 61) 28 90

VER-Öffentlichungen

- Neue Wege braucht das Land
  50seitige Broschüre des VER mit Projektbeispielen, Darstellungen von Eigenständiger Regionalentwicklung, Regionalprogramm, Regionalberatung. Schutzgeb. 4,– DM/Stck.
- Eigenständige Regionalentwicklung
  – Ein integriertes Konzept sozial und ökologisch verträglicher Wirtschaftsförderung ländlicher Räume
  2. VER Tagungsbericht mit Vorträgen der 2. Melsunger Tage zur Eigenständigen Regionalentwicklung vom 26./27. Sept. 1988, mit Beiträgen aus Österreich, der Schweiz und Hessen. 141 S., Schutzgebühr 15,– DM/Stck.
- Eigenständige Regionalentwicklung in Hessen
  Bilanz der Förderung durch das Ländliche Regionalprogramm, Übersicht über die geförderten Vorhaben und das Dienstleistungsangebot des VER. Schutzgeb. 1,– DM/Stck.
- Wärmeversorgungmit Holzabfällen
  Tagungsbericht mit Beiträgen zu österreichischen Hackschnitzelgemeinschaften, Finanzierung, Wirtschaftlichkeit, Emissionen (mit Energieladen Kassel). 50 S., Schutzgeb. 15,– DM/Stck.
- Rechtliche Fragen bei der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Hessische Gesetze)
  Informationsreihe mit 9 Blättern zu unterschiedlichen Themen:
  1: Allgemeine Bestimmungen; 2: Eier und Geflügel; 3: Milch und Milcherzeugnisse; 4: Butter und Käse; 5: Kartoffeln, Obst, Gemüse, Fruchtsaft; 6: Fleisch; 7: Getreide und Getreideerzeugnisse; 8:Hessische Lebensmittelhygieneverordnung; 9: Abgrenzung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk.
  Schutzgebühr –,25 DM/Blatt.

BADEN-WÜRTTEMBERG

EIGENSTÄNDIGE REGIONALENTWICKLUNG Baden-Württemberg e.V.

Der Gründung des ER Baden-Württemberg, die am 26. Juni 1988 erfolgte, ging eine fast einjährige, sehr intensive Diskussion voraus. Dabei galt es besonders die Erfahrungen und Probleme aus der Praxis der österreichischen Arbeitsgemeinschaft Regionalentwicklung (ÖAR) und des VER Hessen konzeptionell zu verarbeiten und der bisherigen Debatte um Eigenständige Regionalentwicklung **baden-württembergisch eigenständige Impulse** zuzuführen. Denn die bisherigen Modelle sollten nicht einfach kopiert und imitiert werden und dabei Gefahr zu laufen, modellinterne Geburtsfehler mit zu übernehmen.

Wirtschaft und Kultur

Um der spezifischen Konstellation in Baden-Württemberg und der unterschiedlichen personalen Biographien und Arbeitsfeldern der Gründungspersonen des ER B-W gerecht zu werden, wurde programmatisch angestrebt:

- einen Verbund der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung und Beratung zu schaffen;
- die Beratungs-, Aktivierungs- und Motivierungsarbeit von Projekten und Personen als wesentlichen Schwerpunkt der Vereinsarbeit zu betrachten;
- die Beschränkung auf die Projektförderung aufzuheben und eine **regionale Vernetzung in die Projektberatung** mit aufzunehmen;
- die Regionalberatung als tatsächlich regionale Beratung aufzubauen;
- ein Vorqualifizierungsprogramm zur Regionalberaterausbildung zu starten;
- die Regionalberatung durch Fortbildungsmaßnahmen und wissenschaftliche Feed-backs zu flankieren und kontinuierlich weiterzuentwickeln;
- eine Lobbyfunktion für den ländlichen Raum auszuüben;
- eine Regionalisierung der Vereinsarbeit anzustreben (z.B. Verteilung der Vorstandsposten, regionale Arbeitsgruppen);
- eine Projektdokumentation durchzuführen, um den realen Bedarf an Beratung und Förderung zu unterstreichen.

Zudem stand die Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg vor der neuen Situation, im Gegensatz zu Österreich (SPÖ-Bundesregierung) und Hessen (rot-grüne) Landesregierung mit einer reinen CDU-Landesregierung in Verhandlungen treten zu müssen. Das hieß von vorne herein höhere Anforderungen in der Akzeptanz eines kombinierten Wirtschafts- und Kulturförderungsprogrammes für ländliche Selbsthilfeprojekte. Dies insbesonders bei einer Regierung, die vor allem ihre Akzente in der High-Tech- und High-Culture-Politik setzte, in der Konkretisierung der christdemokratischen Subsidaritätsprogrammatik aber blaß blieb und diese mehr auf Forderungscharakter beschränkte.

Regionalisierte Menschenförderung und Ländliches Regionalprogramm

Ein wesentlicher Punkt der inhaltlichen Vereinsarbeit betraf die Anstrengungen zur Ausarbeitung eines »Ländlichen Regionalprogrammes Baden-Württemberg« und einer Beratungskonzeption. Dieses Regionalprogramm war weniger ein klassisches Strukturprogramm, sondern viel mehr auf Personen, die neue Wege auf dem Lande beschreiten wollen, zugeschnitten. Es ist also hauptsächlich ein regionales **Menschenförderungsprogramm von eigenständigen Persönlichkeiten** mit starkem Selbstbewußtsein.

Dem versucht das Regionalprogramm mit seinen Kriterien gerecht zu werden, indem beispielsweise die Personalkosten monatlich bis zu 1.200 DM pro Arbeitsplatz bezuschußt werden sollten. Damit wurde ein oftmaliger Mangel anderer Fördertöpfe, nur Sachkosten und nie die Menschen als eigentliche Antriebskräfte eines Projektes abzudecken bzw. zu fördern, aufgehoben.

Weitere wichtige Komponenten des Regionalprogrammes sind:

- der kulturelle Regionalbezug, d.h. neu entstehende kulturelle Beziehungen in der Region, Selbstmotivierung zur Selbsthilfe in peripheren Gebieten, Vermittlung von gemachten Erfahrungen in die Region hinein, kulturelle Vernetzung in der Region.
- der soziale Regionalbezug, d.h. Stärkung des Soziallebens in der Region, Ausüben solidarischer Unterstützungsformen, kooperative Entscheidungsstrukturen.
- der ökologische Regionalbezug, d.h. regional angepaßte und verträgliche Produktionsweisen, Nutzung regionaler Ressourcen, regionale Energienutzung und -gewinnung.
- der wirtschaftliche Regionalbezug, d.h. regional angepaßte Technologie, regionale Wertschöpfung, regionale Erzeugergemeinschaften, regionaler Absatzmarkt.

Nach der Erstellung und Diskussion des Regionalprogrammes und der Beratungskonzeption erfolgten mehrere Gespräche mit Vertretern des Ministeriums Ländlicher Raum Baden-Württemberg. Trotz positiver Signale und mancher inhaltlicher Übereinstimmung wurde im Februar 1990 das Konzept vom Kabinettausschuß Ländlicher Raum abgelehnt. Das Schaffen von Regionalberatungsarbeitsplätzen kollidierte mit den Bestrebungen der Landesregierung, Landwirtschaftsämter aufzulösen und zusammenzulegen, Überkapazitäten der amtlichen Landwirtschaftsberatung aufgrund ständig zurück gehender bäuerlicher Basis, abzubauen.

Diese Ablehnung traf den Verein in einer schwierigen finanziellen und personellen Situation und verschärfte diese. In Folge dessen entstanden in der Vereinsarbeit einige krisenhafte Momente. Schließlich waren viele Hoffnungen und Erwartungen in das Ländliche Regionalprogramm investiert worden.

Die aktuelle Regionalarbeit

Neben und nach der Ausarbeitung des Regionalprogrammes fand eine starke thematische Weiterentwicklung statt. Dazu trugen diverse Tagungen und Seminare bei. Auch war mit der **Vereinszeitschrift** PRO REGIO ein kongeniales Publikationsorgan geschaffen worden, in dem inhaltliche Diskurse dokumentiert werden konnten und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wurden. Inzwischen zeichnet sich das Profil der Zeitung ab, zu einer Fachzeitschrift für die ländlichen Regionen zu werden, in der fern von sektoralen Ein- und Abgrenzungen ländliche Gegenwarts- und Zukunftsfragen debattiert werden können. Zur inhaltlichen Profilierung trägt zudem eine jeweilige Schwerpunktsbildung bei. Dabei nahm die Frage nach der Kulturarbeit auf dem Lande, nach neuen Dorfkulturen großen Raum ein, da hier die Diskussion um Eigenständige Regionalentwicklung den größten Nachholbedarf aufwies.

Eine wichtige inhaltliche Stärkung erfuhr die Vereinsarbeit mit der Benennung von **Fachressortverantwortlichen**, die zusammen mit entsprechend besetzten **Fachgruppen** Positionen ausarbeiten konnten. Allerdings zeigen sich die Aufgaben der Fachpersonen und Fachgruppen mehr im Ad-hoc-Bereich als an permanenter Präsenz. Dennoch soll mit dieser diskontinuierlichen Struktur eine inhaltliche Kontinuität erreicht werden, Fachfragen und -probleme personell abgedeckt werden und Fachkompetenz nach jeweiligem Bedarf abrufbar sein. Fachbereiche sind:

- Landwirtschaft
- Kultur und Bildung
- Regionale Entwicklung
- Inter-Regionales

Einige Schritte vorwärts machte der Verein mit seinem **Forschungsprojekt** »Wandlungen innerhalb der ländlichen Sozio-Kultur-Landschaft«, mit dem neue Kulturbewegungen und kulturelle Bedarfsansprüche in den ländlichen Regionen nachgewiesen werden sollten. Auch hatte das Projekt die Funktion, sich des eigenen empirischen Subjektes der Förderung und Beratung rückzuversichern und das »Ländliche Regionalprogramm« entsprechend zu verifizieren. Außerdem konnte mit einer umfangreichen **Adressensammlung** von über 300 kulturellen Projekten auf dem baden-württembergischen Lande eine Grundlage für die schon lange geplante Projektdokumentation geschaffen werden.

Auf ein Ergebnis der Forschungsstudie soll kurz eingegangen werden. Als richtig hat sich die Annahme des Regionalprogrammes herausgestellt, daß vor allem Menschen gefördert werden müsse. Insbesondere die Sozio-Kultur-Projekte auf dem Lande mit ihrem hohem Bedarf an personaler Intensität und Kontinuität leiden an der fehlenden Förderung für die Projektpersonen selbst. Die bisherige Förderung durch das Land Baden-Württemberg – sofern vorhanden – setzt noch zu sehr auf gebundene Sachkostenzuschüsse.

Aktuelle Aktivitäten des Vereins sind:

- die Mitarbeit in mehreren **kleinräumigen Entwicklungskonzepten**, die vom Ministerium Ländlicher Raum initiiert wurden;
- die Herausgabe eines **Vereinsinfos** mit Veranstaltungsdaten, Kontaktadressen, Referentenliste
- der Neuentwurf eines **Beratungskonzeptes** zur regionalen Kulturberatung und -vermittlung
- ein **Arbeitstreffen** zur Positionsbestimmung der landwirtschaftlichen Programmatik
- die Herausgabe der **Forschungsstudie**
- mehrere Kooperationsveranstaltungen und Seminare. ●

Jürgen Wohlfarth

Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg
c/o Josef Bühler
Dinnenried 2
7967 Bad Waldsee
☎ (0 75 24) 24 21

VERÖFFENTLICHUNGEN

- Jahresprogramm und Selbstdarstellung
- Studie: »Wandlungen innerhalb der ländlichen Sozio-Kultur-Landschaft«
- (Vereins)Zeitschrift PRO REGIO. Zwei Ausgaben im Jahr. Siehe separaten Artikel in der Oktober-Ausgabe.

NIEDERSACHSEN

Eigenständige Regionalentwicklung in Niedersachsen e.V.

Ein aktueller Bericht aus dem Informationsbüro (Hannover)

Ende 1989 wurde auf der Tagung »Neue Wege in der Regionalentwicklung in Niedersachsen« in der Ev. Akademie Loccum beschlossen, ein Informationsbüro aufzubauen, um den Austausch der verstreuten Regionalgruppen und Einzelpersonen (u.a. durch einen Rundbrief) zu verbessern. Gezielte **Lobbyarbeit**sollte eine Förderung der ER – Arbeit in den Regionen von der Landesregierung erreichen. Im März 1990 gründete sich der »Verein Eigenständige Regionalentwicklung in Niedersachsen e.V.« der gemeinsam mit dem Verein für Umweltschutz (VFU) das **Informationsbüro** aufbaute.

Seit Oktober 1990 arbeiten 2 ABM-Kräfte hauptamtlich. Zum Aufbau regionaler Büros, Beratung und Förderung von Betrieben und Projekten (Regionalprogramm) wurden Förderanträge bei den Ministerien eingereicht. Trotz einer intensiven Diskussion wurden sie durch das Wirtschaftsministerium abschlägig beschieden. Die Ablehnung hat gezeigt, daß nicht nur die inhaltliche Klarheit, sondern vor allem die vor Abgabe des Antrages aufgebauten Kontakte in den Ministerien entscheidend sind. Diese hatten wir nicht in dem Maße, wie wir sie dafür brauchen.

Mit unserer Arbeit stießen wir in Niedersachsen auf eine Situation, in der es schien, daß sich mit dem Regierungswechsel in Hannover im März 1990 die Raumordnungspolitik und Wirtschaftsförderung Niedersachsen positiv verändern ließe:
Die Strukturpolitik soll »regionalisiert« werden. Zwei Modellregionen (Ostfriesland und Süd-Niedersachsen) werden diskutiert. Darüber hinaus entsteht ein regionaler Planungsverband im Raum Braunschweig; länderübergreifend wollen 14 Gemeinden in einer »Harzregion« zusammenarbeiten; der Verein Bremer Umland e.V. wird gegründet.

Leider zeigt sich, daß sich in diesen Ansätzen wenige substantielle Neuerungen wiederspiegeln. Während der **Ökologiefond**sim Bereich der Wirtschaftsförderung einige positive Aspekte zu setzen scheint, ist die Bildung von Regionalverbänden ein in den anderen Bundesländern bekannter und weniger innovativer Ansatz. Dagegen bleibt abzuwarten, wie sich die geplante Strukturkonferenz in Ostfriesland entwickelt. Sie soll stärker auf die Koordination der regionalen Aktivitäten zielen. Die Wirtschafts- und Umweltverbände sowie die Gewerkschaften werden beteiligt. Dies ist eine Möglichkeit, die die Kommunikation innerhalb der Region verbessern und aus dieser Zusammenarbeit neue Projekte entstehen lassen könnte. Wie die Regionalverbände krankt sie bisher daran, daß die Bevölkerung und die bestehenden regionalen Strukturen unterhalb der Institutionen und Verbände nicht einbezogen werden.

Der Verein ER-Nds und das Infobüro gehen daher konsequent ihren Weg weiter, indem versucht wird, regionale Gruppen aufzubauen, die sich mit ihrer Region, ihren Notwendigkeiten und Bedürfnissen auseinandersetzen. Diese formulierten Ansprüche können dann gegen die konventionellen Vorstellungen gesetzt werden. Im Landkreis Verden/Aller und im Raum Südniedersachsen/Göttingen haben sich Vereine gegründet, die durch Öffentlichkeitsarbeit und Projektdiskussionen die weitere Entwicklung ihrer Bereiche formulieren. Der Verdener VER beabsichtigt in der Zukunft seine Arbeit auch auf **hauptamtliche Kräfte** zu stützen. Es zeigt sich deutlich, daß die ehrenamtliche Arbeit nur begrenzt von den Menschen, die ja gleichzeitig in Projekten arbeiten, gemacht werden kann – von einer Beratung und Koordination ganz zu schweigen. Eine regionale Anlaufstelle muß geschaffen werden. Hierzu wird erneut versucht, Mittel vom Land und evtl. aus der Arbeitsverwaltung zu bekommen. Darüberhinaus besteht im Elbe/Weser-Dreieck ein regionales Netzwerk. Weitere regionale Zusammenschlüsse sollen entstehen. In der Diskussion sind z.Z. die Bereiche Wendland, Ostfriesland und evtl. Osnabrück.

Neben diesen Aktivitäten, der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Teilnahme am »Tag der Niedersachsen« in Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden, Ausstellung) wird vom 11. bis 15. November ein **Bildungsurlaubsseminar** »Neues in der Region: Aus eigener Kraft gegen die Resignation!« durchgeführt. Vom 10.-12.1.1992 wird in der Ev. Akademie Loccum eine **Tagung**stattfinden, die die bisherigen Tätigkeiten des Vereins »Eigenständige Regionalentwicklung in Niedersachsen« und der regionalen Zusammenschlüsse darstellt, die Aktivitäten der Landesregierung hinterfragt und eigene Vorstellungen für eine ökologisch, sozial und kulturell, an regionalen Kreisläufen orientierte Entwicklung dem entgegensetzt. ●

Kontakte:
Allgemein und Großraum Hannover:
Info-Büro Eigenständige Regionalentwicklung
Schaufelder Straße 30 · 3000 Hannover · ☎ (05 11) 700 01 53

Elbe/Weser:
Rolf Martin · Oppeln 7 · 2177 Wingst · ☎ (0 47 54) 5 22

Verden:
VER Verden · c/o Lutz Brockmann
Weitzmühlenerstr. 27 · 2819 Hilgermissen · ☎ (0 42 56) 3 81

Südniedersachsen:
Horst Patzelt · Goetheallee 15 · 3400 Göttingen · ☎ (05 51) 4 79 83

MATERIALIEN

- **Faltblatt:**
  Ideen, Aufgaben, Ziele, MitarbeiterInnen — kostenlos
- **Rundbrief Juni 1991:** — kostenlos
- **Infopaket 1:**
  Materialien über die Initiativen in der BRD und Österreich — 10,– DM
- **Infopaket 2:**
  Sammlung thematischer Artikel zur Eigenständigen Regionalentwiklung — 10.– DM
- **Kleine-Limberg/Trescher**
  Theorie und Praxis Eigenständiger Regionalentwicklung in der BRD (Diplomarbeit 1989) — 22.– DM
- **Knieling u.a.**
  Land in Sicht
  Handlungsansätze ER ländlicher Räume – Schwerpunkt Landwirtschaft
  (Projektarbeit 1989) — 15,– DM
- **Neue Wege in der Regionalentwicklung Niedersachsens?**
  Bericht der Tagung in der Akademie Loccum vom 13.-15.12.1989 — 7,– DM
- **Becker u.a.**
  Alles dreht sich im Kreis
  Handlungsmöglichkeiten eines Landkreises zur Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft (Projektarbeit 1990) — 40,– DM (erm. 25.--DM)
- **Hohlfeld**
  Region Wendland
  Entwicklung, besondere Probleme und Perspektiven für die Zukunft
  (Diplomarbeit 1990) — 15,– DM

ZUKUNFT DER FRAU IN DER SOWJETUNION

Internationales Frauenzentrum in Moskau gegründet

Interview mit Dr. Galina Woronenkova, Korrespondentin der Zeitschrift »Sowjetfrau« aus der UDSSR und Repräsentantin des Internationalen Frauenzentrums »Zukunft der Frau«. Das Interview führte Ricarda Buch, Redaktion Frauen.

In der Moskauer U-Bahn

Foto: Christian Schulz/Paparazzi

CONTRASTE: Das Frauenzentrum »die Zukunft der Frau« – was ist das?

Galina: In unserer Verfassung steht, Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer. Normalerweise ist das nicht so, ich meine, wir sind diskriminiert und niemand hat bei uns früher an die Zukunft der Frau gedacht. 1985 kam zu uns endlich die Perestroika. Sie bedeutete einen für uns notwendigen geistigen Aufbruch. Wir wollten ganz frei sein. Während der vergangenen 2-3 Jahren haben wir einige Verbesserungen durchgesetzt. So organisierten Wissenschaftlerinnen die erste unabhängige autonome Frauenorganisation, die nicht der Regierung untersteht. Das war im vorigen Jahr. Mitglieder der Organisation sind Frauen aus der Wissenschaft, Kultur und Medizin. Was sind eigentlich unsere Ziele? Zunächst wollten wir uns von der offiziellen Organisation, Kommitee für die Frauen, trennen, denn wir hielten es für nötig, mehr für Frauen zu tun, als die damalige und heutige Regierung. Unsere Schirm- oder Dachorganisation ist die »Akademie für kreative Tätigkeit«, eine Tochterorganisation der Moskauer Universität – der bedeutendsten Uni der Sowjetunion. Zunächst knüpften wir Kontakte zu staatlichen und wirtschaftlichen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene, z.B. zu Organisationen in den USA zum Austausch von Wissenschaftlerinnen. Wir beschäftigen uns mit dem Problem Frau und Familie. Das ist für uns ein globales Problem.

Eine riesige Zahl alleinerziehender Mütter

Wir haben ein wissenschaftliches Institut »die Zukunft der Frau« gegründet. Die Finanzierung ist sehr kompliziert. Fast alle unsere Mitarbeiterinnen arbeiten kostenlos. Wir haben drei bezahlte Arbeitsplätze. Diese werden von der »Akademie für kreative Tätigkeiten« und aus Einnahmen aus dem medizinischen Bereich finanziert. Wir haben ferner ein Zentrum für Familienplanung gegründet. Das ist eine medizinische Einrichtung, die Frauen durch Beratung hilft. Dort arbeiten vorwiegend Ärztinnen und Professorinnen der Uni.

Daneben haben wir eine Einrichtung zur Unterstützung alleinerziehender Mütter gegründet. Die Zahl der alleinerziehenden Frauen ist bei uns riesig und es fehlt an Gesetzen zu deren Schutz. Die Unterhaltszahlung bei Scheidung beträgt 25% des Jahreslohns bei einem Kind und 33% bei 2 Kindern. Wenn der Mann 200 Rubel verdient, sind das 70 Rubel und Fleisch kostet bei uns 50 Rubel. Bei 2 Kindern reicht das natürlich nicht. Häufig wollen die Männer nicht zahlen. Dann helfen wir beim Beschreiten des Rechtsweges. Es gibt zwar Kindergeld. So bekommt die Frau bei der Geburt des 1. Kindes lediglich 30 Rubel, beim 2. 50 Rubel und beim dritten 150. Das ist nicht viel. Läßt der Mann sie im Stich, kriegen sie Hilfe vom Staat. Aber auch das ist nicht viel. Die meisten Frauen arbeiten und haben eine Arbeitsplatzgarantie – besonders die alleinstehenden. Diese haben auch Anspruch auf einen Platz im Kindergarten, auf eine kostenlose Schuluniform, kostenloses Frühstück und Mittagessen. Bei der Zuteilung von Wohnungen werden diese Frauen vorrangig berücksichtigt.

Unser Ziel ist es, Beratungs-, Forschungs- und Entwicklungszentrum für die Sowjetunion zu sein und autonome ähnliche Zentren in allen Sowjetrepubliken zu initiieren, die sich mit uns vernetzen. Unser Zustandekommen verdanken wir auch der Leitlinie der jetzigen Dekade, das ist die verstärkte Entwicklung von Forschung und Wissenschaft. So haben wir unser Projekt als Teil dieser Programme vorgestellt und wurden von Moskau anerkannt. Die Gründung einer NGO ist bei uns sehr kompliziert. Wir mußten uns zuerst als Organisationsbüro konstituieren und Unterstützung sammeln.

Quotierung mit schlechtem Beigeschmack

CONTRASTE: Gibt es in der Sowjetunion auch Unternehmen, die von Frauen gegründet werden?

Galina: Von Unternehmen kann man nicht sprechen. Fast alle Betriebe sind Staatsbetriebe. Allerdings gibt es dort auch Frauen in leitenden Positionen. Die Entwicklung privatwirtschaftlicher Betriebe ist in ihren Anfängen.

CONTRASTE: Wir wissen sehr wenig über die neuen privatwirtschaftlichen Genossenschaften in der Sowjetunion. Arbeiten dort auch Frauen?

Galina: Ja, aber nicht als Arbeitgeberinnen sondern als Arbeitnehmerinnen. Es gibt keine Kooperativen mit Frauen in leitenden Positionen. In der Textilbranche gibt es Frauen in Leitungspositionen. Dort arbeiten besonders viele Frauen.

CONTRASTE: In welchen Berufen arbeiten Frauen in der Sowjetunion?

Galina: In allen. Auch ein Drittel der Volksdeputierten sind Frauen. Ich meine, das ist zu wenig. Du hast vorhin von Quotierung gesprochen. Das hat für uns einen negativen Beigeschmack. Denn früher war es bei uns so, z.B. die Partei, die KPDSU, die gesellschaftliche Organisation Komsomol, oder die Gewerkschaft und der Verband der sowjetischen Frauen (Kommitee der sowjetischen Frauen) mußten eine bestimmten Frauenanteil haben; nicht unbedingt kluge Frauen, sondern schweigende Frauen wurden bevorzugt. Diese Frauen haben viel gesehen, aber nicht mit uns gesprochen. Mitunter konnten sie es auch nicht. Die Quotierung erstreckte sich auf Frauen, Arbeiter, Angestellte und Intelligenz. Heute ist die Lage etwas verändert, denn Frauen haben mehr Chancen, Bildung zu erwerben. Viele Frauen arbeiten als Lehrerinnen oder Ärztinnen. Viele allerdings auch in der Schwerindustrie. Im asiatischen Usbekistan arbeiten Frauen vorwiegend in den Monokulturen der Baumwollproduktion als Pflückerinnen, was schrecklich hart ist und gesundheitsschädlich. Auch Schülerinnen und Studentinnen wurden gezwungen, bei der Ernte zu helfen.

CONTRASTE: Gibt es in der Sowjetunion Frauenhäuser, d.h. Einrichtungen, die sich um mißhandelte Frauen kümmern?

Galina: Nein, sie können sich an die Gerichte wenden. Allerdings tun das die Frauen aufgrund unterschiedlicher Kulturen und Bildungsstand nicht immer. In den asiatischen Kulturen dürfen die Frauen den Mann nicht verlassen. Sie haben Angst und sagen nichts.

CONTRASTE: Für die neue deutsche Frauenbewegung spielt das Problem der alltäglichen Gewalt gegen Frauen eine zentrale Rolle...

Galina: Früher gab es sehr viel Gewalt gegen Frauen besonders in den Dörfern, weniger in den Städten. Es gibt allerdings keine gesonderten offiziellen Statistiken über derartige Delikte. Berichte über Einzelfälle tauchen hin und wieder auf, aber sie vermitteln kein allgemeines Bild der Situation. Die Dunkelziffer ist sehr hoch. Heute ist die Situation der Mädchen in den großen Städten sehr bedrohlich, wobei das Alkoholproblem eine wichtige Rolle spielt. Es gab in Zusammenhang mit der Perestroika eine Kampagne gegen Alkohol, doch viele Männer trinken trotzdem, und wenn kein Alkohol zu bekommen ist, sogar Sprays gegen Kakerlaken.

CONTRASTE: Wie sieht der Alltag der Frauen in der Sowjetunion aus?

Galina: Schrecklich! Die westlichen Frauen denken an ihre Rechte und kämpfen für sie. Sie denken an ihre Arbeit, an ihre Karriere. Das ist vernünftig. Der Alltag unserer Frauen bedeutet, morgens früh aufzustehen, um einzukaufen. Wer Milch bekommt, hat Glück. Dann müssen sie arbeiten gehen und denken während der Arbeit dauernd darüber nach, was es in welchen Geschäften gibt. Sie laufen hin und kaufen etwas. Denn sie denken, daß sie den Kindern etwas geben müssen.

Die Frauen haben Jelzin gewählt

Den Männern geht es genauso. Den ganzen Tag denken Frauen an die Lebensmittel. Die Versorgungslage war in diesem Jahr besonders schlimm. Auf dem Markt kann man nicht alles kaufen. Das kostet viel Geld, aber die Löhne und Gehälter sind bei uns noch niedrig. Die staatliche Unterstützung von 70 Rubel pro Person ist auch sehr wenig. Darüberhinaus haben die Frauen bei uns nicht so viele Hilfsapparate für den Haushalt. Eine Waschmaschine ist der Traum der sowjetischen Frauen, Spülmaschinen gibt es so gut wie garnicht. Das Angebot an Textilien ist dürftig, so daß viele Frauen die Kleidung selbst nähen.

CONTRASTE: Sind alle Frauen berufstätig?

Galina: 75% der Frauen sind erwerbstätig. Der Ernährer der Familie ist traditionell der Mann, die Frau ist eigentlich die Helferin im Haushalt. Die Doppelbelastung der Frauen ist aufgrund der schlechten Versorgungslage enorm hoch. Die Frauen sind zwar gewöhnt, berufstätig zu sein, doch ich meine, daß uns eine ähnliche Situation bevorsteht wie den Frauen in der ehemaligen DDR. Wir werden in der Zukunft vom Arbeitsmarkt verdrängt. Allerdings denken die Frauen darüber heute noch nicht nach. Sie kennen die Lage der Frauen in den westlichen Ländern mit der Marktwirtschaft nicht. Sie können sich nicht vorstellen, was sie bei Einführung der Marktwirtschaft erwartet. Ich kann nicht sagen, daß die Frauen bei uns nicht politisiert sind. Sie sind sehr politisiert. Wenn aber die Marktwirtschaft bei uns eingeführt wird, wird es zu großen sozialen Spannungen kommen. Hauptsächlich Frauen haben Jelzin gewählt. Sie halten ihn für einen Reformator.

CONTRASTE: Wird er Erfolg haben?

Galina: Das ist schwer einzuschätzen. Die Mannschaft von Jelzin gefällt mir sehr. Diese Leute sind gut ausgebildet und wollen wirkliche gesellschaftliche demokratische Reformen. Die Mannschaft von Gorbatschow weiß nicht immer, was sie will. Einmal Marktwirtschaft, dann soziale Marktwirtschaft, dann regulierte Marktwirtschaft. Mit 280 Mio Menschen kann man nicht experimentieren. Da sind klare Konzepte nötig.

CONTRASTE: Was versteht ihr unter Frauenbewegung?

Galina: Ich bin keine Feministin. Ich meine aber, wir müssen im alltäglichen Leben die gleichen Rechte haben wie die Männer. Wir wenden uns nicht gegen Männer und wollen sie nicht beherrschen. Wenn ich einen vernünftigen Kopf habe, muß ich auch die gleichen Karrierechancen wie Männer haben. Unsere Frauenbewegung ist ganz jung. Zuerst müssen wir auf die Gesetzgebung der Sowjetunion einwirken nicht nur hinsichtlich der Frauenfrage, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen – natürlich als Frauen. Zweitens müssen konkrete Schritte zur Verbesserung der aktuellen Lage der Frauen unternommen werden und drittens müssen wir mit anderen Frauen dieser Welt zusammenarbeiten auf politischem, ökonomischen und humanitärem Gebiet. Die Hälfte der Menschheit ist weiblich. Wir kennen unsere Probleme besser und müssen sie selbst lösen. Wir brauchen die gleichen Chancen wie die Männer. Unsere medizinische Situation ist schrecklich. Jede zweite Frau bekommt Staphylokokken. Die medizinische Betreuung ist katastrophal. Für jede Spritze muß gesondert bezahlt werden – mit Schokolade u.ä., sonst kommt der Arzt nicht. Hier (in der BRD; Anm. der Red.) ist der Streit um den 218 ein politisches Problem. Bei uns spielt das keine Rolle. Abtreibung ist erlaubt, aber was bedeutet das ohne Spritze! Die Ärzte machen es ungern. Sie haben keine Einwegspritzen oder diese sind zu teuer. Deshalb haben wir das Institut für Familienplanung gegründet, denn fast jede Frau hat bei uns ohne Medikamente abgetrieben.

CONTRASTE: Wir werden über humanitäre Hilfe nachdenken müssen. Vielen Dank für das Gespräch. ●

SEMINAR:

Rassismus-Sexismus-International

Eine öffentliche Auseinandersetzung zu Rassismus unter Frauen in der Internationalismus-Bewegung, speziell in der BUKO-Frauenkoordinierung **am 29.11.-1.12.1991** im Mädchentreff, Alsenstraße 28, 4800 Bielefeld.

Wir laden alle schwarzen und weißen Frauen, die feministisch und/oder internationalistisch arbeiten, ein, auf diesem Seminar miteinander in die Auseinandersetzung zu treten, sich zu zeigen, zu streiten, zuzuhören und Wege zu suchen, unser Verhältnis untereinander zu erkennen, zu benennen und zu verändern.

Rassismus ist kein Thema, das nur Frauen betrifft oder gar nur Frauen, die sich in der Internationalismus-Bewegung organisiert haben.

Rassismus geht alle an, die die gesellschaftlichen und persönlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstehen und verändern wollen. Gerade in der sogenannten 3. Welt- und Internationalismus-Bewegung ist der Ort, wo diese Diskussionen breit geführt werden sollten und Handlungen beginnen müssen; die Zeit ist überreif dafür. Gerade im BUKO. Bislang finden diese Auseinandersetzungen nur in kleinen Gruppen statt.

Unser Seminar ist ein Frauenseminar, da wir uns von unserem Zusammenhang und unserem feministischen Hintergrund her in die Auseinandersetzung begeben. Unser Ausgangspunkt ist das Frauenplenum des letzten BUKO im Mai in Köln, wo sich an der Frage der (noch zu schaffenden) BUKO-Frauenstelle bzw. ihrer Besetzung eine heftige Rassismusdebatte entzündete. Das Frauenkoordinierungstreffen hat diese Diskussion aufgenommen und bereitet das Seminar vor.

Es geht uns mit dem Seminar darum, unter uns Bewußtsein darüber zu schaffen, daß in unseren Gruppen – inklusive der Frauenkoordinierung – rassistische Strukturen existieren, die von uns mit geschaffen und aufrecht erhalten werden. Zwischen dem Anspruch, der in unserem Emblem steckt, und unserer Praxis besteht bisher ein deutlicher Widerspruch. Wir wollen deshalb ernsthaft versuchen, grundlegende Veränderungen anzugehen und in Gang zu bringen, was uns persönlich und unsere Zusammenarbeit betrifft. Das ist ein langer und fordernder Prozeß, der mit diesem Seminar einen Schritt – oder zwei – weitergehen kann. Es geht auch darum, die Frage der Stellenbesetzung neu zu klären.

Wir möchten deshalb mit dieser Einladung alle schwarzen und weißen Frauen, die sich dafür interessieren, im BUKO in Zusammenarbeit mit der Frauenkoordinierung auf dieser Frauenstelle zu arbeiten, ansprechen und Euch auffordern, am Seminar und der weiteren Frauenkoordinierung teilzunehmen.

Das Seminar kostet für Frauen aus BUKO-Mitgliedsgruppen DM 35,–, für andere Frauen DM 50,–. Die Fahrkosten werden umgelegt, falls wir nicht noch eine Möglichkeit finden, sie von außen finanziert zu bekommen. Bringt bitte Schlafsack und Isomatte mit!

Anmeldung:
BUKO · Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

DEMONSTRATION

Jetzt reichts!

- ○ für bezahlbare Kitaplätze
- ○ für mehr Frauenarbeitsplätze
- ○ für das absolute Selbstbestimmungsrecht aller Frauen – **Kein §218!**

am 18.9.91 in Dresden, 17 Uhr
Goldener Reiter (Straße der Befreiung)

Initiatorinnen:
- ○ Frauenzentrum »Sowieso«, Angelikastraße
- ○ Frauenbildungszentrum Naumannstraße
- ○ Gleichstellungsstelle/Frauenreferat (Dresden)

Infotelefon:
051 - 5 14 70 (Ost)
003751 - 5 14 70 (West)

FRAUENKONFERENZ IN SOFIA/BULGARIEN

Bulgarische Frauen auf der Suche nach Selbstbestimmung

Birgit Cramon-Daiber, Redaktion Frauen ● Am 12. und 13. Juni 1991 fand in Sofia die erste nicht-kommunistische Frauenkonferenz bulgarischer Frauen statt, zu der Referentinnen aus Polen, Ungarn, CSFR, UdSSR, Schweden, die Leiterin des Gleichstellungsamtes Köln und ich als grüne Referentin für EG-europäische Frauenpolitik eingeladen waren. Unter der Federführung des neuen deutschen Kulturinstitutes wurde die Konferenz von allen ausländischen Kulturinstituten in Sofia sowie der schwedischen und italienischen Botschaft mitgetragen.

Mein Eindruck von der allgemeinen Situation in Bulgarien: Ursprünglich ein von Natur aus reiches Agrarland, mußte Bulgarien im Rahmen der Comecon-Politik vor allem Schwerindustrie aufbauen, die nun kaputt ist, während die Landwirtschaft ebenfalls darniederliegt. Ähnlich wie in der CSFR scheint die Waffenproduktion ziemlich der einzige Bereich, der international noch etwas einbringt, weshalb er auch nicht abgebaut wird. Es gibt auch die in den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas bekannten Versorgungsprobleme, und doch war mein Eindruck, daß im Vergleich zur Ex-DDR und zur UdSSR der Prozess der Demokratisierung noch mit viel Mut betrieben wird und die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse noch nicht passé ist – vielleicht haben die kleinen Länder, die weder in der einen noch in der anderen Weise mit großen Brüdern zu kämpfen haben, da noch mehr Chancen.

Es regieren immer noch die ehemaligen Kommunisten, die jetzt Sozialisten heißen. Aber es gibt eine starke Opposition, und auch die Grünen sind sehr lebendig, z.B. ist der Bürgermeister von Sofia ein Grüner. Die ökologischen Probleme werden sehr klar formuliert, obwohl zu befürchten steht, daß dieses Bewußtsein in der strikten Durchsetzung einer westlichen Wirtschaftspolitik auf der Strecke bleibt, wie dies ja auch in Polen zu beobachten ist.

Das Leben in der Stadt erscheint bunt. Vor allem die Jugendlichen machen einen offenen, alternativen, phantasievollen Eindruck. Da sie kein Geld für Discos usw. haben, spielt sich das ganze Leben abends auf der Straße und in den vielen kleinen Parks ab. Im vergangenen Sommer haben viele Leute wochenlang vor dem Regierungssitz in einer Zeltstadt kampiert, um einen Minister zum Rücktritt zu bewegen. Die übrige Bevölkerung und auch Bauern vom Land haben sie mit Lebensmitteln versorgt. Sie hatten Erfolg. Berühmt sind auch die -meetings-, große Demonstrationen in der Stadt, um für eine weitere Demokratisierung zu streiten.

Im September sollen Wahlen sein. Es ist nicht sicher, ob die alten Kommunisten nicht doch wieder gewinnen. Ein heftiger Streit in der Opposition wird momentan darum geführt, ob man sich an einer Regierung beteiligen soll oder nicht. Es fiel mir auf, daß allein das Wort -Opposition- eine sehr große Bedeutung hat, mir schien, es wird in einer Mischung aus Respekt und Verschwörung ausgesprochen.

Aus alt wird neu ...

Auf der Frauenkonferenz ging es um die Darstellung und Diskussion der unterschiedlichen Strategien für Selbstbestimmung und Gleichstellung für Frauen. Die Referentinnen aus den osteuropäischen Ländern berichteten über die Situation der Frauen im wirtschaftlichen und staatlichen Umbruchprozess, die Bulgarinnen diskutierten sehr offen ihre Lebenssituation im Vergleich sowohl mit den westlichen Vorstellungen und Anstrengungen wie auch im Vergleich mit der Situation in den anderen osteuropäischen Ländern. Spürbar war das Mißtrauen der oppositionellen Frauen gegenüber denjenigen, die aus der alten kommunistischen Geschichte kommen bzw. mit der Regierung zusammenarbeiten – und die deshalb auch über Ressourcen verfügen , während die Frauen, die beginnen, autonome Organisationsformen aufzubauen, die allergrößten Schwierigkeiten haben, an irgendwelche Ressourcen heranzukommen. Es fehlt wirklich an den für uns Westlerinnen allerprimitivsten Dingen: Zeit, Papier, Telefon, von eigenen Räumen noch garnicht zu reden.

Die Lebensbedingungen der bulgarischen Frauen sind hart. Sie müssen die ganze Last der komplizierten Versorgung ihrer Familien tragen, und sie leiden unter schwerer und/oder gering bewerteter Erwerbsarbeit. Z.B. gibt es viele Ärztinnen und Richterinnen, diese Berufe sind aber nicht anerkannt, schlecht entlohnt usw. – sodaß die Frauen, auch die Wirtschaftlerinnen, davon sprechen, daß sie immer nur die verantwortungsvollen Funktionsjobs gemacht haben, während die Männer die weniger verantwortungsvollen, aber privilegierteren Positionen innehatten und weiter haben. Z.B.: dürfen Arbeiterinnen in der Industrie, die an gefährlichen und gesundheitsschädigenden Arbeitsplätzen arbeiten, im Falle einer Schwangerschaft erst nach dem 4. Monat einen Antrag auf weniger gefährliche Arbeit stellen. Wissenschaftlerinnen berichteten von der Ignoranz und Unfähigkeit der Institutsleitungen, ihre Wünsche nach Veränderungen aufzunehmen. Es wurde der Begriff vom eisernen Gesicht im Rücken geprägt, im Gegensatz zur Perestrojka. Das eiserne Gesicht im Rücken, das nicht sichtbar ist, aber spürbar, drückt sich darin aus, daß mit Argumenten gearbeitet wird, wie -...es gibt keine Möglichkeit, Ihre Vorschläge zu vervielfältigen ...-, oder ganz einfach -...Ihre Vorschläge werden geprüft ...-, in Wirklichkeit aber ist das eiserne zweite Gesicht der Ausdruck des geballten Willens, an der Macht festzuhalten, keine Veränderungen zuzulassen.

Die Frauen sind sehr müde von dieser Art Zwangsemanzipation, die allein zum Funktionieren zwingt. Deshalb fordern vor allem Oppositionspolitikerinnen das Recht für Frauen, nicht erwerbstätig sein zu müssen, zuhause bleiben zu können, um -gute Gattinnen und Mütter- zu sein. Die Geschichte ihrer Großmütter, die noch die Zeit vor der kommunistischen Herrschaft kannten, erscheint ihnen rosig gegenüber ihrer eigenen Geschichte.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

... oder Widerspruch

Widersprüche werden bekannt: Auf der einen Seite sagen die Frauen, sie hätten die volle berufliche Gleichberechtigung, auf der anderen Seite sehen sie sehr klar ihre Unterordnung unter kommunistische Zwangsemanzipation; auf der einen Seite sehnen sie sich nach mehr Freiraum für ihre Familien, auf der anderen Seite sagen sie, etwas vorsichtig, aber doch deutlich, die bulgarischen Männer seien eben ziemlich -orientalisch-, also Paschas.

Obwohl die Konferenz sehr geprägt war von den Informationen, die wir aus den verschiedenen Ländern zu geben versuchten, waren die Diskussionen um die Entwicklung einer eigenständigen Frauenpolitik in Bulgarien substantiell. Die Bulgarinnen sind sehr neugierig und offen, prüfen die unterschiedlichen Strategien so gut es geht in der Kürze der Zeit, viele sprechen eine westeuropäische Sprache, d.h. ihre Orientierung zu Westeuropa hin ist offensichtlich viel größer als unsere zu Osteuropa.

Eine große Frage ist die Veränderung der Wertvorstellungen. Auch die christliche Werteordnung wird als Möglichkeit gesehen – und daß im Umbruch alle ethischen Orientierungen verloren gehen. Die Frauen sehen klar, daß im Zusammenbruch des alten Systems etwas sehr Gefährliches passieren kann: die alte Nomenklatura gibt die Macht nicht aus den Händen und schließt sich kurz mit einem neuen, kapitalistischen Wirtschaftsegoismus, bei dem die Frauen, und nicht nur sie, wiederum die Verlierer sind.

Es fällt mir sehr schwer, die Frauen in dieser Situation zu ermutigen, ihrer Müdigkeit nicht nachzugeben, die formell bestehenden Rechte genau zu prüfen, sich einzumischen in den politischen Kampf, auch in die Wirtschafts- und Sozialpolitik, um frauenpolitische Interessen zu sichern. Es ist ja auch noch neu für sie, daß gesetzliches Recht nicht unmittelbar staatliche Verfügung über sie bedeutet, daß z.B. das Recht auf Kinderbetreuung nicht heißt, daß der Staat alle Kinderbetreuung organisiert, daß Demokratie auch das Prinzip der Subsidarität beinhaltet.

Die Hoffnung auf schnellen Wohlstand wird formuliert, aber doch sehen sie klar, daß das Haus Europa ein Hochhaus sein könnte, in dem wir Frauen des Westens im 15. Stock, die Frauen des Ostens aber im Keller leben. Hoffnung auf schnellen Wohlstand können wir nicht machen, denn die Entwicklungslogik der EG wie die Interessen der Investoren aus den Westländern sind andere. Aber wir könnten gemeinsame Netzwerke aufbauen, um an einem Europa zu arbeiten, das kein Hochhaus bleibt und keine Festung wird. Wir könnten sie unterstützen, sich selbst zu organisieren, um selbstbestimmte Frauenpolitik machen zu können, Projekte zu realisieren usw.

Verschiedene Ideen waren im Gespräch: Informationszentren für Frauen, Kooperativen in den Stadtteilen und auf dem Land zur Selbsthilfe, eine internationale Frauenkonferenz zum Thema -Frauen in den Medien-.

Die Frauen stehen am Anfang einer neuen Geschichte. Sie sind sehr daran interessiert, mit uns zusammenzuarbeiten. Es liegt an uns, dieses Angebot anzunehmen. ●

PROJEKTE IN REUTLINGEN:

41 Jahre Selbstverwaltung

Bei der Betriebsgründung im Sommer 1981 waren wir ein Häufchen von zehn erwartungsfrohen, betriebswirtschaftlich, finanziell und was die berufliche Qualifikation anbelangt eher minderbemittelte Menschen.

Von Bernd Höflinger, Alan GmbH, Reutlingen ● Einige hatten schon Erfahrungen in der ökopolitischen Basisarbeit gesammelt und die dabei entwickelten Ansprüche sollen sich konsequenterweise auch bei der Gestaltung der beruflich-ökonomischen Existenz niederschlagen. Es besteht absolute Einigkeit darin, daß wir unsere kreative Naivität darfür einsetzen mußten, die wirtschaflichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge im Kleinen und im Großen zu verändern.

Das hat damals auch ausgereicht, um die allgemein bekannten Probleme einer -alternativökonomischen- Existenzgründung (Mangel an Kapital und Professionalität) allmählich in den Griff zu bekommen. Die bestehenden Arbeitsbereiche (Umzüge, Möbelverkauf) wurden ausgebaut und neue (Ablaugerei Holzwerkstatt) geschaffen. Mitte der achziger Jahre hatten wir die bis heute existierende Betriebsstruktur entwickelt. Obwohl oder weil wir den Betrieb mit inzwischen zwanzig Menschen in verschiedene Verantwortungsbereiche aufgeteilt hatten, war unsere innerbetriebliche Struktur so ausgelegt, daß dem Wunsch nach ganzheitlichem und abwechslungsreichem Arbeiten und der Forderung nach gesamtbetrieblicher Verantwortung für alle, Rechnung getragen wurde. Für uns hieß das u.a. am Rotationsprinzip bei der Arbeitsvorbereitung und -ausführung festzuhalten, obwohl die zu dieser Zeit laufende Professionalisierungsdiskussion in der Selbstverwaltungsszene viele plausible Gründe zur allmählichen Verabschiedung von solch -antiquierten- Selbstverwaltungprinzipien lieferte. Der ökonomische Erfolg blieb bei uns ebensowenig aus wie so manch anderes Phänomen, dem sich die Selbstverwaltungszene nach den -Mühen der Berge- ausgesetzt sah.

Wir erlebten das Abröckeln von Ansprüchen, die Auflösungserscheinungen bzw. die Stagnation in den mühsam aufgebauten Vernetzungsstrukturen, die Relativierung der gesellschaftspolitischen Dimension unseres Handelns zwar eher am Rande mit, aber fast gleichzeitig mit dem ökonomischen Reifeprozeß setzte auch bei uns eine Art gesamtbetriebliche Identitätskrise ein. Mit der Ursachenanalyse könnte ein sicher recht spannendes Buch gefüllt werden. Einige Aspekte möchte ich zum besseren Verständnis für Nichteingeweihte ansprechen.

Die entpolitisierung hat wohl primär in unseren Köpfen eingesetzt. Erst in zweiter Linie würde ich äußere Faktoren wie Vereinahmung bzw. Umnutzung unserer innovativen Ideen durch das kapitalistische Umfeld, ökonomischen Druck oder gar ein zunehmendes Desinteresse der jüngeren Generation an gesellschaftspolitischen Veränderungen darfür verantwortlich machen. Wir selber waren uns in der Zeit zu wenig unserer innovativen Energie bewußt.

Zudem begann die Aufarbeitung der ziehmlich vernachlässigten Beziehungsstrukturen und der Auseinandersetzung um die Bedeutung individueller Bedürfnisse und Interesssen gegenüber -objektiven- übergeordneten betrieblichen Interessen. Die in dieser Zeit begonnenen gruppendynamischen Prozesse haben ebenso ungeheuer viel Energie gebunden. Ein Abschluß der Strukturdiskussionen ist nach wie vor nicht absehbar. Ich denke allerdings, daß wir inzwischen erkannt und akzeptiert haben, daß diese Art der Beziehungsarbeit und die dadurch immer wieder ausgelöste strukturelle Anarchie für uns notwendiger und permanenter Bestandteil der Selbstverwaltung ist. Diese Erkenntnis, so mein Eindruck, hat auch dazu geführt, das unsere -außenpolitische- Lethargie und Handlungsfähigkeit zusehends abgebaut wird, und das notwendige Selbstbewußtsein auch wieder zum Vorschein kommt.

Ausdruck dieser Entwicklung ist ein verstärktes Einmischen in (lokal) politische Zusammenhänge, aktiver Teilnahme an regionaler und überregionaler Vernetzungsarbeit, und nicht zuletzt auch das Festvorhaben im September, das unter dem Motto -41 Jahre Selbstverwaltung- das Vernetzungsinteresse und die Gemeinsamkeit in den Ansprüchen der VeranstalterInnen dokumentieren soll.

Außer der Lust am Feiern und dem zehnjährigen Alan-Betriebsjubiläum gibt es auch noch Anläße, die uns bewogen haben, diese Gemeinschaftsveranstaltung zu einer kleinen kultur-politischen Demonstration zu machen.

Dem -Kulturschock Zelle-, ein Projekt das seit über zwanzig Jahren hervorragende selbstverwaltete Kultur- und politische Arbeit leistet, soll von der Stadtverwaltung wieder einmal ein Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Aufgrund -städtebaulicher Sachzwänge- soll die Zelle aus ihren relativ zentrumsnahen Räumen rausgeworfen werden. Die Zelle wäre dadurch vor existenziell bedrohliche Probleme gestellt und Reutlingen könnte leicht einen erfrischend bunten Klecks in der kulturellen und politischen Einöde der Stadt verlieren. Auch das Kulturcafé Nepomuk und Alan sehen sich auf bedrohliche Art mit der kulturpolitischen Einäugigkeit der Stadtverwaltung konfrontiert.

Als das Alan-Gelände mit über 3.000 qm Gebäudenutzfläche im Dezember 1988 zum Verkauf angeboten war, wurde vom Café Nepomuk, Alan und anderen Projekten ein Konzept entwickelt, das die Einrichtung eines selbstverwalteten Kultur- und Gewerbehofes vorsah. Die Stadtverwaltung sollte das Gelände erwerben und den beteiligten Projekten zu kostendeckenden Konditionen zur Verfügung stellen. Die Kultur- und Gewerbeprojekte hätten im Gegenzug mit einem hohen Maß an Eigenleistung der Stadt Reutlingen zu einer an den Bedürfnissen breiter Bevölkerungskreise orientierten kulturellen Attraktion verholfen. Während andere Städte bei ähnlichen Angeboten zugegriffen haben, hat die Stadtverwaltung der jungen Großstadt Reutlingen nach anfänglich großem Interesse kalte Füße bekommen und sich klammheimlich in gesicherte Stellungen zurückgezogen.

Am Geld kann's nicht gescheitert sein. Hat doch die Stadt für das kulturelle Strohfeuer der bevorstehenden Landeskunstwochen das Geld mit vollen Händen zum Fenster rausgeworfen.

In einem Akt der Verzweiflung versuchen wir nun die Finanzierung des Kultur- und Gewerbehofprojektes aus eigener Kraft zu schaffen. Sollten diese Bemühungen scheitern, und der große Zeitdruck gibt Anlaß zu solchen Befürchtungen, wäre nicht nur wieder einmal eine vielversprechende Initiative im kulturellen Bereich gescheitert und viel, viel kreative Energie verschlissen. Darüber hinaus wären auch unsere zwanzig Arbeitsplätze bei Alan im höchsten Maß gefährdet.

Trotz der nicht gerade rosigen Aussichten für unsere Zukunft sind wir mit viel Enthusiasmus an die Vorbereitung des Fabrikhoffestes am 13./14. September herangegangen. Die Vorbereitungsphase allein hat schon mehr verbindende Eindrücke hinterlassen als eine theoretische Vernetzungsdiskussion wohl jemals leisten kann.

Dies und das vielversprechende Kulturprogramm lassen schon viel Vorfreude aufkommen, die am Fest hoffentlich von unzähligen BesucherInnen geteilt wird. ●

Alan GmbH, Betrieb in Selbstverwaltung
Albstr. 70 · 7410 Reutlingen
☎ (0 71 21) 32 92 78

DIE NEUE SPANISCHE KOOPERATIVENBEWEGUNG

Auf dem Weg nach Europa

Seit Ende des Franco-Regime entwickelt sich in Spanien eine breite Kooperativenbewegung. Staatliche Unterstützermaßnahmen, hohe Arbeitslosigkeit, aber auch die starke verbandliche Organisierung machen sie qualitativ und quantitativ zu einem wichtigen Politikfeld.

Holm-Detlef Köhler, Redaktion Genossenschaften ● Im Spanien tauchte ein neuer Begriff in den politischen Debatten auf: die »economía social« (Soziale Ökonomie). Darunter werden drei Unternehmenstypen zusammengefaßt:

- Kooperativen, untergliedert in 13 verschiedenen Arten (ArbeiterInnen-, Konsum-, Wohnungs-, Kredit-, Agrar-, Transport-, Erziehungs-, Lehr-, Gesundheits-, Dienstleistungs-, Meer/Fischerei-, Gemeinschaftslandbearbeitungs-, Versicherungskooperativen)
- Mitarbeitergesellschaften (sociedades anónimas laborales): Sie wurden Mitte der 80er Jahre gesetzlich eingerichtet zum Zweck der Übernahme von Pleiten- oder Krisenbetrieben durch die Beschäftigten. Der Unterschied zu privaten Kapitalgesellschaften liegt darin, daß mindestens 51% des Kapitals in Arbeiterhand sein müssen. Der Staat gewährt eine Reihe steuerlicher und finanzieller Hilfen.
- Agrar-Transformationsgesellschaften (sociedades agrarias de transformación): landwirtschaftliche Betriebe, strukturell ähnlich den Mitarbeitergesellschaften.

Im folgenden werden ausschließlich die ArbeiterInnen-Kooperativen (cooperativas de trabajo asociado) bewhandelt, weil sie die einzige Unternehmensform darstellen, in der die GenossInnen in demokratischer Selbstverwaltung zusammen arbeiten. Ebenso lasse ich die baskischen Kooperativen mit der berühmten Mondragon-Gruppe unberücksichtigt, da diese einen gänzlich untypischen Sonderfall darstellen.

Aufbruch nach 40 Jahren Diktatur

Trotz einer langen und reichen Tradition der Arbeiterselbstverwaltung in Spanien ist die neue Kooperativenbewegung Spaniens in Folge des franquistischen Bruchs sehr jung. Das Franco-Regime beendete brutal die sozialistisch und anarchistisch orientierten Selbstverwaltungs-Experimente und zwang die wenigen katholischen Kooperativen in ein enges staatlich kontrolliertes Korsett. Fast 40 Jahre Diktatur waren eine denkbar ungünstige Situation für alle Formen von Selbstorganisation.

Im Übergang zur Demokratie in den 70er Jahren kam es trotz des Wiederauflebens demokratischer und linksorientierter Bewegungen und Ideen kaum zu Versuchen, selbstverwaltete Betriebe zu gründen. Die ersten Anzeichen einer neuen Kooperativen-Bewegung zeigten sich zu Beginn der 80er Jahre in Folge der andauernden Wirtschaftskrise mit dramatisch angestiegenen Arbeitslosenraten (1985 betrug die Arbeitslosenrate in Spanien 23%, zur Zeit 17%). In dieser Situation begannen Politiker und Betroffene insbesondere in Krisenbranchen über Kooperativen als alternative und billige Form der Arbeitsplatzschaffung nachzudenken.

Neben den Folgen der Wirtschaftskrise bildete die Dezentralisierung des Staates, die Einrichtung der sog. »Comunidades Autónomas« (Autonome Gemeinschaften, vergleichbar den deutschen Bundesländern) einen zweiten Impuls. Mehrere Regionalregierungen sahen in der Förderung der Kooperativen einen effizienten Politikansatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zwangen dadurch indirekt auch den Zentralstaat zum Handeln. Das Kooperativen-Gesetz wurde daraufhin mehrfach geändert im Sinne einer gezielten Förderung und erleichterten Gründung. Die Hauptbeweggründe für das Entstehen einer neuen Kooperativenbewegung in Spanien müssen somit in der schweren Wirtschaftskrise – ein in vielen westlichen Ländern zu beobachtendes Phänomen – und in der sozialpolitischen Konkurrenz zwischen oftmals konservativen Regionalregierungen und der unter Legitimationsdruck geratenen sozialistischen Zentralregierung gesehen werden. In der öffentlichen Meinung herrscht dagegen ein unvermindert negatives Bild der Kooperativen vor: Sie funktionieren nicht, man verdient wenig und teilt alle Risiken.

Regionale Schwerpunkte

Generell entstehen Kooperativen vorwiegend in Regionen mit industrieller Tradition, vergleichsweise höherem Bildungsniveau und unterstützungswilligen regionalen und lokalen Regierungen. Zudem spielt die Fähigkeit der Kooperativen, funktionierende Dachverbände aufzubauen, eine wichtige Rolle. So stieg in den vergangenen Jahren vor allem in Katalonien, Valencia und Madrid ihre Zahl kontinuierlich an. Die große Masse der spanischen Kooperativen gehört zu den Kleinstbetrieben (bis zu 10 Genossen) in den arbeitsintensiven, wenig Eigenkapital erfordernden Sektoren. So gehören Dienstleistungen (Reparatur-Werkstätten, Beratung, Gesundheit, Botendienste, Transport), Erziehung (private Schulen und Bildungseinrichtungen) und bestimmte Industrien wie Druck- und Verlagswesen zu den häufigsten Tätigkeitsfeldern.

Von 1984-88 entstanden in Spanien ca. 11.000 Kooperativen mit etwa 150.000 Mitgliedern, 73% davon ArbeiterInnen-Kooperativen. Ca. 40% scheitern, was etwa dem branchenüblichen Vergleichswert der Privatindustrie entspricht. 1987 erließ die spanische Regierung ein neues Kooperativen-Gesetz in Angleichung an die bestehenden regionalen Gesetze. Seit 1985 existiert ein Fonds zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Kooperativen.

Das spanische Kooperativen-Gesetz sieht folgende Unterstützungsmaßnahmen vor:

- Teilsubventionierung der Gründungskosten
- Teilsubventionierung der Kosten für technische und betriebswirtschaftliche Beratung, Rentabilitäts- und Marktanalysen, Beschäftigung erfahrener Manager
- Zinsbeihilfen für Investitionskredite
- Subventionen für Dachverbände
- Aus- und Weiterbildungsprogramme für Genossen
- Reduzierung der Gesellschaftssteuer bis zu 50%
- Beihilfen zur Integration von Reemigranten
- Persönliche Beihilfen für Arbeitslose unter 25 Jahren im Falle des Eintritts in eine Kooperative bis maximal 250.000 Peseten (ca. 4.100 DM)
- Möglichkeit der Kapitalisierung des Arbeitslosengeldanspruchs in einer Zahlung im Falle des Eintritts in eine Kooperative.

Auch wenn manche dieser Unterstützungsleistungen auch für andere Formen des »sich selbständig machens« gelten, kann man hier von einer Art »positiver Diskriminierung« sprechen, die permanent politisch, d.h. im Moment auch auf EG-Ebene, abgesichert werden muß. Außerdem ist das notwendige Maß an Information und Initiative zur Inanspruchnahe der staatlichen Fördermaßnahmen in der spanischen Gesellschaft keineswegs selbstverständlich. In beiden Feldern spielen die Dachverbände eine zentrale stimulierende Rolle.

Bestimmungen des Kooperativen-Gesetzes

Die wichtigsten Bestimmungen der spanischen Kooperativen-Gesetze:

- Eine Kooperative besteht aus mind. 5 natürlichen Personen, die über 16 Jahre alt sein müssen
- Jedes Mitglied hat eine Stimme unabhängig vom Kapitalanteil
- Die Zahl der Lohnarbeiter ist auf 10% der Belegschaft begrenzt. Zeit- und Werkverträge sind davon ausgeschlossen
- Assoziierte (nicht-arbeitende) Genossen können bis zu 33% des Kapitals einer Kooperative halten und haben Stimmrecht
- Eine Kooperative muß ihre Statuten der Provinzdirektion für Arbeit und Sozialversicherung vorlegen, um sich ins offizielle Genossenschaftsregister eintragen zu lassen. Die Statuten müssen entsprechend der Gesetze die interne Struktur, die Rechte der Mitglieder und den individuellen Mindestkapitalanteil regeln.
- Niemand darf mehr als 25% des Kapitals besitzen
- 30% der Nettogewinne müssen an die obligatorischen Reserve-, Erziehungs- und Kulturfonds abgeführt werden.

sellschaft erfaßte. Die Folgen dieser »postmodernen« Tendenzen zeigen sich auch in betriebsinternen Problemen. Die tatsächliche Partizipation ist oft sehr niedrig und es bilden sich Eliten mit einer eher instrumentellen Beziehung zur Belegschaft. Ökologische, feministische oder soziale Kriterien spielen bei der Organisation der Produktion und des Betriebes selten eine Rolle. Einem kleinen Kern politisch bewußter und ambitionierter Genossen steht somit eine Masse eher ökonomisch-instrumentell orientierter Belegschaften gegenüber.

Das Verhältnis zu den Gewerkschaften

Fragt man einen spanischen Gewerkschaftsführer zu den Kooperativen, erhält man folgende Antwort: »Wir haben gute Beziehungen zu ihnen und unterstützen sie. Wir sehen die Kooperativen als natürlichen Verbündeten im Kampf um eine sozial gerechtere und demokratischere Gesellschaft.«

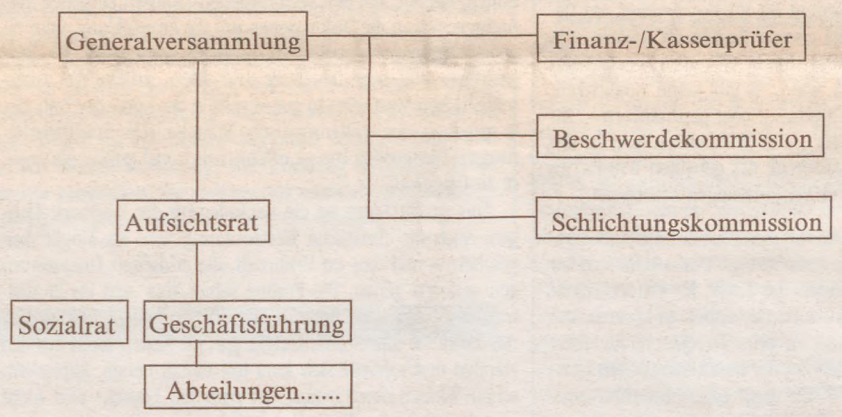
Fragt man einen Genossenschaftsvertreter zu den Gewerkschaften, antwortet dieser: »Die Beziehungen sind korrekt aber nicht sehr eng. Wir akzeptieren und gegenseitig und haben viele gemeinsame Ziele.«

Fragt man ein gewöhnliches Gewerkschaftsmitglied zu den Kooperativen, erhält man als Antwort: »Die Kooperativisten organisieren sich nicht in Gewerkschaften, sie verhalten sich oft wie kleine Kapitalisten.«

Fragt man einen gewöhnlichen Genossen zu den Gewerkschaften, lautet die typische Antwort: »Sie sind wichtig in kapitalistischen Betrieben, aber bei uns sind sie überflüssig.«

In Spanien wie in vielen westlichen Ländern sind selbstverwaltete Betriebe und Gewerkschaften eher natürliche, ideelle als wirkliche Verbündete. Ursprung und Ziele sind ähnlich, viele der politisch bewußten Genossen kommen aus der Gewerkschaftsbewegung und fühlen sich ihr noch persönlich verbunden, doch leben beide Bewegungen inzwischen nebeneinander her. Ein Grund dafür bildet die beiderseitige organisatorische Schwäche, niedrige Mitgliedsraten und der Vorrang anderer unmittelbarerer Aufgaben. In manchen Fällen spielen auch konkrete Konflikte über Lohnhöhe und gewerkschaftliche Interessenvertretung in den Kooperativen eine Rolle. Die Sozialräte können in den seltenste Fällen eine der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb vergleichbare Rolle einnehmen. Die Gewerkschaften, vor allem aber die Kooperativen sind eher an den eigenen unmittelbaren Interessen als an einer gemeinsamen emanzipatorischen Bewegung orientiert, zumal das allgemeine politische Klima dafür ungünstig ist.

INTERNE STRUKTUR EINER KOOPERATIVE



Erläuterungen:
Generalversammlung: oberstes Organ, one man – one vote Prinzip
Sozialrat: Organ der Arbeitsinteressen bestehend aus Vertretern, die in den Arbeitsgruppen gewählt werden. Die Mitwirkungsrechte sind wesentlich geringer als bei Betriebsräten in Privatbetrieben.
Bei kleinen Kooperativen vermindern sich die oben aufgeführten, gesetzlich vorgesehenen Organe.

Niedriger verbandlicher Organisationsgrad

Mitte der 80er Jahre begannen die Kooperativen, sich auf lokaler und regionaler, später auch nationaler Ebene in Dachverbänden, sogenannten Kooperativen 2. Grades zu organisieren. Zur Zeit existieren in 12 der 17 spanischen Comunidades Autónomas Kooperativenverbände. Deren interne Struktur ist analog zu den gewöhnlichen Kooperativen, wobei einzelne Kooperativen die Mitglieder bilden. Sie sind zusammengefaßt im Dachverband der Spanischen ArbeiterInnen-Kooperativen COCETA (Confederación de Cooperativas Espãonolas de Trabajo Asociado). Etwas mehr als 20% aller spanischen Kooperativen sind organisiert. Der Grund für den niedrigen Organisationsgrad liegt in den relativ hohen Mitgliedsbeiträgen und dem unterentwickelten Bewußtseinstand in den Kooperativen. Die Mehrheit wurde aus rein ökonomischen Motiven gegründet, ein Teil ist eher dem in Spanien sehr großen Schattenwirtschaftssektor zuzurechnen. Die organisierten Betriebe stellen daher den qualifizierten, bewußten Kern des Kooperativen-Sektors dar. Die wichtigsten Ziele und Aktivitäten der Verbände gliedern sich in:

- Politisch-öffentliche Interessenvertretung
- Informationsaustausch, Koordination, Kontaktvermittlung
- Bildungsarbeit, teilweise in Kooperation mit öff. Einrichtungen
- Dienstleistungsangebote: Finanz-, Rechts- und betriebswirtschaftliche Beratung, Kreditvermittlung, Sozialversicherungsangebote

Die Verbände versuchen damit, die klassischen Probleme selbstverwalteter Betriebe in kapitalistischen Ländern zu bearbeiten. Dazu gehören neben dem Mangel an Know how, Kapital und einer geregelten sozialen Sicherung in Spanien vor allem auch das feindliche soziokulturelle Umfeld. Zu dem traditionell schlechten Image der Kooperativen und der geringen Neigung der Spanier, sich in sozialen oder politischen Gruppen zu organisieren, gesellte sich in den vergangenen Jahren eine individualistische Konsumkultur, die breite Teile der Ge-

Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften sind daher eher persönlich zufälliger als institutionell geregelter Natur. Man kennt sich aus dem gemeinsamen Kampf gegen Franco oder konservative Regierungen, was bei manchen Verhandlungen mit Politikern von Nutzen ist. Darüberhinaus herrscht eher distanzierter Respekt und abstrakte Unterstützung vor.

»Gemeinwirtschaftliche« Tendenzen

Unabhängig davon bemühen sich die Gewerkschaften, allen voran die sozialistische UGT (Unión General de Trabajadores – sie ist neben den kommunistisch orientierten Comisiones Obreras (Arbeiterkommissionen) die stärkste Gewerkschaft) in den letzten Jahren, eigene Kooperativen zu gründen. Vieles davon erinnert mehr an die ehemalige deutsche »Gemeinwirtschaft« als an Selbstverwaltung (bspw. die Wohnungsbau- und die Versicherungs-Coop.). Wichtige Motive dabei sind die Mitgliederwerbung und der Zugang zu öffentlichen Fördermitteln.

Die neue spanische Kooperativenbewegung ist eine sehr junge, sowohl quantitativ wie qualitativ jedoch recht dynamische Erscheinung. Ihr qualifizierter, politisch bewußter Kern bemüht sich über die Organisierung in Dachverbänden und politische Interessenvertretung auch auf internationalem Terrain die Probleme selbstverwalteter Betriebe in kapitalistischen Gesellschaften effizient anzugehen. Der deutschen Selbstverwaltungsszene sind sie dabei weit voraus, auch wenn hier bei ökologischen und feministischen Fragen mehr Sensibilität zu spüren ist. ●

NACHRICHTEN

VDP

Verband Deutscher Produktivgenossenschaften wurde im Juni ein Jahr alt

Der Verband organisiert und vertritt die Interessen der ehemaligen PGH-Betriebe (Produktionsgenossenschaften des Handwerks). Ein Volumen von 4.000 Betrieben (2.800 PGH'n, 200 Einkaufs-und Liefergenossenschaften, 1.700 VEB's, die vormals als PGH'n fungierten) macht deutlich, daß es sich hierbei um einen großen Bereich der mittelständischen Wirtschaft der ostdeutschen Länder handelt, die nicht nur in der Vergangenheit zu den tragenden Säulen der ehemaligen DDR-Wirtschaft gehörten, sondern von denen auch zu erwarten ist, daß sie in Zukunft wesentliche Impulse für einen schnellen Umbau der ostdeutschen Wirtschaft setzen können.

Der Verband – der sich ohne Förderung durch westliche Mittel aus eigener Kraft aufgebaut und entwickelt hat (CONTRASTE berichtete mehrfach) – veranstaltet nun seinen

1. ordentlicher Verbandstag
des Verbandes Deutscher
Produktivgenossenschaften
Am Freitag den 27. Sept. 1991, 11 bis 18 Uhr
Ort: Hans Beimler Saal, Waggonbau Dessau GmbH, Albrechtstrasse, Dessau

Teil 1: (Öffentlich)
- Grußworte
- Referat des Wirtschaftsministers Dr. Hans Rehberger (Sachsen-Anhalt)

Teil 2: (Öffentlich)
- Podiumsdiskussion (Wirtschaftsverbände, Handwerkskammer, Parteien)

ab ca. 14 Uhr

Teil 3: (intern, nur Verbandsmitglieder)
Mitgliederversammlung, bisherige TOP:
- Geschäftsbericht des Vorstandes und der Geschäftsführung
- Satzungsänderungen
- Finanzen, Bericht der Schatzmeisterin
- Beitrags- und Gebührenordnung
- Nachwahlen zum Verbandsrat
- Sonstiges

Information:
VDP, Kurt-Weill-Str. 31
O-4050 Dessau

STUDIENREISE MONDRAGON/BARCELONA

Vom 10. bis 21. Oktober 1991 organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK eine Studienreise zum Produktivgenossenschaftsverbund in Mondragon sowie den Besuch mehrerer genossenschaftlicher Betriebe und Organisationen in Barcelona. Informationen dazu sind erhältlich über:

Bernd Scheda
Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstr. 12-19
2800 Bremen.

Neue Bücher zum Thema: Genossenschaften

"Wir gründen eine Genossenschaft. "
107 S.; DM 10,-
Das Handbuch ist ein praxisbezogener Ratgeber für genossenschaftliche Existenzgründer. Es wendet sich mit Gründungsfahrplan, Mustersatzung, Formularhilfen und Kontaktanschriften v.a. an die Menschen in der ostdeutschen Landwirtschaft.

"Neue Genossenschaften braucht das Land!"
190 S.; DM 5,-
Der Band gibt einen Überblick über Möglichkeiten im Agrarbereich gemeinschaftlich zu wirtschaften. Neben der Darstellung interessanter Modelle wird besonders auf den Umbruch in der ostdeutschen Landwirtschaft eingegangen.

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 21 52 90, FAX: 21 32 71

Was hier nicht steht,

steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

DIE FREIWIRTSCHAFTLICHE »ÖKOLOGISCHE KREISLAUFWIRTSCHAFT« ALS ILLUSION

Keine Begrenzung des Wirtschaftswachstums

Die Freiwirtschaftslehre beansprucht mit ihrem Konzept einer »natürlichen Wirtschaftsordnung« über die Abschaffung des Zinssystems, eine »ökologische Kreislaufwirtschaft« verwirklichen zu können. Bei kritischer Analyse ihrer Argumentation zeigt sich, daß sogar gegenteilige Wirkungen erzielt werden.

Jürgen Kaun, Redaktion Genossenschaften ● Die von Silvio Gesell (1862-1930) begründete **Freiwirtschaftslehre** erhebt den Anspruch, eine »Natürliche Wirtschaftsordnung« jenseits von Kapitalismus und Sozialismus entwickelt zu haben. Als Haupthindernis einer Harmonie von Ökonomie und Ökologie gilt der Freiwirtschaftslehre – die ungebremste kapitalistische Wachstumsdynamik, die mit der Begrenztheit unseres Planeten unvereinbar sei. Wie erklärt nun die Freiwirtschaftslehre die Ursachen des Wirtschaftswachstums? Hinter dem unaufhörlichen Wachstum der umweltzerstörenden Güterproduktion steckt ihr zufolge das zinsfordernde Geldkapital, das sich infolge des Zinseszinsmechanismus exponentiell vermehre und der »vorgelagerten« materiellen Produktion gleichfalls eine exponentielle Expansion aufzwinge (vgl. Löhr 1988, S. 3ff.).

Um eine wachstumsfreie »ökologische Kreislaufwirtschaft« (Löhr 1988) zu erreichen, sollen die Nettoinvestitionen in Produktionsanlagen als wichtigste Wachstumsdeterminante auf Null gebracht werden. Alle »Kredite« – gemeint ist: die gesamtwirtschaftliche Ersparnis (1) – sollten von den Investitionen weg – und zu hundert Prozent in den Konsum gelenkt werden. (2) Der angestrebte Endzustand, die wachstumsfreie »stationäre Wirtschaft« oder »einfache Reproduktion«, beruht auf folgenden notwendigen Voraussetzungen:

- Das gesamte Volkseinkommen wird konsumiert, es findet kein Sparen und mithin auch kein Ausbau des Produktionsapparates durch Nettoinvestitionen statt;
- die Höhe von Produktion, Beschäftigung, Einkommen und Ausgaben für produzierte Güter und Dienste bleibt stets gleich.

Die Bedingung zur Erreichung dieses Zustands sei ein gegen Null tendierender Zins, der aber mit der heutigen Geldverfassung nicht erreicht werden könne. Mit sinkendem Zins werde allmählich der Wachstumszwang überwunden. Erst der Nullzins ermögliche qualitatives statt quantitatives Wachstum, weil der Rentabilitätszwang für Investitionen künftig entfalle. Heute noch unrentable Investitionen in »sanfte« Energiespar- und Umweltschutztechnologien ließen sich in der zinsfreien Wirtschaft viel leichter durchführen als heute (vgl. Löhr 1988, S.11f.)

Ausgabenanreiz durch »Hortungssteuer«

Die Beseitigung des Zinses will die Freiwirtschaftslehre durch die Auferlegung eines »Schwundsatzes« von 2,5 bis 5% auf die gesamte Tauschgeldmenge, d.h. die Summe aus Bargeld und Giralguthaben (1984: 314 Milliarden DM), erreichen. Das bedeutet, daß die Tauschgeldmenge jährlich um diesen Prozentsatz weniger wert ist. Durch diese planmäßige Entwertung der Tauschgeldmenge soll der Liquiditätsvorteil des Geldes eliminiert und ein rascher, stockungsfreier Umlauf des Geldes gewährleistet werden; wer sein Geld nicht rasch ausgibt, wird ja durch die Entwertung bestraft (vgl. Löhr 1988, S.4,11,14). Mit einer Umlaufsicherung der Tauschgeldmenge habe die deutsche Bundesbank auch erstmals die Geldmengenentwicklung vollkommen im Griff, und sie könne daher gesetzlich auf absolute Währungsstabilität (eine Preissteigerungsrate von Null) verpflichtet werden (vgl. Löhr 1988, S.13; Kaun 1986, S.8).

Als Folge der Geldreform durch Auferlegung des »Schwundsatzes«, auch als »Hortungssteuer« oder »Umlaufsicherungsgebühr« bezeichnet, verspricht die Freiwirtschaftslehre eine reihe höchst segenreicher Wirkungen:

- Dadurch, daß das Horten von Geld verhindert werde, entstehe ein wachsendes Angebot an Geldkapital, so daß der Kapitalzins infolge der zurückgehenden Knappheit des Geldkapitals tendenziell gegen Null sinke und der Wachstumszwang überwunden werde (vgl. Löhr 1988, S.11).
- Erstmals werde dauerhaft eine völlige Preisniveaustabilität, d.h. eine Inflationsrate von Null, erreicht (vgl. Löhr 1988, S.13).
- Künftig werde stets Vollbeschäftigung herrschen, da das krisenauslösende Geldhorten zuverlässig unterbunden werde. Zum ersten Mal in der Wirtschaftsgeschichte könne sich das Warenangebot seine eigene Nachfrage schaffen, das Geld könne nun der Ware gegenüber nicht mehr zurückgehalten werden (vgl. Löhr 1988, S.11).
- Weiterhin werde sogar die »Soziale Frage«, also das Verteilungsproblem, ohne »sozialstaatliche Umverteilungspraktiken« rein marktwirtschaftlich gelöst. Die eintretende Kapitalfülle bewirke eine fortgesetzte Verlagerung von Kapital hin zu Arbeitseinkommen. Die Arbeit werde zum knappsten und damit am besten entlohnten Produktionsfaktor, am Ende würden die Kapitaleinkommen ganz verschwinden (vgl. Löhr 1988, S.11). Das »Recht auf den vollen Arbeitsertrag« werde endlich Realität. Die Lohnquote steigt auf bis zu 100% des Volkseinkommens, entsprechend gehe die Gewinnquote gegen Null. Der kapitalistische Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit werde überwunden.
- Schließlich wird seit einiger Zeit auch die Lösung der ökologischen Probleme versprochen, weil der schädliche Wachstumszwang entfalle und in der zinsfreien Wirtschaft noch unrentierliche, aber ökologisch sinnvolle Investitionen finanziert und durchgeführt werden könnten.

Wiedersprüchlichkeit der Argumentation

Der Vermehrungsmechanismus des Zinseszinses führt nur dann zu dem behaupteten exponentiellen Wachstums des Geldkapitals, wenn sowohl das Anfangskapital als auch sämtliche anfallende Zinsen und Zinseszinsen in voller Höhe wieder angelegt werden. Zehren die Kapitalbesitzer ihre Zinseinkünfte hingegen teilweise auf, wachsen ihre Geldvermögen nur noch unterexponentiell. Bei vollständigem Abheben der jährlichen Zinserträge bleibt das Geldvermögen sogar konstant. Ein bloßes, unrealistisches Rechenexempel, bei dem die Kapitalbesitzer zum »Verhungern« verurteilt sind, weil sie nicht von ihren Zinserträgen leben dürfen, verleitet die Freiwirtschaftslehre zu ihrer irreführende Aussage. Tatsächlich stieg der Anteil der Zins- und Mieteinkünfte am Volkseinkommen in den letzten 30 Jahren nur langsam von 3% (1960) auf 7,2% (1989) (vgl. Zahlen 1990, Tabelle 29).

Die »Hortungssteuer« soll angeblich »streikendes«, d.h. gehortetes Geld in wirksame monetäre Nachfrage verwandeln. Die ökologisch unerwünschte Folge wäre ein kräftiges Wirtschaftswachstum durch einen Nachfrageschub seitens der Konsumenten, die aufgrund der drohenden Geldabwertung zu beschleunigten Geldausgaben veranlaßt würden. Es trete eine Kapitalfülle ein, die den Zins gegen Null sinken lasse, und dies würde eine weitere Mehrnachfrage nach Konsumgütern (wegen der wegfallenden Sparanreize) und nach Investitionsgütern (wegen der drastisch verbilligten Fremdfinanzierungskosten) auslösen.

Hier tritt ein eklatanter Widerspruch in der Argumentation der Freiwirtschaftslehre zutage: einerseits beklagt sie den vermeintlichen Wachstumszwang durch das »Zinsgeld«, andererseits verursacht die von ihr vorgeschlagene Geldform, falls sie erfolgreich wäre, selbst einen kräftigen Wachstumsschub mit vermehrten Umweltschäden (vgl. Kaun 1986, S. 18f.).

Aufzehrung des Volkseinkommens durch Konsum

Die Freiwirtschaftslehre bezeichnet die Zinsfreiheit als notwendige Bedingung für eine wachstumsfreie Wirtschaft, da nur ein Nullzins eine »unrentable« , konsumtive Verwendung der Kredite zulasse. Die Unmöglichkeit einer Kreditumlenkung in den Konsum zeigt sich jedoch darin, daß das Verhältnis der Kreditnachfrage der Privathaushalte zu der Investitionskreditaufnahme der Unternehmen z.B. 1982 1:12,6 betrug (vgl. Finanzierungsrechnung 1983, S. 20). Sollten die Konsumenten als Kreditnehmer künftig an die Stelle der Investoren treten, müßten sie sich dann um das 12,6 fache höher verschulden als heute. Unklar bleiben hierbei folgende Fragen: Warum sollten sich die Konsumenten diese gewaltige Schuldenlast – auch bei einem Zinssatz von Null – überhaupt aufbürden? Und: Wer wäre bei einem Nullzins noch bereit, seinen Gegewartskonsum hinauszuschieben und zu sparen?

Weil die Nettoinvestitionen der Unternehmen z.B. im Jahre 1989 nur zu 31% aus Fremdmitteln, aber zu 43,5% aus nicht entnommenen Gewinnen und zu 25,6% aus saldierten Vermögensübertragungen finanziert wurden, wären diese 69% ohne Kreditaufnahme finanzierten Nettoinvestitionen durch eine Kreditumlenkung in den Konsum garnicht zu verhindern gewesen (vgl. Zahlen 1990, Tab. 27). Entsprechend gering fiele die mögliche Drosselung des unerwünschten quantitativen Wachstums aus.

Eine durch die freiwirtschaftliche Kreditumlenkung gespeiste Expansion der Konsumnachfrage träfe bald auf Kapazitätsgrenzen des ja unveränderten Produktionsapparates (in der stationären Wirtschaft sind die Nettoinvestitionen gleich Null!), und sie würde letztlich in einem inflationstreibenden Nachfrageüberhang wirkungslos verpuffen. Solange, bis die absoluten Kapazitätsgrenzen erreicht wären, würde diese Mehrnachfrage wenigstens noch anfangs weiteres umweltschädliches Produktionswachstum hervorrufen! Da die wachstumsfreie Wirtschaft durch eine fehlende volkswirtschaftliche Ersparnisbildung charakterisiert ist, träte das genaue Gegenteil der von der Freiwirtschaftlehre prophezeiten »Kapitalfülle« ein, nämlich ein extremer Kapitalmangel, denn das gesamte Volkseinkommen würde konsumiert. Nicht nur die rentablen produktiven Investitionen, die quantitatives Wachstum bewirken, sondern gerade die für qualitatives Wachstum erforderlichen »unrentablen«, sogenannten sanften Investitionen zur Energieeinsparung und zur Umweltschonung könnten infolge dieses Kapitalmangels gar nicht getätigt werden.

Ausreichende Ersparnisbildung nur bei Zins

Der Kapitalmarktzins kann denn auch nicht durch die Geldkapitalbesitzer monopolitisch »erpreßt« werden, er bildet sich vielmehr auf dem Kapitalmarkt als Preis für die leihweise Überlassung von gesparten Einkommensteilen aus dem Zusammenspiel von Kreditangebot und Kreditnachfrage. Gäbe es keine Nachfrage nach Krediten, könnte am Kapitalmarkt auch kein positiver Zinssatz durchgesetzt werden. Eine Kreditnachfrage erfolgt, um heute mehr Güter und Dienste für Investitions- und Konsumzwecke nachfragen zu können, als das aus dem eigenen verfügbaren Einkommen oder durch Auflösung eigener Ersparnisse möglich wäre.

Entgegen ihrer Versprechungen eignet sich die Freiwirtschaftslehre nicht zum Umbau unserer Wirtschaft in eine ökologisch soziale Marktwirtschaft. Anstatt weiteres Wirtschaftswachstum wirksam zu begrenzen, würde die Einführung der Hortungssteuer zusätzliche Wachstumsimpulse durch eine Stimulierung der Konsum- und Investitionsgüternachfrage auslösen – mit steigendem Umweltverbrauch.

Weil die von den Freiwirten angestrebte »ökologische Kreislaufwirtschaft« mit Nullwachstum keine zinssenkende »Kapitalfülle«, sondern vielmehr einen zinssteigernden Kapitalmangel mit sich brächte, stünden die Aussichten unrentabler »Öko-Investitionen«, sich gegen herkömmliche, profitbringende Produktinvestitionen durchsetzen, noch schlechter als heute. Der Übergang vom quantitativen zum qualitativen, umweltverträglichen Wachstum kann so nicht geschafft werden. ●

»Öko-Investitionen« werden verdrängt

Die Konkurrenz der Investoren um die knapper werdenden Kreditmittel würde die betriebswirtschaftlich unrentablen »Öko-Investitionen« verdrängen und die Kreditzinsen in immer neue Höhen treiben. Und in der Tat, nicht ein Niedrig- oder Nullzins, sondern hohe Zinsen wirken als Wachstumshemmnis, wie dies die Freiwirtschaftslehre (vgl. Löhr 1988, S. 14) auch eingesteht. Zinslose Darlehnen stimulieren doch die Kreditnachfrage für (produktive) Investitionen, anstatt sie zu bremsen. Nullwachstum, d.h. eine »ökologische Kreiswirtschaft« im Sinne der Freiwirtschaftslehre und eine gesamtwirtschaftliche Ersparnisbildung als Voraussetzung für das Eintreten der vorhergesagten, zinssenkenden »Kapitalfülle« sind logisch miteinander unvereinbar.

Unterstellen wir nun, der Freiwirtschaft wäre es irgendwie gelungen, ein gestiegenes Kapitalangebot zu schaffen, das durch zurückgehende Kapitalknappheit den Zins gegen Null drückte. Was wären dann die Folgen für die Arbeitslosigkeit? Zinslose Investitionsdarlehen würden gegenüber heute, wegen des hohen Zinskostenanteils ihrer Finanzierung, extrem kapitalintensive Großtechnologien (wie Kernkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen usw.) verhältnismäßig am stärksten verbilligen. Nicht eine »ewige« Vollbeschäftigung, sondern eine forcierte Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen wäre zu erwarten, weil langlebige, kostspielige und hochautomatisierte Produktionsanlagen beim Wegfall der Zinskosten weit billiger als heute zu installieren wären: Der Faktor Arbeit würde relativ zum Faktor Kapital immer teurer (vgl. Kaun 1986, S.20).

Ist das Versprechen der Freiwirtschaftslehre, die Auferlegung einer Hortungssteuer von 2,5 bis 5% pro Jahr auf die Tauschgeldmenge (1984: 314 Milliarden DM) werde den Zins auf Null herabdrücken, gut begründet? Die von ihr mit 2,5 bis 5% pro Jahr angegebene »Liquiditätsprämie des Geldes« betrug z.B. 1984 7,85 bis 15,7 Milliarden DM (= 2,5 bis 5% von 314 Milliarden DM)). Dagegen beliefen sich die gesamten Zinsverpflichtungen 1984 auf 187 Milliarden DM. Damit ist nur ein Bruchteil von 4,2 bis 8,4% sämtlicher Zinsverpflichtungen als Liquiditätsprämie des Geldes erklärbar; nur dieser eher unbedeutende Bruchteil der »Zinsbelastung« könnte durch die Einführung der Hortungssteuer auf Tauschgeld verschwinden (vgl. Kaun 1986, S.4f.). Das manchen vielleicht überraschende Ergebnis erklärt sich daraus, daß vom gesamten zinstragenden Geldvermögen der privaten Haushalte (1989: 2805 Mrd. DM) nur 8% als Tauschgeld gehalten wurden. Die anderen Geldvermögensformen, auf die über 90% der Zinseinahmen entfallen, sind Spareinlagen, Versicherungssparen, Rentenpapiere, Sparbriefe, Aktien, Bausparen und Sonstige. Ganz entscheidend ist nun, daß dieses Gros des Geldvermögens überhaupt nicht von der Hortungssteuer betroffen würde.

Das gesamte Geldvermögen, das zutreffender »Finanzvermögen« heißen sollte, beträgt also ein Vielfaches der Geldtauschmenge. Daher beeinflußt selbst eine Umlaufsicherung des Geldes auch kaum die Kreditzinsen.

Fußnoten:

(1) Wie nachstehend gezeigt wird, folgen aus dieser Vermischung der Begriffe »Ersparnis« und »Kredit« zahlreiche Ungereimtheiten und Verständnisprobleme.

(2) Nur diejenigen Aufwendungen, die zum Erhalt des bestehenden Produktionsapparates notwendig sind (die Ersatzinvestitionen), sollen und müssen noch – aus Abschreibungen – finanziert werden.

Quellen und Literaturhinweise:

Creutz, Helmut / Dieter Suhr / Werner Onken: Wachstum bis zur Krise? Berlin 1986

Gesell, Silvio: Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Nürnberg 1984 (10. Aufl.), 1. Aufl. 1911

Kaun, Jürgen (Mitarbeit: Friedrich Feldmann): Kritik der freiwirtschaftlichen Geld- und Zinstheorie, Stuttgart 1986: Selbstverlag

Löhr, Dirk: »Zins und Wirtschaftswachstum«. Sonderdruck aus: Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 79/1988

Zahlen 1990 zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 1990

Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen **Finanzierungsrechnung** der deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Hrsg. Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M. 1983

Coordination gegen BAYER-Gefahren (HG.):
BAYER Macht Kasse — Berichte über die Geschäfte des BAYER-Konzerns

Hier steht, was Geschäftsberichte und Hochglanzbroschüren verschweigen: Wie im Schatten des BAYER-Kreuzes kräftig Gift gemischt wird. Und das im Weltmaßstab.
»BAYER Macht Kasse« öffnet das weltweite Sündenregister des Chemiegiganten, der an menschen- und umweltgefährdenden Technologien kräftig verdient und unbequeme KritikerInnen und GewerkschafterInnen mit rigiden Methoden zum Schweigen bringen möchte. Zugleich ein Musterbeispiel, wie mensch sich gegen Großkonzerne wehren kann.

224 S., 24,80 DM, 1991, ISBN 3-926369-41-8, mit Beiträgen u.a. von Jutta Ditfurth, Charlotte Weiske, Siegfried Pater.

Schmetterling Verlag
Waiblinger Str. 20A, 7000

Anzeige

Bevor man / frau sich individuell Alters- oder Berufsunfähigkeitsversichert, sollte geprüft werden, ob die Absicherung nicht über einen Gruppenvertrag im Rahmen eines Versorgungswerkes wesentlich günstiger erfolgen könnte.

BEISPIEL: LEBENSVERSICHERUNG

Kapitalbildende Lebendsversicherung bis Alter 65, Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit bis Alter 60, Monatsbeitrag 250 DM

Eintrittsalter	Frauen Versicherunsumme	* Ablaufleistung
35	101.577	318.386
40	97.698	205.853
45	60.235	129.004

Leistungen für Männer je nach Eintrittsalter etwas höher oder niedriger (+ - 2%)
*Auszahlung im Alter 65 Jahre

Andere Altersstufen und Beitragssätze auf Anfrage. Auch mit Berufsunfähigkeitsrente möglich.

* Die Überschußanteilsätze sind für das laufende und folgende Geschäftsjahr festgelegt. Für die gesamte Dauer können sie nicht garantiert werden.

Neue Versorgungswerk

Verbesserung der Alters- und Berufsunfähigkeitsrente

4400 Münster, Ludgerieplatz 8, Tel.: 02 51 / 53 10 00
6800 Mannheim, C3 Nr.19, Tel.: 06 21 / 10 28 56
7032 Sindelfingen, Brenzstr.1, Tel.: 070 31 / 83 257

Anzeige

Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn

Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag
ISBN 3-924800-47-2
19,80 DM 224 Seiten

Neustadtcafé sucht GeschäftsführerIn

Gesucht wird einE

GeschäftsführerIn

für ein an ein Kunst- und Kulturprojekt angeschlossenes »Szenecafé« in der Dresdner Neustadt. Erfahrung in verantwortlicher Tätigkeit in einem Alternativbetrieb (Buchführung, Einkauf, Lagerhaltung) ist ebenso wie Ideenreichtum und Initiative erforderlich, Verständnis und Aufgeschlossenheit für Kulturarbeit erwünscht. Ost-Tarifgemäße Bezahlung und ggf. Hilfe bei der Wohnungssuche.

Stadtteilinitiative sucht KoordinatorIn

Gesucht wird einE

KoordinatorIn

für die Arbeit der IG Äußere Neustadt, einer Bürgerinitiative zur Stadtteilerneuerung in Dresden Nord. Voraussetzungen sind soziales Engagement, Flexibilität und Durchsetzungsvermögen im Kampf gegen die Bürokratie. Arbeitsschwerpunkte sind die behutsame Stadterneuerung, der Mieterschutz und die Unterstützung diverser Selbsthilfe- und Alternativprojekte im Stadtteil. Ost-Tarifgemäße Bezahlung und ggf. Hilfe bei der Wohnungssuche.

Beratungsbüros Südschiene
Unternehmensberatung für Szenebetriebe

EDV-Lösungen
Organisations- und Finanzberatung

Dresden: **(0037) - (0)51 - 570914** Heidelberg: **(06221) 16 24 67**
Nürnberg: **(0911) 26 77 68**

SCHREINEREIENTREFFEN

vom 11. bis 13. Oktober bei der »biiraboom holzwerkstatt«
Turnusgemäß folgt dem Theorietreffen das Praxistreffen direkt im Betrieb. Oberflächentechnik und Baubiologie sind die zwei Themenschwerpunkte, zu denen jeweils Referenten anwesend sein werden. Der erste Themenschwerpunkt wird von Bernd Leisse abgedeckt, der vielen als Anwendungsberater der Firma AURO bekannt sein dürfte. Praktische Aspekte in der Verarbeitung, technische Schwierigkeiten oder Verbesserungen der Oberflächenprodukte sollen hier Hauptschwerpunkt sein.

Der Schwerpunkt Baubiologie beschäftigt sich mit dem Thema, wie alte Bausubstanz mit ökologischen Baumaterialien sinnvoll verbunden werden kann. Der Referent, Holger König kommt ebenfalls aus der Holzbranche, arbeitet aber heute mehr im planerischen Bereich und im Baustoffhandel. (Buch: »Wege zum gesunden Bauen«). Beide Themenbereiche sind so umfangreich, daß sie parallel zueinander laufen werden und es sinnvoll erscheint, aus jedem Betrieb zu zweit anzureisen und sich vorher auf »sein« Thema vorzubereiten.

Wie üblich ist das Treffen hauptsächlich für in Kollektiven arbeitende Menschen gedacht. Anmeldeschluß ist der 2. Oktober. Genauere Unterlagen und eine Wegbeschreibung werden nach Adressenliste mit der Einladung versandt oder sind anzufordern bei:
biiraboom, holzwerkstatt in selbstverwaltung
mercedesstr. 5
7053 stetten/remstal

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Re... ...ntstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 4700 Hamm, Redaktion Ruhrgebiet, c/o Chaos-Zentrum Hamm, Götz Paschen, Postfach 18 44, ☎(02381) 1 36 69; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14 (auch Fax)
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, LEA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

JOBS

Wir suchen dringend für unsere selbstverwaltete Firma eine/n Elektromechaniker/in, Elektro- oder Wasserinstallateur/in.
Fa. Sponton GmbH
☎ (0 89) 53 34 59

JOBSUCHE

Noch selbst. Kfm. sucht sich zu verändern. Arbeite seit fast 10 Jahren im Naturkost-/Warenbereich. Suche Arbeit möglichst im landwirtschaftlich/gärtnerischen Bereich. Besonderes Interesse an Samen/Gemüseanbau.
Reinhard Schuba
Hinterstr. 10
4420 Coesfeld

DIES & DAS

Wir suchen Leute, die sich für Maschinen- und Werkzeugrecycling im Zusammenhang mit Entwicklungs-Zusammenarbeit interessieren.
PSVV e.V., Bremen
☎ (04 21) 7 24 14
Fax (04 21) 7 19 90

Wir suchen Leute, sie sich für anwendungsorientierte Sonnenenergienutzung und Entwicklungszusammenarbeit interessieren.
PSVV e.V., Bremen
☎ (04 21) 7 24 14
Fax (04 21) 7 19 90

Freies Radio
Radio T Chemnitz und die Radio-Initiative Dresden laden alle Gruppen aus den Ost-Bundesländern, die unabhängigen, nichtkommerziellen Rundfunk machen (wollen), für den 12./13. Oktober nach Dresden ein. Anmeldung bitte umgehend an Selbsthilfe Netzwerk, Friedrichstr. 57, O-8010 Dresden

PROJEKTE

Kommune??? Find ich gut!!!
Gemeinsam leben – Kollektiv arbeiten. Wir, das sind z. Zt. 35 Erwachsene und 11 Kinder, leben seit fast 5 Jahren in der Nähe von Kassel. Wir wollen (und können räumlich) noch wesentlich mehr Leute werden (z.Zt. können wir leider keine weiteren Kinder aufnehmen).

Folgende Arbeitskollektive existieren schon: Planung/Bau, Schreinerei, Schlosserei, Landwirtschaft, Ernährung/Küche, Tagungshaus, Kinderbereich und Verwaltung. Der Aufbau weiterer Kollektive wird angestrebt.
Genaueres Infomaterial (gegen 5,00 DM in Briefmarken) und Anmeldungen unter:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Dokumentation zum Sommerseminar
Die Seminarzeitung zu Sommerseminar Alternative Ökonomie des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK mit dem Schwerpunkt Utopien kann für 15,– DM plus Porto bei Andrea Gerth, Löwenstr. 16, 6800 Mannheim 51 bestellt werden. Ebenfalls dort erhältlich ist der vierteljährlich erscheinende Rundbrief Alternative Ökonomie (pro Ausgabe 8,– DM).

PROWO
PROJEKT WOCHENZEITUNG
monatliche Lektüre im magischen Sechseck von Grünen, "Radikaler Linker", Autonomen, FeministInnen, PDS & AntiimperialistInnen

PROWO 16:
Urbanisierung: Berlin, Barcelona, NY
NATO- und WEU-Eingreiftruppen.
PDS-Parteitag: Nicht voran, nicht zurück!
Trostpflaster Beschäftigungsgesellschaft.?
Frauenstreik in der Schweiz
Guatemala: Die Guerilla verhandelt.
Asylrechtsverschärfung u.v.a.m.

Buchprämien für ABO's
Ich möchte
o ein kostenloses Probexemplar
oder *PROWO* abonnieren
(erscheint jeden 1. Freitag im Monat)
o 4 Ausgaben (10 DM)
o 10 Ausgaben + Prämie (20 DM)
o 25 Ausgaben + 1 Leninbd.(50 DM)
o Förderabo: 25 Ausg. + Lenin, Ausgewählte Schriften I. 2 Bänden (80 DM)
Jeweils gegen Vorkasse (Geldschein, Scheck, Überweisung). Sofern nicht 4 Wochen vor Ablauf des Abo gekündigt wird, verlängert sich dies um den angegebenen Zeitraum.
Name
Straße
PLZ, Ort
Unterschrift
Bankverbindung:
PROWO, Stadtsparkasse Bln (BLZ 100 500 00), Kto-Nr.: 640 017 118
PROWO, Eisenbahnstr. 4, 1000 B 36
Tel.: 030/618 80 02/03, Fax: 618 80 03

VERSICHERUNG

Krankenversicherung?, Neue Naturheilverfahren? Psychotherapie?. Für freiwillig Versicherte und Selbständige von der versiko GmbH, die alternative Versichrungsvermittlung mit 16 Jahren Erfahrung.
Fichtenstr. 42, 4000 Düsseldorf 1
☎ (02 11) 97 37 111
ruf'doch mal an!

Single? Rentenversicherung? Keine Gesundheitsprüfung! Besonders günstige Prämien durch individuelle Gestaltung. **versiko GmbH** – die ökologische Finanzberatung und Versicherungsvermittlung mit 16 Jahren Erfahrung!
4000 D'dorf – Fichtenstr. 42
☎ (02 11) 97 37 111.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Schwerpunkt Betriebliche Altersversorgung

Liebe Ver(un)sicherte,

haben Sie eine Ahnung, was Ihre Versicherungsgesellschaft mit den Altersversorgungsbeiträgen macht, bis Sie 65 sind?
IMPULS vermittelt im "Solidarverbund Altersversorgung" **für Firmen oder soziale Einrichtungen** eine betriebliche Altersversorgung auf Gruppenbasis, deren Beitragswerte in soziale Einrichtungen reinvestiert werden. Nicht in den anonymen Finanzmarkt.
Interessiert?
Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns:
IMPULS, Versicherungsmakler,
Postfach 2480, 7900 Ulm, Tel. 0731 - 9 66 77 - 0.
Der IMPULS Beratungsservice hilft Ihnen, für Ihre Einrichtung die geeignete Form der Altersversorgung zu finden.

Impuls
Wir helfen gern.

VERKÄUFE

Für Existenzgründer im graph. Bereich Fotos. Berthold cps 1000 III, Ganzseitenbildschirm, 35 Schriften. VHB 5.000,– DM, Maschine, 500,– DM pro Schrift.
Cicero Satz · Repro · Montage
Zimmerstr. 14 · 3300 Braunschweig
☎ (05 31) 34 75 80
Fax (05 31) 33 22 13

SATZ-SERVICE

Wir übernehmen Ist Word, Word Perfect, MS-Write oder Ascii-Dateien und belichten Calamus-Dokumente mit einem Linotronic-Laserbelichter
Cicero Satz · Repro · Montage
Zimmerstr. 14 · 3300 Braunschweig
☎ (05 31) 34 75 80
Fax (05 31) 33 22 13

Kommunikation, die Spaß macht

RADIO
VON UNTEN

Das alternative Medienmagazin

und zwei weitere Fachzeitschriften im Verlag Rainer Pinkau:
Radio Magazine (monatlich Englisch) und Kurzwelle in Deutsch.

Ansichtsexemplare erhalten Sie gegen DM 2.00 in Briefmarken beim:

Kurzwellen-Pressedienst
Weender Str. 30
3400 Göttingen 1
Tel. 0551/5 51 21
Fax 0551/4 48 71

SP
SCHÜREN
Marburg
Berlin

Ralf Ludwig/Jürgen Neumeyer (Hrsg.)

DIE NARKOTISIERTE GESELLSCHAFT?

Neue Wege in der Drogenpolitik

180 S., br., ISBN 3-924800-44-8, DM 19,80

Der Kampf gegen die Drogen wird als große gesellschaftspolitische Aufgabe propagiert, ohne daß die Ursachen des Konsums kritisch hinterfragt werden. Alkohol und Nikotin bleiben legalisiert und eine wichtige Einnahmequelle für den Staat.
Die AutorInnen hinterfragen kritisch die Drogenpolitik und -hilfe und zeigen neue Wege auf - auch, indem sie über Tabuthemen wie Entkriminalisierung und Legalisierung nachdenken.
Vor dem Hintergrund der neuerlichen Stigmatisierung der Drogengebraucher durch das AIDS-Virus ist dieses Buch in Zusammenarbeit mit der Deutschen AIDS-Hilfe entstanden.

Bezug durch den Buchhandel

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Professionsgemeinschaften
Vom 7. bis 9. Februar 1992 findet ein TAK AÖ-Seminar bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg zum Thema »Intellektuellenkollektive und Professionsgenossenschaften« statt.
Anfragen & Informationen:
Burghard Flieger, Erwinstr. 29
7800 Freiburg

KÖLN

Supervision für Teams und Betriebe (einrichtungsintern)
Bildungsurlaub Ostanatolien
4.-27.10.91
Rollenanalyse und Handlungsspielräume
25.-27.10.91
Mitarbeiter führen in der Praxis
25.-29.11.91
Leiten und zusammenarbeiten in helfenden Berufen
2.-6.12.91
Selbst-Management
2.-6.12.91
Kommunikation und Kooperation im Betrieb
20.-24.01.92
Gesprächsführung
1.-3.11.91
Alle Angebote auch einrichtungsintern.
Infos auf schriftliche Anfrage:
Supervision & Weiterbildung
Bildungswerkstatt Köln
Laudahnstr. 24 · 5000 Köln 1
☎ (02 21) 42 50 89

HAMBURG

Einführung in die Veranstaltungsorganisation
Termin: 25./26.10.91
Selbstverwaltung, Gleichberechtigung und Führungsposition – wie paßt das unter einen Hut?
Termin: 8./9.11. und 15./16.11.91
Handwerk ohne Meisterpflicht? Möglichkeiten der Handwerksausübung ohne Meister
Termin: 21./22.11.91
Alle Veranstaltungen beim Netzwerk Hamburg
Anmeldung & Information:
Bildungs-Netzwerk e.V.
Gaußstr. 17
2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

Weiterbildung im Ottenser Werkhof
Das neue Programmheft des Ottenser Werkhofes ist erschienen. Das Programm ist eine Gemeinschaftsproduktion der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen KISS, dem Netzwerk Selbsthilfe Hamburg e.V. und Zusammen Leben und Arbeiten e.V.
Bestellungen:
AG Weiterbildung
Gaußstr. 25
2000 Hamburg 50

SALECINA

Einsteigen bitte!
ein Erfahrungs- und Ideenaustausch zum selbstbestimmten Leben
Vom 24. bis 27. Oktober 1991 in Salecina, Maloja/Schweiz
Anders arbeiten, anders leben; mit diesen Ideen ist die Selbstverwaltungsbewegung zu den »Ideen der Zukunft« aufgebrochen. Die Jahre sind vergangen, Salecina wird dieses Jahr zwanzigjährig. Einige Projekte und Betriebe haben sich inzwischen »etabliert«, andere wiederum verschwanden sang- und klanglos. Erfahrungen wurden gemacht, Enttäuschungen wurden erlebt, die großen gesellschaftsverändernden Entwürfe haben sich im Projektalltag abgeschliffen. Wo finden sich heute Erfahrungen und Ideen für einen selbstbestimmten Alltag; im Arbeiten, im Wohnen, im Leben überhaupt?

Zu dieser Thematik wollen wir zusammenkommen, nicht allein zum drüber reden, wir wollen Leute zusammenbringen, die etwas machen; die bereit sind, die konkreten Probleme des Alltags, des anderen Lebens anzugehen. Geplant ist ein Treffen von MacherInnen und ProjektdenkerInnen; ein Wochenende, daß uns Zeit läßt, Menschen und Projekte kennenzulernen, eigene Projekte vorzustellen, Bestehendes zu vernetzen und zu Neuem zu verbinden. Das Treffen ist auch als konkrete »Einstiegshilfe« für Leute, die es sich auch schon überlegt haben ..., gedacht. In diesem Sinne: **Einsteigen bitte!**
Anmeldung & Detailprogramm:
Salecina
CH-7516 Maloja
☎ (082) 4 32 39

ÖKOLOGIE

IfÖR, BERLIN

Fachkongreß Ökologische Abfallwirtschaft II:
Perspektive Abfallvermeidung
vom 7. bis 9. Oktober 1991 in Berlin, veranstaltet vom IfÖR-Institut, Berlin. Nähere Informationen und Anmeldung im Kongreßbüro: IfÖR-Institut, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, ☎ (030) 261 61 86.
Veranstaltungsort: Technische Universität Berlin, Straße des 17. Juni, 1000 Berlin 12.
Themen: Kommunale Konzepte, Ökologische Bilanzierung, Abfallvermeidungspolitik, Ökologische Branchenkonzepte, Ökologische Produktkonstruktionen, Steuerungselemente für eine Ökologisierung der Abfallwirtschaft, Ökologie und Feminismus.

LÄUFERTSMÜHLE

Wege zu einer umweltfreundlichen Haustechnik
Der ständige Verbrauch an Energie-und Wasserressourcen und die damit verbundenen Umweltbelastungen führen langfristig zur Bedrohung unserer Lebensgrundlagen. Durch den Einsatz umweltfreundlicher, energie- und wassersparender Techniken kann bereits heute ein Beitrag zur Schonung unserer Ressourcen und der Umwelt geleistet werden.
Dieses Wochenende richtet sich an alle, die ein Interesse am Einsatz dieser Techniken im Neubau- und Sanierungsbereich haben. Das Seminar gibt einen Überblick zu der heutigen Energie- und Wasserversorgungssituation und greift aktuelle Themenbereiche auf wie:
Umweltfreundliche Wärmeerzeuger (Brennwerttechnik) · Heizsysteme, Heizleistenheizung, Wandstrahlungsheizung · Thermische Solartechnik, Photovoltaik · Trinkwassereinsparung · Regenwassernutzung · Komposttoilette
Termin: 27. bis 29.9.91
Teilnahmegebühr: 200,–
Anmeldung:
AJS e.V. Läufertsmühle
6934 Neckargerach
☎ (0 62 63) 16 43

POTSDAM

Ökologie durch Demokratie!
Modelle und Probleme der Bürgerbeteiligung im Umweltschutz
Vom 3. bis 6. Oktober im Tagungszentrum Schmerwitz bei Potsdam
Information & Anmeldung:
Stiftung Mitarbeit · Bornheimer Str. 37

SONSTIGES

1.-3. November 1991 Therapie-und-Politik-Tag in Kassel (Uni/Ghk Holländischer Platz). Informationen und Anmeldungen über Rolf Schwendter, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10, 3500 Kassel.

AG SPAK

Herbsttreffen der Jugendwohngemeinschaften
Vom 11. bis 14. Oktober 1991 im Tagungshaus Meuchefitz
Veranstaltet von der Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften (KOST) in Bremen. Fast schon Traditionscharakter hat das Herbsttreffen der Jugeendwohngemeinschaften, zu dem Jugendliche und Betreuer eingeladen werden. Fern vom Alltag der WG versuchen wir auf diesen Veranstaltungen, die spezifischen Konflikte und Barrieren der Jugendwohngemeinschaften aufzugreifen und zu diskutieren, aber auch Themen der weitergehenden sozialpolitischen Diskussion miteinzubauen. Mit Mitteln der Theater- und Videoarbeit haben wir eine Kommunikationsform gefunden, die häufig effizienter ist und Unterschiede im Sprachverhalten von Jugendlichen und Betreuern aufhebt.
Weitere Informationen:
KOST e.V.
Friesenstr. 90
2800 Bremen 1

Ökopädagogik – Jugend als Hoffnungsträger oder was?
Vom 8. bis 10. November 1991 in München. Ausgehend von der Entwicklung in der freien Jugendarbeit zu immer mehr Ökopädagogik soll auf dieser Tagung kritisch hinterfragt werden, welche Gründe, Perspektiven, sinnvollen Elemente und Utopien hinter solch einer Entwicklung stehen. Dabei stellt sich häufig die Frage, ob Jugendliche nicht als Hoffnungsträger mißbraucht werden, eine Welt in Ordnung zu bringen, in der die erwachsene Generation eine ökologische Katastrophe hinterläßt. Hierzu eine Haltung zu gewinnen, die Sinn und Unsinn einer ökologisierten Jugendarbeit voneinander unterscheiden kann, ist Ziel der Maßnahme. Dabei soll nicht übersehen werden, daß eine Ökologisierung der Gesellschaft notwendig sein wird, um weiteren Generationen das Überleben zu ermöglichen.
Informationen:
AG SPAK Bundesgeschäftsstelle
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
☎ (0 89) 77 40 77

NETTELSTEDT

Moderieren, Präsentieren, Visualisieren
Zweiteiliges ModeratorInnentraining
Termine: 28. bis 30. Oktober 1991
und 19. bis 21. Mai 1992
Teilnahmegebühr: DM 600,– für Unterkunft, Verpflegung und Lehrgang inclusive Lehrgangsmaterial

Ideenmanagement
Termin: 4. bis 5. November 1991
Teilnahmegebühr: DM 150,– für Unterkunft, Verpflegung und Lehrgang

Betriebsorganisation: Büro 2000
Termin: 4. bis 8. November 1991
Programm & Anmeldung:
Meyer-Spelbrink-Haus
Im Schliepdiek 3
4990 Lübbecke-Nettelstedt
☎ (0 57 41) 62 56

BONN

Vorstandsarbeit – Frust und Lust
Veranstalter: Stiftung Mitarbeit in Kooperation mit dem BBU
In (m)einer Gruppe zu arbeiten ist das eine, Verantwortlichkeit nach außen zu übernehmen, das andere.
Lehnten in den 70er Jahren Initiativen noch weitgehend die Vereinsstruktur ab, so haben sich in der Folgezeit die meisten Initiativen und noch eher die Zusammenschlüsse zur Vereinsgründung längst entschlossen.
Da stellte sich immer wieder die leidige Frage: Wer macht es – den Vorstand, die Vorstandsarbeit?
Nur die wenigsten finden sich zu einer Kandidatur bereit – woran liegt das? Und ist das Problem zu lösen? Ist Verantwortung teilbar durch Verlagerung der Vorstandsarbeit auf mehrere Personen? Welche Folgen hat das für die Arbeit im Vorstandsgremium? Wie können Mitglieder ermutigt werden, diese Aufgaben zu übernehmen?
Oder geht es auch um andere Fragen wie:
- Wer soll in den Vorstand gewählt werden?
- Wen kann die Gruppe in einer Vorstandsposition »ertragen«?

Vom 11. bis 12.10.1991 im Haus St. Hedwig, 5340 Bad Honnef-Rhöndorf (Nähe Bonn)
Kosten: 30 DM
Fahrtkostenerstattung an TN aus den neuen Bundesländern.
Anmeldung bis 20.9.1991:
Stiftung Mitarbeit, z. H. Sylvia Fels
Bornheimer Str. 37
5300 Bonn 1.

BUKO

Aktionskonferenz Kampagne '92

am 19./20. Oktober 1991 in der »Alten Feuerwache«, Melchiorstr. 3, 5000 Köln 1
Ziel der Aktionskonferenz soll die Absprache und Planung konkreter Aktionen für eine gemeinsame Kampagne '92 sein. Themenschwerpunkte sind:
- Etablierung des EG-Binnenmarktes – Ausbau der Festung Europa
- 500 Jahre Conquista – Kontinuitäten von Kolonialismus und Widerstand
- UN-Umweltkonferenz UNCED 92 in Brasilien – Ökologisches Krisenmanagement statt Ursachenbekämpfung; ökologische Katastrophen als Waffen des Nordens gegen den Süden (Flüchtlings-, Bevölkerungspolitik, u.ä.)

Wir wissen, daß in vielen Städten der BRD, wie auch auf internationaler Ebene, schon viel dazu geplant wird, aber bisher haben wir es noch nicht geschafft uns gemeinsam abzusprechen und über die lokalen und regionalen Treffen hinaus gemeinsame »Großprojekte« anzugehen. Und die Zeit drängt – wir müssen endlich damit beginnen, wenn die 92er Feiern der Herrschenden nicht »unkommentiert« an uns vorbeirauschen sollen.
Ziel der **Kampagne 92** ist es, unseren Widerstand in eine breite Öffentlichkeit und auf die Straße zu bringen. Wir wenden uns gegen den Versuch staatlicher Organe, diese Themen zu besetzen und die Basis-Bewegung zu vereinnahmen.
Wir fordern Euch auf, Eure Aktionsvorschläge und Inhalte in die Aktionskonferenz einzubringen. Der BUKO hat auf seinem letzten Kongreß folgende BRD-weiten Aktionen anvisiert und beschlossen:
- bundesweite Großdemonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel (WWG) vom 6.-8. Juli 1992 in München
- Aktivitäten zur UN-Umweltkonferenz UNCED
- Aktionen zu 500 Jahre Conquista
- Kongreß zu Befreiungstheorie und Befreiungspraxis

Weitere Information & Programm:
BUKO
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 31 56

BUKO-Seminar »Rassismus«
vom 27. bis 29. September 1991 in Norddeutschland/Nähe Bremen.
Auf dem 15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist der Vorschlag entstanden, einen eigenen Arbeitsschwerpunkt Rassismus einzurichten. Die inhaltliche und strukturelle Verknüpfung der 3. Welt- und Internationalismusarbeit mit der Arbeit gegen Rassismus und Eurozentrismus ist eine politische Notwendigkeit; so sollte das Thema Rassismus z.B. in der Kampagne 1992 zu EG-Binnenmarkt und conquista eine wichtige Rolle spielen.
Zwischen Leuten aus dem BUKO-Spektrum, die an Anti-Rassismus-Arbeit Interesse haben und zwischen Flüchtlings- und ImmigrantInnengruppen sowie anderen Interessierten soll eine Ko[illegible]sstruk[illegible]den.
Ziel ist es, die Arbeit der Internationalismus- und der Flüchtlingsbewegung stärker zusammenzubringen und vor allem das Thema Rassismus in »3. Welt« Gruppen stärker zu verankern.
Die Diskussion um den Themenbereich Asyl/Rassismus/Nationalismus soll bei dem Seminar gleichberechtigt neben der Debatte um praktisch-strukturelle Konsequenzen und Umsetzungsmöglichkeiten stehen. Auf keinen Fall soll allerdings eine Paralellstruktur zu bereits bestehenden Zusammenschlüssen im Anti-Rassismus-Bereich aufgebaut werden. Neben BUKO-Gruppen sind grundsätzlich alle eingeladen, die sich für den Aufbau des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Rassismus interessieren.
Weitere Infos & Programm:
BUKO
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 31 56

REGIONALENTWICKLUNG

DORF-BILDER– Seminar vom 19.11.91 (Dienstag) bis 20.11.91 (Mittwoch/Buß- und Bettag) in der Bauernschule Nordbaden (Mosbach-Neckarelz): Vorträge von: Christel Köhle-Hezinger zu: Dorfbilder, Mythen, Dorfrealitäten (Eine ideengeschichtliche Annäherung an das Dorf); Heide Inhetveen: Die Individualität des Dorfes (Nach-Prägende Dorf-Geschichte(n) als Strukturmerkmale dörflicher Lebenswelten) und Jürgen Wolfarth: Aktuelle Dorf-Bilder (Post-Moderne Dorf(an)sichten und ökologische Dorf-Idyllen).
Veranstalter sind: PRO PROVINCIA INSTITUT (Boxberg-Wölchingen), Bauernschule Norbaden, Verein Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg, Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg.
Teilnahmebedingungen: Kosten: 60 DM, TeilnehmerInnen-Begrenzung: 25 Personen; Anmeldeschluß: 9.11.91; Voranmeldung unbedingt erforderlich:
Veranstaltungsort und Anmeldeadresse:
Bauernschule Nordbaden
Ländliche Heimvolkshochschule e.V.
Martin-Luther-Str. 14
6950 Mosbach-Neckarelz
☎ *(0 62 61) 70 25*

Möglichkeiten und Perspektiven einer Ökologischen Regionalentwicklung
Bildungsurlaub vom 12. bis 15.11.1991 in der Bildungsstätte »Alter Brunsel e.V.«, Rauderfehn, Ostfriesland
Aus dem Programm:
- Was ist ökologische Regionalentwicklung?
- Landwirtschaft – mehr als nur Nahrungsmittelproduzent
- Regionale Verflechtungen in der Landwirtschaft an Beispielen aus der Region
- Kultur und Bildung – Lebensadern der regionalen Entwicklung
- Regionale Kulturarbeit an Beispielen aus der Region
- Wind, Sonne, Biogas – dezentrale Energieversorgung
- Dezentrale Energieversorgung im Alltag vor Ort

Anmeldung & Programm:
Kreisvolkshochschule
des LK Hannover
z. H. Walter Zuber
Schloßallee 1
3032 Neustadt/Rbge. 1

TAGUNGSHÄUSER

Lernwerkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Wir bieten insgesamt 27 Betten (2-, 3, 4-Bett-Zimmer), Vollverpflegung mit vegetarischer Vollwertkost, wunderschönen festlich-meditativen Tagungsraum (80qm), Sauna.
Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrükken, Ffm.
Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).